



AL-DJABHA

DIE FRONT


nr. 9
Preis:
Jahr: 1970
1 DM
HERAUSGEBER : SOZIALISTISCHE PALÄSTINAKOMITEE HEIDELBERG
6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o AstA

DER PALÄSTINENSISCH-JORDANISCHE WIDERSTAND NACH DEM BÜRGERKRIEG



Nayef Hawatmeh

INHALT :

| | |
|--|-------|
| Editorial | S.1 |
| Die Doppelherrschaft in der neuen Etappe | S.5 |
| Interview mit Nayef Hawatmeh | S.10 |
| Die Abkommen von Kairo und Amman | S.13 |
| Zur Strategie der FPDLP | S.15 |
| Erklärung der Matzpen zum Rogersplan | S.25 |
| Notstandsgesetze in Israel | S. 26 |
| Zum antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten | S.30 |
| Die Strategie der Tories in Afrika und dem Persischen Golf | S.35 |
| Zur Lage in Persien | S.38 |
| Hilfsaktion sozialistischer Mediziner | S.39 |
| Mozambique - Frelimo | S.43 |

Verantwortlich: Dieter Hildebrandt, Heidelberg, c/o AstA

Druck: Caro-Druck GBR, Heidelberg

Bank-Kto: Heidelberger Volksbank, Kto-Nr. 5012

Editorial:

Der jordanisch-palästinensische Widerstand nach dem Bürgerkrieg

Die Aufgabe dieser und der folgenden Nummern von AL-DJABHA ist es, die Veränderungen zu diskutieren, die für die revolutionäre Bewegung im ganzen Nahen Osten aus dem jordanischen Bürgerkrieg folgen. Taysir Al Khalid zeigte in seinem Artikel - und dabei kann er sich auf die Einschätzungen der Genossen Hawatmeh und Nidal stützen -, daß die eigentliche Ursache des relativen Mißerfolges der palästinensischen Widerstandsbewegung im Kampf gegen die jordanische Armee nicht in der fehlenden Kampfbereitschaft der palästinensischen Truppen und der Milizen lag oder in der überlegenen Feuerkraft der Armee.

Nachdem es den jordanischen Panzertruppen bis zum Waffenstillstand nicht gelungen war, das Zentrum von Amman und, außer der Stadt Zarka, die befreiten Gebiete im Norden zu erobern, hat sich vor allem nach dem Waffenstillstand das politische und militärische Gleichgewicht in Jordanien zum Nachteil der Widerstandsbewegung verschoben.

Obwohl sie sich objektiv seit ihrem Entstehen gegen die haschemitische Monarchie gerichtet hat, deren historische Funktion die Disziplinierung des palästinensischen Volkes im Exil ist, hat die Widerstandsbewegung bis heute in ihrer Mehrheit keine Aktions- und Organisationsformen entwickelt, die über den Kampf gegen den derzeit äußeren Feind, den zionistischen Staat, hinausgehen. Die ausschließliche Betonung der Notwendigkeit des Sieges über den Zionismus und das damit verbundene Suchen nach einem Bündnis mit den arabischen Staaten, selbst mit dem jordanischen, das sich ausdrückte in der Theorie von der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten", hat dazu geführt, daß die spontane antiimperialistische Kampfbereitschaft der Flüchtlingsmassen und großer Teile der ostjordanischen Bevölkerung, die die einzige wirkliche Stärke der Widerstandsbewegung ausmacht, bis heute keinen anderen Ausdruck finden konnte, als die passive Unterstützung des Kampfes in den besetzten Gebieten; und, im Augenblick der Konfrontation mit ihrem direkten Unterdrücker, dem jordanischen Staat, die Bereitschaft die Widerstandsbewegung und ihre Massenorganisationen bis zur eigenen Vernichtung zu verteidigen. Dieser Kampf- und Opferbereitschaft entsprach aber bei den meisten Organisationen kein Programm, das die vor dem Bürgerkrieg bestehende Doppelherrschaft in eine revolutionäre demokratische Umwälzung des jordanischen Regimes durch die Volksmassen hätte überführen können.

Gerade in der außerordentlichen Brutalität des Angriffs der königlichen Armee auf die Flüchtlingslager von Amman zeigt sich die politische und militärische Schwäche des Königs. Im gesamten Krieg konnte er praktisch nur die Panzerwaffe in großem Umfang einsetzen. Das bedeutete, daß zwar schwere Zerstörungen mit großen Opfern, vor allem unter der Zivilbevölkerung angerichtet werden konnten, daß aber, ohne den Schutz von Infanterie, umkämpf-

tes Gebiet nicht dauerhaft erobert werden konnte. An vielen Stellen Ammans rückten die Panzer tags vor, schossen alles kurz und klein, und zogen sich nachts zurück und überließen so den Feddayin und Milizen das Feld für die Organisation des Nachschubs (vgl. Tout, Nr. 2). In allen Truppenteilen, außer in den Panzerbrigaden und einigen "Elite"-Truppen (Garden, Special Forces) sind die palästinensischen und jordanischen progressiven Elemente und der Einfluß der Widerstandsbewegung so groß, daß die Mehrzahl der Truppen in den Kasernen isoliert wurden. Allerdings war die Widerstandsbewegung auch unfähig, ihre Rebellion zu provozieren. Die Loyalität der Beduinen, die Mehrheit in den Panzertruppen, erklärt sich aus der Festigkeit der Stammesstrukturen einerseits und deren Bedrohung durch "moderne" wirtschaftliche und politische Entwicklungen andererseits (Modernisierung des Transportwesens, Unterbindung der räuberischen Tributerhebung von der sesshaften Bevölkerung). Heute ist die Armee eine ihrer wichtigsten Existenzquellen.

Daß die Widerstandsbewegung die Chance dieses Bürgerkriegs nicht nutzen konnte, den König zu stürzen, oder aber, falls die imperialistischen Mächte zu seinen Gunsten direkt interveniert hätten, einen langfristigen bewaffneten Kampf in Jordanien und den Nachbarländern einzuleiten, lag, wie gesagt, nicht an der Kampfbereitschaft der palästinensischen und nordjordanischen Massen, sondern daran, daß die Führung mit ihrem territorialistischen Befreiungskonzept ausschließlich ander Politik der nationalistischen arabischen Staaten orientiert war. Sie war und ist nicht bereit, für die revolutionäre Macht der Volksmassen in den arabischen Ländern zu kämpfen, sondern versucht lediglich, diese Massen für die Eroberung eines Staates unter der Führung der palästinensischen Bourgeoisie zu mobilisieren. Ihre einzige politische Stärke liegt im Kampfwillen der Massen, ihr politisches Vorbild ist aber der kleinbürgerliche arabische Nationalismus. Von ihm macht sie sich auch politisch abhängig, um den revolutionären Impuls der Massen, der auf die Veränderung der aktuellen Unterdrückungsverhältnisse abzielt, kontrollieren und kanalisieren zu können. Das zwischen dem Vorsitzenden der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO und dem Henker seines Volkes, Hussein, unter der Protektion aller arabischer Staaten und hinter dem Rücken der eigenen Bewegung abgeschlossene Kafraer Abkommen zeigt am deutlichsten, daß nicht die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des palästinensisch-jordanischen Volkes und seiner bewaffneten Organisationen über die Politik der Führung der Bewegung bestimmten, sondern vor allem die Interessen der nationalistischen arabischen Staaten. So gesehen war die Doppelherrschaft, die vor dem Bürgerkrieg in Jordanien herrschte, weniger eine von antiimperialistischer, revolutionärer Massenbewegung mit ihren Institutionen einerseits, und dem Marionettenregime andererseits, als eine zwischen dem von den bürgerlich-nationalistischen Staaten abhängigen Apparat der Widerstandsbewegung, der sich auf

die Massenbewegung stützt, und sie für sich ausnutzt, und dem Marionettenregime.

Die Widersprüche, die sich aus den Interessen der nationalistischen Elite an der Spitze der PLO und den Notwendigkeiten der revolutionären Massenbewegung ergeben, sind organisiert von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP artikuliert worden. Ihre Politik vor, während und nach der Septemberkrise bestand darin, der Massenbewegung über die passive Unterstützung der Guerillaorganisationen hinaus demokratische Selbstvertretungsorgane zu schaffen, die der Doppelherrschaft allererst einen revolutionären Sinn gegeben hätte. Das ist der Sinn der von den anderen Organisationen boykottierten Volksräte und der jordanisch-palästinensischen Massenorganisationen. (vgl. Al Djabha Nr.8)

Bis heute ist die FPDLP als die jüngste der großen palästinensischen Organisationen nicht stark genug, die Führung in der Widerstandsbewegung zu übernehmen und eine Politik im Interesse der Massen durchzusetzen, obwohl ihre Parolen vor und während der Kämpfe die dominierenden waren und das Programm einer Einheitsfront aller Organisationen bei Bewahrung der politischen Selbständigkeit jeder einzelnen, das von ihr am energischsten vorangetrieben wird, jetzt allmählich in die Tat umgesetzt wird. Der Einfluß der Demokratischen Volksfront hat während des Bürgerkriegs zweifellos entscheidend zugenommen, nachdem die bis dahin so wortstarke Volksfront unter dem Koreareisenden Habbasch während der Kämpfe praktisch keine Rolle gespielt hat, und Aft Saikah nach der Entmachtung der linken Baath-Partei in Syrien politisch geschwächt ist.

Gerade die mit dem Putsch in Syrien aufgekommenen Bestrebungen zur Schaffung einer arabischen Einheit zeigen die Notwendigkeit, heute mehr denn je vor allem die Demokratischen Volksfront propagandistisch und materiell zu unterstützen, weil ihre Politik allein die "friedliche Lösung", und damit eine Konsolidierung der Herrschaft des Imperialismus im Nahen Osten auf Jahrzehnte wird verhindern können.

Der Putsch des syrischen Verteidigungsminister Assad erfolgte, nachdem die syrische Baath-Partei mit großer Mehrheit die Politik ihrer Führung und die Unterstützung der Palästinenser während des Bürgerkrieges gebilligt hatte. Es bedeutet das Ende der Periode syrischer Politik, in der der linke Flügel der nationalistischen Baath, um die Macht der Kompradoren- und Großgrundbesitzergruppen zu brechen, einen radikal antiimperialistischen Kurs verfolgen konnte, dessen bürokratischer und apathischer Charakter sich im übrigen darin zeigte, daß der jüngste Putsch kaum auf Widerstand stieß. Sowohl die Sowjetunion, auf die sich die radikalen Baathisten zeitweise stützen, als auch die heute nasseristischen Teile der syrischen Bourgeoisie, sind nach dem sie einen relativen ökonomischen und politischen Handlungsspielraum gegenüber dem Imperialismus gewonnen haben, an einer Versöhnung mit Imperialismus und Zionismus interessiert, vor allem wenn sie das vor der in Jordanien entstehenden revolutionären Bewegung schützt. Das Aktionsbündnis zwischen US-Imperialismus und Sowjetunion, das schon bei der Ausarbeitung des Rogersplans wirksam war, hat sich im syrischen Putsch wieder bewährt.

Zwei Neuerungen prägen die syrische Politik nach dem Putsch: 1. "Liberalisierung" der Wirtschaft, d.h. Lockerung

von Importrestriktionen für ausländische Industriegüter und Waren aus dem Libanon und Verhandlungen über eine Wiedereröffnung der zerstörten Erdöl-"tapline". 2. Überraschender Anschluß an den neuen Zusammenschluß Ägypten-Sudan-Libyen. Die neue syrische Regierung ist zusammengesetzt aus "gemäßigten" Baathisten, bürgerlichen Nasseristen und Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Man kann daran zweifeln, ob der neue staatliche Zusammenschluß dauerhafter sein wird, als der 1958 zwischen Syrien und Ägypten, der an den unterschiedlichen Interessen der Bourgeoisien beider Länder scheiterte. Vielmehr scheint der Hauptzweck des heterogenen Bündnisses in der syrischen Regierung und zwischen den Staaten, das unter Billigung der USA und der Sowjetunion von "gemäßigten" Nationalisten, die für eine Öffnung nach Westen eintreten, und Kommunisten geschlossen wurde, die Durchsetzung der "friedlichen Lösung" zu sein, von der sich auch die Sowjetunion eine Konsolidierung ihrer Position im Nahen Osten verspricht. Immerhin treten die Kommunisten in Syrien in dem Augenblick in die Regierung ein, um den neuen Staatenbund zu unterstützen, in dem die KP des Sudan blutigen Verfolgungen ausgesetzt wird, weil die ägyptische und libysche Regierung in ihnen eine Belastung für den neuen Staatenbund sehen (vgl. Le Monde, 1.12.70. Zur These, daß Ägypten vor allem dem Rogersplan zustimmt, um wieder Anschluss an den imperialistischen Weltmarkt zu bekommen, vgl. Neues Rotes Forum 2/70.)

Der scheinbar revolutionäre Schritt zur arabischen Einheit, der in Wirklichkeit nichts anderes ist, als ein Pakt zur Unterdrückung der arabischen Revolution, deren Resultat die Einheit der Völker des Nahen Ostens in der Tat sein wird, hat auch die Kräfte in der palästinensischen Bewegung ermutigt, ihr Haupt zu heben, die wohl meinten, man habe mit dem Bürgerkrieg "den Krieg der FPDLP geführt", es bisher aber nicht wagten, ihre Verratsabsichten zu veröffentlichen. Schon lange munkelt man in rechten Kreisen der Fath von der Möglichkeit eines palästinensischen Staates auf dem westlichen Ufer des Jordan. Damit wären sie alle einverstanden, von Hussein (vgl. zuletzt Spiegel 49/70) bis Breschnew, während die Israelis dem wahrscheinlich unter amerikanischem Druck und Garantie ihrer Grenzen zustimmen würden. "Nach der offiziellen libyschen Zeitung Athawra könnte Palästina das 5. Mitglied der geplanten Union zwischen Libyen, Ägypten dem Sudan und Syrien werden. Yasir Arafat, Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation, hat diese Kandidatur bei einer Reise nach Tripoli Anfang des Monats aus Anlass einer Konferenz bündnisfreier Staaten angemeldet, berichtet die Zeitung. Oberst Kadhafi, Vorsitzender des libyschen Revolutionsrats, hat diesem Vorschlag erfreut zugestimmt, fügt das Blatt hinzu." (Le Monde, 1.12.70)

Ein separater palästinensischer Staat zwischen Israel und Jordanien würde die Balkanisierung des Nahen Ostens fortsetzen, statt die arabische Einheit zu fördern, er würde die palästinensische Widerstandsbewegung spalten und aus ihren Verbindungen mit den arabischen Völkern lösen; er könnte nur dann entstehen, wenn er unter einer bürgerlichen Führung stünde, die schon heute andere Interessen vertritt, als die ihres Volkes. Ein separater palästinensischer Staat würde die Positionen des Imperialismus in Is-

rael, Jordanien und auf der arabischen Halbinsel festigen und die schon heute offensichtliche Entwicklung der nationalistischen arabischen Staaten zu neuen Bündnispartnern des Imperialismus verstärken.

In dieser Nummer von Al Djabha geben wir 2 Dokumente der Trikontgruppe Hamburg wieder. Einen Bericht über die medizinische Arbeit einiger Hamburger Genossen in Jordanien nach dem Bürgerkrieg, die dazu geführt hat, daß jetzt gemeinsam mit der FPDLP der Ausbau der medizinischen Versorgung der palästinensischen und jordanischen Bevölkerung als Bestandteil der revolutionären Arbeit dieser Organisation diskutiert wird. Dieses Programm wird in den westeuropäischen Gruppen zu erörtern sein, wenn es mit ihrer Unterstützung verwirklicht werden soll. Unmittelbar notwendig ist die weitere materielle Unterstützung mit Geld (Al-Djabha-Kto-Nr. 5012, Heidelberger Volksbank) und Medikamenten, die Ärzte im allgemeinen großzügig zur Verfügung stellen (Für den Transport: an die Al-Djabha-Redaktion oder Trikont Hamburg wenden). Die Resolution der Trikontgruppe Hamburg ist Ergebnis sowohl dieser Reise als auch der Diskussionen in der Gruppe selbst. Bis in den Sommer dieses Jahres hat sie offiziell vor allem die nationalistischen Gruppen unterstützt.

Die Entwicklung der Widersprüche in der Widerstandsbewegung, aber auch die Überwindung populistisch-romantischer Vorstellungen mit undifferenzierter Verherrlichung von bewaffneten Bewegungen in der dritten Welt, wie sie für die antiautoritäre Studentenbewegung und eine Reihe ihrer m-l-Nachfolger kennzeichnend war, führten dazu, daß mehr und mehr westdeutsche Gruppen das widersprüchliche Verhältnis von nationaler und sozialer Revolution genauer diskutieren und beginnen die Position der Linken in der palästinensischen Widerstandsbewegung zu unterstützen. Als Produkt eines solchen Lernprozesses wird das Hamburger Dokument gerade auch solche Gruppen interessieren, die mit der Palästina-Arbeit jetzt erst beginnen.

Der Differenzierungsprozeß in den Positionen westdeutscher Gruppen, die sich mit dem Palästina-Problem befassen,

macht auch vor den Gruppen nicht halt, die Al-Djabha bisher mit getragen haben. Das Sozialistische Palästina-Komitee Westberlin, das Mitherausgeber von Al-Djabha Nr. 8 war, hat sich aufgelöst, weil seine politische Plattform, die die Unterstützung der israelischen Sozialistischen Organisation Matzpen und der FPDLP gleichermaßen vorsah, nicht für die gemeinsame Arbeit der arabischen, israelischen und deutschen Genossen tragfähig war. Der rationale Kern der Spaltung scheint die Einschätzung der Rolle von Matzpen zu betreffen und die Fähigkeit dieser Organisation tatsächlich in Verbindung mit der arabischen revolutionären Bewegung Klassenkämpfe in Israel anzuführen. Die Entwicklung der palästinensischen Widerstandsbewegung, die Verschärfung der Widersprüche innerhalb des zionistischen Staates (die unter anderem zum Entstehen einer oppositionellen, noch prozionistischen Jugendbewegung - Siach- geführt hat) und die Repression der die antizionistischen Kräfte in Israel ausgesetzt sind, haben dazu geführt, daß Matzpen selber sich im September dieses Jahres gespalten hat. In dem Gründungsdokument einer der drei Gruppen, die aus der Spaltung hervorgegangen sind, der "Revolutionären Kommunistische Allianz", wird bei Anerkennung aller Verdienste der ISO Matzpen die Instabilität ihrer politischen Arbeit kritisiert, die Produkt der Heterogenität ihrer Zusammensetzung und des Mangels an innerer Diskussion sei. Wir werden dieses Dokument in einer der nächsten Nummern veröffentlichen, wenn möglich zusammen mit Stellungnahmen der anderen Fraktionen aus Matzpen.

Wie wenig fortgeschritten die Diskussion in den westdeutschen internationalistischen Gruppen ist, läßt sich an den widersprüchlichen Aktionen erkennen, die aus Anlaß des Bürgerkriegs in Jordanien durchgeführt wurden und in denen bornierte Parolen des palästinensischen Nationalismus ebenso vertreten wurden, wie Parolen für die demokratische Revolution in Jordanien. Der Besuch des Massenmörders Hussein in der BRD Mitte Dezember sollte Anlaß sein, die Aufklärung innerhalb der Linken und in den Lohnabhängigen Massen über die Verbrechen des Imperialismus und den antiimperialistischen Kampf des palästinensischen und jordanischen Volks erneut aufzunehmen und voranzutreiben.



Die Doppelherrschaft in der neuen Etappe

Den letzten militärischen Auseinandersetzungen zwischen der palästinensischen Widerstandsbewegung auf der einen der jordanischen Militärdiktatur und der gesamten arabischen Reaktion auf der anderen Seite sind mehrere Ereignisse vorausgegangen, die von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP als Anfang einer neuen Etappe in der nationalen Revolution bezeichnet wurden. Eines dieser Ereignisse war das Zustandekommen des Rogers-Planes als Ausdruck und Resultat einer Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Israel und den USA einerseits, der palästinensischen und arabischen Befreiungsbewegung andererseits. Auf israelischer Seite zeichnete sich die folgende Entwicklung ab, die Israels Position gegenüber dem Beschluß des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 beeinflusste:

Die Konfrontation mit den regulären arabischen Armeen insbesondere am Suezkanal und die alltäglichen Kommando-Aktionen führten zu einer Belastung der israelischen Wirtschaft. Um im Ausland, vor allem in den USA, Waffen zur Absicherung der aggressiven Ziele, kaufen zu können, mußte Israel in den letzten drei Jahren Anleihen auflegen oder Kredite aufnehmen. Der israelische Finanzminister Pinhas Sapir erklärte kürzlich, daß man versuchen wolle, eine Anleihe von jährlich 450-550 Mill. Dollar für die nächsten beiden Jahre zubezukommen. Greift Israel zu solchen Maßnahmen, dann werden sich seine Schulden enorm vergrößern. Diese Schulden werden sich von 2,135 Milliarden Dollar Anfang 1970 auf 2,800 Milliarden Anfang 1971 erhöhen.

Die zweite Belastung, die Israel zur Annahme des Rogers-Planes veranlaßte, lag darin, daß sich die Zionisten in und außerhalb Israels nach dem Scheitern des Goldmann Besuches in Kairo in zwei Lager spalteten. Als Vertreter der europäischen und amerikanischen Zionisten, sowie auch der jüdischen Bourgeoisie außerhalb Israels war Goldmann an der Verwirklichung der Ziele des Juni-Krieges mittels einer neokolonialistischen Politik interessiert. Seine Verhandlungen mit dem marokkanischen König, Hassan, Juli 1970 haben Goldmanns Politik mehr Erfolgchancen als die israelische Kriegspolitik versprochen. Nach der Ablehnung des Goldmann Besuches in Kairo durch die israelische Regierung bahnte sich eine ideologische Spaltung zwischen der Jewish-Agency und der israelischen Regierung an. Hierin war die Position der israelischen Regierung schwächer als die der zionistischen Jewish-Agency, die als Finanzquelle Israels gilt. Vor der Weltöffentlichkeit konnte sich die israelische Regierung auch nicht rechtfertigen.

Die dritte Belastung, die Israel bewältigen mußte, betraf die Beziehungen zu den USA, deren Interessen an der langfristigen Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung im Nahen Osten mit denen der Israelis zu kollidieren begannen. Das Interesse der USA am arabischen Öl und an der Bekämpfung der revolutionären Guerillaorganisationen in den östlichen arabischen Scheichtümern bewog die US-Strate-

gen dazu, Druck auf Israel zur Annahme des Rogers-Planes auszuüben. Der Widerspruch zwischen den USA einerseits und Israels andererseits wurde auf dem ganz normalen und verständlichen Weg gelöst, daß die Hauptmetropole (USA) der Nebenmetropole (Israel) die Richtlinien diktierte. Dadurch wollten die USA die Radikalisierung des kleinbürgerlichen libyschen Regimes verhindern und die politische und militärische Ablösung Großbritanniens nach dessen Abzug aus den arabischen Scheichtümern 1971 vorbereiten. Dieser Plan entspricht den Interessen der Öligarchien in Saudi-Arabien, Kuwait und anderen Ländern des Nahen Ostens.

Auf arabischer Ebene hat auch eine Entwicklung begonnen, die es den arabischen Staaten, insbesondere Ägypten und Jordanien, erlaubte, den israelischen Forderungen nach direkten Verhandlungen und Grenzänderungen entgegenzuwirken. Die arabischen Armeen, die im Juni-Krieg 1967 geschlagen waren, wurden mit sowjetischer Unterstützung wieder aufgebaut. Die bürgerlichen relativ antiimperialistischen Regime, die Israel durch seine Aggression zu stürzen suchte, wurden nach den Putsch in Libyen und Sudan um zwei Staaten stärker. Hierzu kommt noch ein Faktor, den sowohl die Israelis als auch ihre Helfershelfer in ihre Strategie nicht einkalkulierten, nämlich die sowjetische Präsenz. Die israelische Aggression 1967 war u. a. darauf gerichtet, die Bindungen einiger arabischer Staaten an die Sowjet-Union zu schwächen. Dieses Unternehmen scheiterte am Widerstand der ägyptischen Massen nach der Ernennung des pro-westlichen Politikers Zakkaria Mohjeddin zum ägyptischen Staatspräsidenten im Juni 1967 auf die Straßen gingen, Mohjeddin faktisch absetzten und Nasser in seinem Amt trotz der Niederlage bestätigen. Durch die Rückkehr des besiegten Nasser behielten die der UdSSR nahestehenden Politiker der Sozialistischen Arabischen Union ihre Machtpositionen. Nicht nur der politische Einfluß, sondern auch die militärische Präsenz der Sowjet-Union sowohl auf dem arabischen Festland als auch im Mittelmeer wurden stärker. Neben der sowjetischen Flotte im Mittelmeer wurden Basen der SAM. II, SAM. III, sowie auch andere Raketen in die Kanalzone versetzt, die die Verteidigungsmöglichkeiten Ägyptens gegenüber der Luftüberlegenheit Israels entscheidend verbesserten.

Auf arabischer Ebene entstand darüberhinaus ein entscheidender Machtfaktor, der das politische Geschehen im Nahen Osten bestimmend beeinflusst: die palästinensische Widerstandsbewegung. Diese Bewegung schuf sich in einigen arabischen Ländern nicht nur staatsähnliche Institutionen, sondern auch sozialrevolutionäre Streitkräfte.

Diese Verschiebung im Kräfteverhältnis auf beiden Seiten produzierte ein Gleichgewicht der Kräfte, das zum Rogers-Plan führen mußte. Israel war nun zu Konzessionen, darunter auch dem Abzug aus einigen der besetzten Gebiete bereit. Die arabischen Staaten waren ihrerseits willig, Israel anzuerkennen und eine freie Schifffahrt durch den Suezkanal und den Golf von Akaba zu garantieren.

Differenzen im Rahmen des Rogers-Planes gab es vor allem über das Verhältnis zur palästinensischen Widerstandsbewegung. Die arabischen Staaten spalteten sich in zwei Lager. Während Ägypten auf eine politische Entmachtung der Widerstandsorganisationen bzw. des revolutionären Kerns der Widerstandsbewegung hinarbeitete, drang das halbfeudale Regime in Jordanien auf eine militärische Liquidierung. Ägyptens Plan folgte den folgenden Prinzipien und der folgenden Taktik:

I. Ägyptens Palästina-Politik propagierte seit zwanzig Jahren die Befreiung Palästinas.

II. Ägypten hat das Palästina Problem gegenüber anderen Staaten als Druckmittel gebraucht, genau so wie es die Widerstandsbewegung als Druckmittel zur Durchsetzung einer friedlichen Regelung benützte und weiterhin benutzen will.

III. Der Liquidierung der Widerstandsbewegung vor einer friedlichen Regelung mit Israel zu zustimmen, würde einerseits die Position Ägyptens bei den Verhandlungen schwächen und Ägyptens Einfluß in den arabischen Ländern entscheidend schwächen.

Aus diesen und anderen Erwägungen schlug Ägypten die politische Schwächung der Widerstandsbewegung durch Schaffung und Unterstützung von nasseristischen Organisationen vor, wie z.B. der Organisation der Tat und der Organisation des Arabischen Palästinas einerseits und die Neutralisierung politisch einflußreicher Organisationen andererseits. Diese Position hat Nasser auf dem Treffen mit Hussein am 23. August 1970 vertreten. Ihm ist es in der Tat gelungen, sowohl in der Widerstandsbewegung als auch im jordanischen Regierungslager Verbündete für seine neue Taktik zu gewinnen. In den Reihen der Widerstandsbewegung waren es nur die Demokratische Volksfront und die arabisch nationalistische Volksfront (Habbache), die die ägyptische Annahme des Rogers-Plans sofort verurteilten und bekämpften. Die erste antinasseristische Demonstration wurde im Juli 1970 von den beiden Widerstandsgruppen organisiert. Während die pronasseristischen Organisationen die ägyptische Politik als eine neue Taktik verteidigten, verhielten sich die anderen Organisationen der "neuen Taktik" gegenüber vorsichtig. Die voneinander abweichenden Positionen der Widerstandsorganisationen trugen nicht nur dazu bei, daß das jordanische Regime den Rogers-Plan annahm, sondern auch zum Angriff übergehen konnte. Abgesichert von der ägyptischen Politik, die die arabischen Massen und Teile des palästinensischen Volkes gegenüber dem amerikanischen Plan zu neutralisieren in der Lage war, versuchte die jordanische Reaktion die Aktivitäten und Kommandos der Widerstandsorganisationen gegen Israel einzuschränken. Die Aggressivität des jordanischen Regimes war nicht nur auf die nach der Annahme des Rogers-Planes entstandene politische Machtkonstellation, sondern auch auf den sich anbahnenden Zersetzungsprozess des Staatsapparates zurückzuführen. Dieser Prozess spiegelt sich in dem Brief erzkriegsreaktionärer Offiziere, den sie an König Hussein einige Tage vor Ausbruch des Bürgerkrieges richteten:

"Das ganze Land ist in eine grenzenlose Anarchie verfallen.

Die nördlichen Regionen des Königreiches sind außerhalb der Kontrolle der Armee; sie sind nicht nur der Macht der Palästinenser unterstellt, sondern auch der der revolutionären und marxistischen Organisationen. Diese Organisationen bauen ihre Basen nicht für den Kampf gegen Israel aus, sondern um die Fahne der Revolutio

näre und Marxisten zu hissen. Wir haben die Politik seiner Majestät oftmals mißbilligt, weil diese Politik das Land verspielt und dem Untergang nahebringt. Die letzten Tage bestätigen die Richtigkeit unserer Position gegenüber der Politik seiner Majestät. .. Während die Regierung nach jedem Abkommen diesen Organisationen Konzessionen machte, haben sie sich der Herrschaft über Irbid, Mafraq, Tarasch und sogar großer Stadtteile von Amman bemächtigt. In dieser Woche sind sie bis in das Stadtviertel der Botschaften vorgedrungen. Würden wir weitere zwei Abkommen mit den Organisationen abschließen, so würden wir ihnen die Herrschaft über das ganze Land übergeben."

Die Offiziere beschworen am Ende ihres Briefes das Königreich und das Königshaus vor dem Untergang zu retten. "Wir sind nicht in der Lage die Sympathien, die die Soldaten gegenüber seiner Majestät aufbringen, zu kontrollieren." (Al-Hayat 20.9.)

Dieser Brief, die die Kompradorenbourgeoisie um Nasser Ben Djamil und Wasfi Al Tall den Offizieren diktierte, beantwortete Hussein, der von einflußreichen Widerstandsorganisationen als der über den Fraktionen der jordanischen Bourgeoisie stehende König bezeichnet wurde, mit der Einsetzung einer Militärdiktatur. Die Ernennungsurkunde der Militärdiktatur war eine neue Auflage des Briefes der Offiziere an Hussein. Nachdem Hussein den Auftrag der Offiziere definierte, erklärte er: "Die Politik ist das Produkt der Gewalt; die Gewalt ist ein Mittel zur Verwirklichung politischer Ziele." (Al Nahar... 17.9.)

Auf die Kriegsvorbereitungen der reaktionärsten Fraktion der jordanischen Bourgeoisie antwortete das Zentralkomitee der PLO mit der Vereinigung der Kommandos und Volksmilizen. Yasir Arafat (Fat h), Dafi Djamaiani (Al Saiga) und Nayef Hawatmeh (Fpdlp) wurden vom Zentralkomitee der PLO zu einem Führungsgremium ernannt, dem die militärischen Oberkommandos der einzelnen Organisationen unterstellt wurden. Den militärischen Stäben, insbesondere in Amman, gehörten Generäle und Offiziere an, die entweder nach Ausbruch der Kämpfe untertauchten, oder sich an einem regulären Krieg mit der jordanischen Armee fixierten. Hierin zeigte sich eine D der Krisen der palästinensischen Widerstandsbewegung, die den Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen negativ beeinflussten. In den ersten Stunden der Kämpfe gelang es den Regierungstruppen in einigen Stadtteilen von Amman, insbesondere Djabel Hussein, wo sich die Hauptbüros einiger Widerstandsorganisationen und die Informationsbüros sowohl der Al Fat h als auch der FPDLP befanden, vorzudringen. Die jordanische Militärdiktatur glaubte bei ihrem Angriff einen Blitzkrieg gegen die Widerstandsbewegungen, mit einer Dauer von höchstens drei Tagen führen zu können.

Trotz der zahlreichen Warnungen hat der massive Angriff der jordanischen Armee die Widerstandsbewegungen insgesamt nicht nur überrascht, sondern auch die dem Zentralkomitee der PLO getroffenen Maßnahmen zum Sturz der Monarchie unterbunden. Der Norden des Landes wurde zwar, wie vereinbart, zu einem befreiten Gebiet erklärt, die alte Verwaltung blieb aber unverändert. Das Vordringen der syrischen Armee und der palästinensischen Befreiungsarmee PLA bis einige Kilometer vor Amman hat zwar das militärische Kräfteverhältnis zu Gunsten der

Widerstandsbewegung verändert, konnte aber vom militärischen Oberkommando der befreiten Gebiete nicht ausgenutzt werden. Nach Abzug der syrischen Armee aus den befreiten Gebieten beging das Oberkommando den Fehler, die wichtigsten Verbindungslinien zu räumen und die Kommandos in die städtischen Verteidigungspositionen zu versetzen. Dadurch konnte die jordanische Armee ihre Angriffsstellungen in Amman ausbauen, die Stadt Zarqa völlig besetzen und zum Angriff gegen den Norden vorgehen.

Die Bestialität der jordanischen Militärdiktatur und die Furcht mancher arabischer Staatsmänner vor einer spontanen Massenbewegung in den arabischen Ländern hatten dazu geführt, daß die Position der bis zum Abzug der syrischen Armee von den arabischen Regimes geschonten Militärdiktatur geschwächt wurde. Am 26. September mußten einige arabische Regime ihre streng gehaltene Neutralität gegenüber den sich bekämpfenden Parteien in Jordanien, die dem Hussein-Regime ideologisch eine nationale Maske verlieh, aufgeben. Bevor auf die Verschiebung im politischen Kräfteverhältnis im jordanischen Bürgerkrieg eingegangen wird, ist es notwendig, die Position einiger arabischer Regime in der ersten Phase der militärischen Auseinandersetzung darzustellen.

In den ersten Tagen des jordanischen Bürgerkrieges richtete das Zentralkomitee der PLO einen Aufruf an die in Jordanien stationierte irakische Armee, sich auf die Seite der Widerstandsbewegung zu stellen.

"Der Kampf gegen die jordanischen Reaktionäre und Helfershelfer des Imperialismus steht auf der Tagesordnung. Es ist der Kampf der gesamten arabischen Nation. Wir fordern die irakische Armee auf, zu Gunsten der Revolution in Jordanien zu intervenieren. Die Kräfte der Revolution sind entschlossen, die Monarchie zu beseitigen." (Al-Nahar 18. Sept.)

Vor diesem Aufruf des Zentralkomitees der PLO waren Vereinbarungen zwischen den syrischen und irakischen Baathisten hinsichtlich einer Unterstützung der Widerstandsbewegung gegen das jordanische Regime getroffen worden. Während sich die syrische Regierung an die Vereinbarungen hielt und auf dem Marsch nach Irbid die Hussein- und die Vierzigste Brigade der jordanischen Armee zerschlug, evakuierte die irakische Armee wichtige Verbindungslinien zu Gunsten der jordanischen Armee. Das irakische Baath-Regime versuchte seine Position dadurch zu rechtfertigen, daß es dem Irak manipulativ eine Rolle zugeschrieben hatte, die der Nordvietnams im Vietnamkrieg gleichkäme. Die irakischen Baathisten spielten im jordanischen Bürgerkrieg eine Rolle, die objektiv der Politik Nuri Al Saids im Palästina Krieg 1948 nahesteht. 1948 gab es auch in Palästina eine irakische Armee, die aber durch die Politik Nuri Al-Saids dem palästinensischen Volk keinen Beistand leisten konnte.

Ägypten hat im jordanischen Bürgerkrieg weder die Rolle eines Nordvietnams noch die eines Nuri Al Said gespielt. Als Verfechter der amerikanischen Initiative versuchte Nasser die Rolle eines über den Parteien stehenden Führers der arabischen Nation zu spielen, wobei seine Position in der ersten Phase des Bürgerkrieges die Politik Husseins ideologisch deckte. In seiner Politik versuchte

Nasser eine Interessenidentität zwischen Hussein und der "friedlichen" Fraktion der jordanisch-palästinensischen Bourgeoisie einerseits und der "nichtradikalen" Fraktion in der Widerstandsbewegung andererseits herauszustellen. Die beiden Fraktionen hätten sich versöhnen sollen, um die Radikalen auf beiden Seiten zu isolieren, wobei die extremen Rechten der jordanisch-palästinensischen Bourgeoisie mit den Linken in der Widerstandsbewegung gleichgesetzt wurden.

Die ideologische Rückendeckung, die der ägyptische Präsident Hussein gab, führte zu einer völligen Paralysierung der ägyptischen Massen und zur Neutralisierung der arabischen Völker. Hierin wirken sich die Fehler der Widerstandsorganisationen aus, die kein revolutionäres Verhältnis zu den arabischen Völkern entwickelten, sondern mit den arabischen Regimes im Rahmen einer Nichteinmischungspolitik ein Bündnis eingingen. Der Bürgerkrieg in Jordanien schien vielen Arabern eine ausländischen Verschwörung zu sein, worin links- und rechtsradikale Elemente als Ausführungsorgane fungierten. Dieses falsche Verständnis der Klassenkämpfe, die im jordanischen Bürgerkrieg sehr deutlich zutage traten, ist auf die ideologische Verzerrung der Klassengegensätze in Jordanien zurückzuführen, woran Nasser und sein libyscher Offizier Qaddafi einen wichtigen Anteil hatten. Qaddafi sprach am deutlichsten aus, daß die rechtsradikalen Elemente der jordanischen Bourgeoisie mit den palästinensischen Linken gleichzusetzen seien: Die Ersteren seien die Agenten des Westens und die Letzteren die des Ostens. (Al Shararah. März 1970 Nr. 6) Die Rolle die Nasser im jordanischen Bürgerkrieg spielte, drückt sich in der Erklärung der ägyptischen Regierung ebenso wie in der Korrespondenz mit Hussein aus. Am 20. September sandte Nasser das folgende Telegramm an Hussein, in dem er sich als Führer der sich gegenseitig bekämpfenden jordanisch palästinensischen Parteien darstellte:

"Alle Araber sind Eurer und meiner Meinung, daß die Lage in Jordanien der Sache der Araber schadet. Ich rufe Euch noch einmal auf, uns bei der Beilegung des Konflikts zu unterstützen und unserer Nation die Katastrophe und die Leiden zu ersparen. Ich bin sicher, Ihr werdet sofort alle notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung von normalen Verhältnissen treffen. Gott sei mit Euch." (Al-Ahram 21. Sept.)

Hussein, der dieses Telegramm als eine Bestätigung für seinen Auftrag zur Liquidierung der Widerstandsbewegungen auszunutzen vermochte, antwortete:

"Den Aufruf des großen Bruders habe ich mit Freude empfangen. Ich möchte Eurer Excellenz noch einmal versichern, daß die Katastrophe, die unserem Volk, unserer Armee und den ehrhaften Kämpfern aufgezwungen wurde, der Ausdrück einer von unseren Feinden geplanten schrecklichen Verschwörung ist. Obwohl ich zu den Prinzipien meines

Bruders stehe und das arabische Blutvergießen strengstens ablehne, bin ich der Überzeugung, daß mein Bruder die Auslieferung unseres Landes an den gemeinsamen Feind als erster ablehnen würde." (Al-Nahar... 21. Sept.)

In diesen beiden Telegrammen drücken sich die beiden Hauptlinien des ägyptisch-jordanischen Verhältnisses aus. Zu den Forderungen des Zentralkomitees der PLO

hinsichtlich des Sturzes der Militärdiktatur und der Monarchie bezog die ägyptische Regierung eine Position, die der Saudi-Arabiens und der übrigen in Kairo versammelten arabischen Regimes gleichkam. Diese Position lief darauf hinaus, eine neue Regierung in Jordanien zu bilden, deren Zusammensetzung nur durch den jordanischen König souverän bestimmt würde. . . (Al-Ahram 24. Sept.) Das Kairoer Treffen war sich über die Isolierung der radikalen Kräfte einig, wobei die Radikalen auf der jordanischen Regierungsseite nicht genauer definiert wurden. . . (Al-Nahar 23. Sept.)

Dieser getarnte Beistand des arabischen Regimes für die jordanische Militärdiktatur gab Hussein die Chance, seine Aggression gegen die Widerstandsbewegung fortzuführen und auf die Spaltung des Zentralkomitees der PLO hinzuarbeiten. Über Radio Amman setzte hunderttausend Mark Kopfgeld für George Habash und Nayef Hawatme | aus, die er für den Bürgerkrieg verantwortlich machte.

Eine Wendung erfuhr die ägyptische Politik, die von Lybien und dem Sudan vorbehaltlos unterstützt wurde nach den Verhandlungen zwischen der jordanischen Militärdiktatur einerseits und der arabischen Delegation unter Leitung des sudanesischen Staatschefs Numeiri andererseits. In seinen Gesprächen mit Hussein stellte Numeiri fest, daß es bei der jordanischen Militärdiktatur nicht nur um die Liquidierung der Linken, sondern der gesamten palästinensischen Widerstandsbewegung und die Niederhaltung des palästinensisch-jordanischen Volkes geht. Auf einer Pressekonferenz in Kairo deckte Numeiri die liquidatorischen Pläne der jordanischen Militärdiktatur auf: "Die arabische Delegation, die Amman besuchte, hat während der Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß die jordanischen Behörden die Niederhaltung des palästinensischen Volkes und die Liquidierung der Widerstandsbewegung plant". Über die Rolle Husseins sagte er: "König Hussein ist der Staat, der Premierminister, der Oberbefehlshaber; er ist die jordanische Regierung." (Al-Ahram 27. Sept.) Nach der Pressekonferenz des sudanesischen Staatschefs Numeiri ließ Nasser als Führer des sich in Kairo versammelten arabischen Regimes dem jordanischen Nero eine Botschaft übermitteln, worin dem jordanischen Militärregime die Liquidierung der nationalen Kräfte, die Nasser für die Durchsetzung des Rogersplanes brauchte, vorgeworfen wurde. Nasser stellte Teile der palästinensischen Befreiungsarmee | PLA, die aus Ägypten nach Syrien versetzt wurden unter das Oberkommando der PLO und von Al Fatah und forderte den Rücktritt der jordanischen Militärjunta. (Al Nahar, 27. Sept.) Hussein, der einen starken Verbündeten zu verlieren schien, reagierte auf die Drohungen Nassers mit der Einsetzung einer neuen Regierung, die sich aus Zivilisten und Militärs zusammensetzte mit der Bereitschaft, am Kairoer Treffen teilzunehmen. In Kairo zeichneten Hussein, die Delegationschefs der arabischen Staaten und Yasir Arafat, der vom Zentralkomitee der PLO hierzu nicht autorisiert war, ein Abkommen zur Beendigung des jordanischen Bürgerkrieges.

Das Kairoer Abkommen war weniger Ausdruck des Kräfteverhältnisses in Jordanien, sondern vielmehr des politischen Gleichgewichts der in Kairo versammelten arabischen Staaten. Während das Kräfteverhältnis in Jordanien zu Gunsten der Militärdiktatur entschieden wurde, waren die in Kairo

versammelten Staatschefs dazu geneigt, die im jordanischen Bürgerkrieg geschwächte Widerstandsbewegung mit dem jordanischen Staat auf politischer Ebene gleichzusetzen. Hierin zeigt sich eine Entwicklungsperspektive, die dem jordanischen Staatsapparat seine Gesetze verschafft und die Widerstandsbewegung in ihren Aktionsmöglichkeiten objektiv zurückfallen läßt. Die in Jordanien seit 1969 aufgebaute Doppelherrschaft, in der die Gesetze der Widerstandsbewegung dominierten, wurde durch die Fehler der Widerstandsbewegung und die Zugeständnisse an den jordanischen Staatsapparat und seine Gesetze abgebaut. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Widerstandsbewegung mehrere Fehler beging, die den Verlauf des Bürgerkrieges entscheidend beeinflussten. Einige dieser Fehler waren:

Die Fehleinschätzung der Klassenwidersprüche im jordanisch palästinensischen Volk, die dazu führte, den Hauptwiderspruch mit Israel als Primat jeder Befreiungspolitik darzustellen und alle anderen Widersprüche für nebensächlich zu erklären. Hierin fehlt jegliches Verständnis des dialektischen Verhältnisses von der nationalen Befreiungspolitik auf der einen und der Entfaltung sozial-revolutionärer Prozesse auf der anderen Seite. Daß die Befreiung Palästinas die Einleitung revolutionärer Prozesse auf jordanisch-palästinensischer und arabischer Ebene voraussetzt, haben die langjährigen Erfahrungen der arabischen Völker deutlich gezeigt. Auf Jordanien bezogen bedeutet diese Erkenntnis, daß die Widerstandsbewegung neben ihrer Arbeit zur Lösung des Hauptwiderspruchs mit Israel und dem Imperialismus an der Lösung der Klassenwidersprüche in Jordanien zugunsten einer bürgerlich-demokratischen Revolution hätte arbeiten müssen. Dieser Prozeß wurde aber dadurch verhindert, daß die nationalistischen Kräfte des palästinensischen Widerstandes die Aufklärungsarbeit über die Kräfte der Befreiung und der Kompradorenbourgeoisie vernachlässigten, eine Politik der Klassenkooperation betrieben und sich auf eine Nichteinmischungsideologie fixierten, die auf die ostjordanischen Massen paralyisierend wirkte. Der Verzicht auf eine revolutionäre Schulung der Kader der Widerstandsbewegung, der notwendigerweise zu einem mystischen Verhältnis zwischen dem Kämpfer und dem Gewehr führen mußte. In den Reihen vieler Widerstandskämpfer wurde der politischen Schulung gegenüber der militärischen Ausbildung eine unbedeutende untergeordnete Rolle eingeräumt. Die militärische Disziplin als Ausdruck einer hierarchisch aufgebauten regulären Armee wurde von einigen Widerstandsorganisationen übernommen, so daß es bei den Kämpfen zu einem falschen Verständnis der Guerilla-Kriegsführung kam. Das militärische Oberkommando der Feddayin in Amman während des Bürgerkrieges, das sich außer Genossen Saleh Raafat (FPDLP) aus ehemaligen Generälen und Offizieren zusammensetzte stellt das beste Beispiel dieses falschen Verständnisses der Guerilla-Kriegsführung dar.

Das Fehlen einer nationalen Einheitsfront, die auf der Basis der Gleichberechtigung der Hauptorganisationen des Widerstandes hätte aufgebaut werden müssen, führte zur Hegemonie einer Widerstandsorganisation über die anderen Organisationen, die eine wirksame Aktionseinheit durch die eigenwilligen Handlungen der stärkeren

Organisationen verhinderte. Obwohl die Hauptorganisationen des Widerstandes nach den militärischen Auseinandersetzungen mit dem jordanischen Regime im Februar 1970 eine Kritik hinsichtlich dieser und anderer Fragen ausübten, blieb die Hegemonie der einen Organisation (Fat h) unverändert. Auf der siebten palästinensischen Nationalversammlung lehnte Salah Khalaf (Fat h), der dann im jordanischen Bürgerkrieg mit drei anderen Mitgliedern des Zentralkomitees der PLO ein Arrangement mit Hussein auf eigene Faust anstrebte, eine Einheitsfront auf Kosten seiner Organisation ab. In dieser und anderen Fragen herrschten in den Reihen vieler Widerstandsorganisationen tribalistische Organisationsprinzipien, die sich im Ringen um die Verteilung der Sitze einer arbeitsunfähigen palästinensischen Nationalversammlung ausdrückten. Dieser Organisationstribalismus schädete der Sache der Revolution und der unabdingbar gewordenen Einheitsfront.

Bei vielen Organisationen fehlte auch ein revolutionäres Verständnis des Verhältnisses von politischer Kaderorganisation und Massenorganisationen. So herrschte bei der Volksfront (George Habash) trotz des, dem Schein nach marxistischen Anspruchs, ein totalitäres Organisationsprinzip, das die demokratischen Vertretungen des Volkes (Volksräte) und die Notwendigkeit von Massenorganisationen (Studenten-, Frauen-, und Landarbeiterverbände) mit der Begründung ablehnt, die Volksfront verfüge über Büros bzw. Abteilungen, die die Funktionen dieser Massenorganisationen ersetzen, und die Massen seien noch nicht reif, sich selbst zu vertreten. Über Masseorganisationen verfügten nur Al-Fat h und die Demokratische Volksfront. Beide Organisationen haben aber ein grundverschiedenes Verständnis des Verhältnisses zu den Massenorganisationen. Al-Fat h beschränkt sich auf die Bildung palästinensischer Masseorganisationen, während die FPDLP von der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der palästinensischen und ostjordanischen Massen ausging. Beide Organisationen entwickelten aus diesen Gründen eine verschiedene Praxis. Für die FPDLP waren die Massenorganisationen keine Propagandaverene, sondern die Basis der zu bildenden Partei zur Durchsetzung der politischen und ökonomischen Interessen der unterdrückten Bevölkerungsschichten. Das Verhältnis von Partei und Massenorganisationen läßt sich im Rahmen des demokratischen Zentralismus bestimmen, wobei die Mitglieder der Partei die Rolle des revolutionären Kerns in den Massenorganisationen spielen. Differenzen, die zwischen Partei und Massenorganisationen entstehen, werden im Rahmen der Kritik und Selbstkritik gelöst. Das Fehlen eines solchen Verständnisses bei anderen Organisationen trug mehrmals zu einer spalterischen Politik bei. So im Falle der Arbeiterstreiks der DALT - Gesellschaft, als Organisationen gegen die Streikenden mit Waffengewalt vorgingen und sich objektiv auf die Seite der Unternehmer und des Staates stellten.

1. Die Widerstandsbewegung beging noch andere Fehler, die zur Herausbildung eines bürokratischen von der Basis isolierten Führung führte. Diese bürokratische Führung eignete sich Privilegien an, die im Widerspruch zu den Prinzipien einer sich im Guerillakrieg befindlichen Bewegung standen. In manchen der großen Organisationen etablierten sich unkontrollierbare Führercliquen, die sich auf die Übernahme eines palästinensischen oder jordanisch-palästinensischen Staatsapparates vorbereiteten. Während des jordanischen Bürgerkrieges haben viele dieser Führer völlig versagt, weil sie ein bürokratisches Verhältnis zur eigenen Basis entwickelten.

Diese und andere Fehler beschleunigten den Prozeß des sich seit dem jordanischen Bürgerkrieg anbahnenden Abbaus in der Doppelherrschaft. Die jordanische Militärdiktatur nützt diese Schwächen der palästinensischen Widerstandsbewegung aus. Nachdem ihre Versuche zur Spaltung der Widerstandsbewegung und zur Isolierung sowohl der Demokratischen Volksfront als auch der Volksfront (arabische Nationalisten) fehlschlagen, bereitet sich die jordanische Regierung auf einen neuen Waffengang vor. Der US - Imperialismus schuf zur Unterstützung des jordanischen Regimes eine Luftbrücke zwischen Ankara und Amman.

Die palästinensische Widerstandsbewegung steht vor einer schwierigen Aufgabe. Sie muß die eigene Geschichte studieren und daraus lernen, die bisherige Praxis zu überprüfen und neuzugestalten, ein revolutionäres Verhältnis zu den eigenen Massen zu entwickeln und die auf Gleichberechtigung der Hauptorganisationen aufgebaute Einheitsfront vorantreiben.

Die Marxisten-Leninisten werden in dieser Einheitsfront ihre theoretische, politische und organisatorische Unabhängigkeit für den Tag bewahren, an dem die nationalen und demokratischen Kräfte glauben, das Ziel bereits erreicht zu haben.

Die Befreiung Palästinas hängt von der Einleitung revolutionärer Prozesse in den arabischen Ländern, vor allem in Jordanien, ab. Die Doppelherrschaft muß in diesem Zusammenhang zugunsten einer bürgerlich-demokratischen jordanischen Revolution entschieden werden. Unsere Lösung :

" Schaffen wir eine proletarische kommunistische Partei; Elemente einer solchen Partei haben die besten Anhänger des Bolschewismus bereits geschaffen; schließen wir uns zur proletarischen Klassenarbeit zusammen, und von den Proletariern, von den armen Bauern wird sich eine größere und immer größere Zahl auf unsere Seite stellen." (Lenin, Über die Doppelherrschaft... AW, Bd. II, S. 47)

Taysir Al Khalid

SPENDEN FÜR DIE FPDLP : AN HEIDELBERGER VOLKSBANK

Kto. Al-Djabha, Nr. 5012

Interview mit Nayef Hawatmeh

Issam Mahfouth

An einem Ort in Nordjordanien, wo die Städte unter Kontrolle der Feddayin stehen, traf ich einen der beiden Führer, für die die jordanische Militärregierung zehntausend Dinar (100 000 DM) Kopfgeld ausgesetzt hat. Nayef Hawatmeh ist am Leben; er ist überhaupt nicht verletzt worden. In einem einfachen Haus an der jordanisch-syrischen Grenze, geschützt von treuen Kämpfern der Demokratischen Volksfront FDPLP begann das Gespräch. Hawatmeh sagte:

N. H.:

" Daß ich noch am Leben bin, ist wahrscheinlich ein Zufall. Vielleicht hatte ich Glück. Das Haus, in dem ich in Amman war, wurde dreimal bombardiert. Zweimal war ich mit Yasir Arafat zusammen; wir mussten von Zimmer zu Zimmer laufen, um den Granaten der Regierungsarmee zu entgehen. Das Gerücht über meine Verletzung bzw. mein Tod ist darauf zurückzuführen, daß ich am fünften Tag der Kämpfe auf einen brennenden Panzer sprang. Diese Bewegung habe ich selbst nicht verstehen können, aber sie ist in meinem Tagebuch registriert."

I. M.:

Nicht nur auf Dich und auf George Habasch hat die jordanische Militärregierung Kopfgeld gesetzt, sondern auch Mitglieder anderer Organisationen außer Al-Fatih. Hast du die Erklärung des jordanischen Innenministeriums gelesen?

N. H.:

In dem zehntätigen Liquidierungskrieg hat die jordanische Militärregierung es nicht geschafft, uns auszuschalten. Zuvor ist es den jordanischen Regime mißlungen, uns politisch zu isolieren und zu liquidieren. Deshalb versucht dieses Regime, sich anderer Mittel zu bedienen, Mittel, die uns bekannt sind und die wir immer entlarvt haben. Die jordanische Regierung versucht, die Widerstandsbewegung zu spalten, und die eine gegen die andere Organisation auszuspielen. Ich bin aber sicher, daß die Spaltungsversuche der Militärregierung scheitern werden. Keine Organisation wird einen Schritt auf die Spaltung hin unternehmen.

I. M.:

Haben die letzten militärischen Auseinandersetzungen der Widerstandsbewegung einen Sieg erbracht?

N. H.:

Nein. Eine Niederlage in einem Waffengang braucht aber historisch keineswegs die Niedergang der Revolution bedeuten. Die Widerstandsbewegung wird sich in einer kurzen Zeit, vielleicht binnen zwei Monaten oder sogar weniger, reorganisieren und den zweiten Waffengang vorbereiten und überstehen.

I. M.:

Nehmen wir an, die nationalen Kräfte in Fat'h empfinden die Arbeit der Marxisten als ein Alibi für die liquidatorische Politik der Militärregierung. Wie würden sich diese nationalistischen Kräfte verhalten?

N. H.:

Fat'h wird vom jordanischen Regime nicht irreführt werden, weil sie selbst, und zwar schon vor der Entstehung des marxistischen Flügels, den Angriffen des jordanischen Regimes ausgesetzt war. Im Februar und September 1968 versuchte die jordanische Regierung Al-Fat'h auszuschalten, also zu einer Zeit, in der die Widerstandsbasen ausschließlich im Jordantal lagen.

I. M.:

Hat die Demokratische Volksfront des Kairoer-Abkommen zwischen dem König und Yasir Arafat akzeptiert?

N. H.:

Nein. Die demokratische Volksfront ist mit den 14 Punkten des Abkommens nicht einverstanden. Ein Teil haben wir akzeptiert, z.B. Einstellungen der militärischen Auseinandersetzungen und die Abschaffung der Militärregierung. Andere Punkte, die auf die Widerstandsbewegung negative Auswirkungen haben, können wir nicht annehmen. Wir lehnen z.B. den Punkt ab, der von einer Zivilverwaltung spricht. Anstatt auf der Schaffung einer nationalen Regierungsform zu insistieren, einigte man sich auf die Einführung einer Zivilverwaltung, die nichts anderes bedeuten kann, als eine Tarnung für die Politik derer, die unserem Land ein Blutbad bereiten. Die jordanischen Behörden, die unserem Land absolut feindlich gegenüberstehen und zu denen unser Volk kein Vertrauen mehr hat, werden die Träger einer solchen Zivilverwaltung sein.

I. M.:

Vor dem 17.9.70 habt ihr aber mit einer Zivilverwaltung koexistiert?

N. H.:

Wir haben mit einer solchen Verwaltung unter den Bedingungen der Doppelherrschaft koexistiert. Es gab die absterbende Regierungsherrschaft und die dominierende Herrschaft der Widerstandsbewegung, die ihre eigene Institutionen, ihre eigenen Sicherheitskräfte und eine völlige Freiheit in der Bestimmung ihrer Aktionen hatte.

I. M.:

Und jetzt?

N. H.:

Nach dem Blutbad kann die Widerstandsbewegung mit einem Staatsapparat nur auf der Grundlage einer nationalen Herrschaftsform koexistieren, die eine gemeinsame und tragfähige Basis sowohl für die Widerstandsbewegung als auch für eine zivile Verwaltung schafft.

I. M.:

Bedeutet diese Position, daß die Widerstandsbewegung das Kairoer-Abkommen ablehnt?

N. H.:

Das Zentralkomitee versucht zur Zeit dieses Abkommen in Zusammenarbeit mit dem arabischen Ausschuß durchzuführen. Das Abkommen ist unteilbar; es sieht vor: Feuereinstellung,

Rückzug der Feddayin und der Armee aus Amman, Abschaffung der Militärregierung und Bildung einer nationalen Regierung. Wir haben unsererseits Amman evakuiert und werden die Feddayin unter der Voraussetzung aus den Städten der Nord-Region abziehen, daß die Militärregierung zurücktritt und eine nationale Regierungsform zustande kommt.

I. M.:

Ist dies die Meinung des ganzen Zentralkomitees in der Widerstandsbewegung?

N. H.:

Zweifellos.

I. M.:

Stellt ihr noch andere Bedingungen für den Abzug der Feddayin aus der Nord-Region?

N. H.:

Wir haben den Vorsitzenden des arabischen Ausschusses, Al Bahi Al Adgham wissen lassen, daß der Abzug der Feddayin aus den Städten der Nord-Region von verschiedenen Verpflichtungen abhängt. Es ist bekannt, daß sich die Bevölkerung in der Nord-Region, vor allem aber in Irbid mit der Widerstandsbewegung verbündet hat. Sie unterstützt die Revolution. Die jordanische Armee muß sich daher verpflichten, nichts gegen die Bevölkerung der Nord-Region zu unternehmen. Würde sich die Armee dazu nicht verpflichten, so werden wir das Kairoer-Abkommen für zerrissen erklären.

I. M.:

Die Regierung besteht auf der Auslieferung der Waffen. Wie steht ihr zu dieser Regierungsforderung?

N. H.:

Daß die Regierung auf der Entwaffnung unserer Volksmilizen in den Städten besteht, deutet auf die Versuche dieser Regierung hin, uns in einem Gebiet zu isolieren, in dem die Feddayin zwischen dem israelischen Hammer und dem jordanischen Amboß stehen sollen. Die Feddayin werden die Städte evakuieren und in ihre Basen zurückkehren, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt worden sind. Die bewaffnete Volksmiliz wird in den Städten, aber vor allem in Amman bleiben. Dies ist eine Forderung des Zentralkomitees, von der wir nicht abkommen werden.

Das bedeutet für uns die Verbannung dieses Volkes in Konzentrationslager. Die Schlacht ist noch nicht zu Ende. Wir sind keineswegs liquidiert. Wir werden auch nicht liquidiert, solange wir Waffen tragen und solange es in diesem Lande Waffen gibt.

I. M.:

Warum lehnt ihr vor allem die Entwaffnung der Volksmiliz in Amman ab?

N. H.:

Für die Befreiung Palästinas brauchen wir ein Hinterland, eine revolutionäre nationale Basis. Amman ist am besten dazu geeignet, diese Basis zu werden. Amman ist das Hanoi der palästinensischen Revolution.

I. M.:

Ihr wollt also Jordanien in ein Nordvietnam verwandeln?

N. H.:

Genau. Allerdings ohne einen palästinensischen Staat aufzubauen. Wir werden immer darauf bedacht sein, ein nationales Regierungssystem zu haben; also ein Regierungssystem, das nicht unser Feind ist.

I. M.:

In Euren Publikationen habt ihr immer von den Liquidierungsplänen der Regierung gesprochen. Warum habt ihr keine Präventivpläne gehabt?

N. H.:

Daß die Regierung uns liquidieren wollte, haben wir nicht frei erfunden. Die Demokratische Volksfront hat die Pläne des Königs immer entlarvt. Sie hat sein Ersuchen an den verstorbenen Präsident Nasser aufgedeckt, ihm bei der Liquidierung zu helfen.

I. M.:

Habt ihr Beweise über dieses Ersuchen?

N. H.:

Sicher, über die Delegation, die dem König auf seinem Besuch in Ägypten vom 20.-23. August begleitete, gelangen wir zu diesen Informationen; insbesondere über Al Nabulsi und Al Shawi. Nasser hat seinerseits einer Delegation der Widerstandsbewegung unter Leitung von Bakr und Djumaianie, die Ägypten am Vorabend der außerordentlichen palästinensischen Nationalversammlung besuchte, in Kenntnis gesetzt. Der König bat Nasser um die Lieferung von Zehntausend leichten Maschinengewehren.

Warum wir aber keinen Präventivplan zur Bekämpfung der Regierungspläne hatten, ist darauf zurückzuführen, daß es unter den Organisationen des Widerstandes keine einheitliche Einsicht in die revolutionäre Linie gegeben hat.

I. M.:

Hast du in den Straßen von Amman gekämpft?

N. H.:

Natürlich. In den ersten fünf Tagen war ich mit Ysir Arafat zusammen. Dann mußten wir unser Quartier von Djabel Al-Husein zum Djabel Al-Waibdeh verlegen. Jeder, der Waffen trug, hat gekämpft.

I. M.:

Auch die Zivilisten?

N. H.:

Die Widerstandsbewegung hat Waffen an diejenigen verteilt, die zu kämpfen bereit waren. Hätten wir zehntausende von Waffen gehabt, so wären sie auch an die Bevölkerung von Amman verteilt worden.

Die Ammaner Bevölkerung war nicht passiv; sie hat nicht die Rolle eines Zuschauers gespielt, sondern die eines Betroffenen, weil der Sieg der Revolution ihre Befreiung hätte mit sich bringen können. In Amman gibt es kein Haus, das von den Kämpfen nicht betroffen wurde. Die Bevölkerung stellte sich gegen die Invasion der Armee, die mich an die Invasion der Mongolen erinnert. Damals haben die Invasoren zwischen Feind und Freund nicht unterschieden. Die Bevölkerung hatte große Verluste. Auch die Feddayin hatten eine große Anzahl von Verwundeten und Gefallenen. Die Verluste der Armee überstiegen die der Feddayin. Sie entsprechen nicht den offiziellen Erklärungen der Militärregierung. Persönlich erfuhr ich von 700 Gefallenen im Militär-Krankenhaus und von weiteren 300 Gefallenen in Filistin-Krankenhaus. Hinzu fielen viele andere in anderen Kampfgebieten. Die Armee verlor darüberhinaus 120 Panzer, d. h. die Hälfte ihrer Panzer überhaupt.

I. M.:

Du sagst, das Kairoer-Abkommen würde für zerrissen erklärt, wenn es zwischen dem Zentralkomitee und dem arabischen Ausschuß zu keiner Einigung über die Durchführung einiger Punkte kommen sollte. Welche Kampfformen wird die Widerstandsbewegung dann entwickeln ?

N. H.:

Der Kampf wird die Taktik des Guerillakriegs annehmen. Wir haben vor allem den Fehler in den letzten militärischen Auseinandersetzungen begangen, daß wir uns auf einen regulären Krieg mit einer regulären Armee fixierten. Materiell sind wir zweifellos nicht in der Lage, einen solchen Krieg zu führen. Wir sind in der Lage, jahrelang einen Guerillakrieg gegen die reguläre Armee erfolgreich zu führen. In einem solchen Krieg können wir die Massen revolutionär schulen und organisieren.

I. M.:

Ein ausländischer Journalist schrieb, daß ihr nicht in der Lage wart, dort die Massen für den Guerillakrieg zu mobilisieren, wo ihr eigentlich zu kämpfen hättet, nämlich in den besetzten Gebieten.

N. H.:

Zunächst muß man bedenken, daß es sowohl in den Basen als auch in der Führung der palästinensischen Widerstandsbewegung an revolutionärer Erziehung und Schulung mangelt. Was wäre der Marxismus, hätte es Lenin nicht gegeben. Es wäre eine philosophische Theorie, die an den Universitäten gelehrt und studiert wird.

Was die Bewohner der Westbank angeht, so muß man sich immer in Erinnerung rufen, daß sie nicht bereit sind, unter der Herrschaft des jordanischen Geheimdienstes zu leben. Diese Bevölkerung erinnert sich ganz gut an den Polizeiterror eines Mohammed Rassoul Al-Kielanis. Sie erinnert sich immer wieder an die jordanische Polizeidiktatur und hält die israelische Besatzungsmacht für weniger terroristisch und politisch. Der Terror der jordanischen Behörden übertraf den der israelischen Aggressoren. Deshalb setzt ein Revolutionsprozeß der Bevölkerung in den besetzten Gebieten eine

revolutionäre Veränderung der Verhältnisse auf dem Ostufer voraus. Der Sieg der Revolution in Ostjordanien und die Zerschlagung des reaktionären Staatsapparates sind elementare Bedingungen dafür, daß sich die Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Revolution anschließt und bewußtrevolutionär gegen die Besatzungsmacht Israel handelt. Zu Ungunsten der Revolution hat sich der ländliche Bevölkerungsteil Jordaniens verhalten, weil er kulturell, sozial und politisch zurückgeblieben ist. Zwischen der ländlichen Bevölkerung und der Widerstandsbewegung gab es darüberhinaus kein revolutionäres Verhältnis. Die Angriffe des Staatsapparates gegen die demokratischen Freiheiten werden diesen Bevölkerungsteil aber nicht davon abhalten können, sich dem Widerstand anzuschließen.

I. M.:

Es wurde behauptet; die nationalen Elemente in der Armee haben sich mit der Widerstandsbewegung nicht verbündet, weil sie kein Vertrauen in eine Führung hätten, die auf Kosten der Gefallenen Kompromisse mit dem Staatsapparat abschließt?

N. H.:

Diese Erklärung ist eine fluchtartige Rechtfertigung der Position derer, die dem Widerstand fernbleiben. Wenn ein nationaler Soldat der Revolution nicht vertraut, dann verläßt er sie. Es kann keinen nationalen Soldaten in einer Armee eines Tschombes oder eines Kys geben. Die Pflicht jedes nationalen Soldaten besteht darin, solche Armeen unabhängig von der Frage des Vertrauens in die Revolutionspitze zu bekämpfen.

I. M.:

Bist Du mit der Form der Versöhnung einverstanden, wie sie in Kairo zustande kam ?

N. H.:

Natürlich nicht. Die Rettung des jordanischen Volkes vor einer Liquidierung mußte aber zu diesem Abkommen führen. Wahrscheinlich haben Überreste des Tribalismus die Form des Zustandekommens des Kairoer-Abkommens beeinflußt. Hätten die progressiven arabischen Regierungen sofort interveniert, so wären die Auswirkungen des jordanischen Blutbades auf ein Minimum reduziert worden. In dieser Hinsicht muß man an die relative syrische Unterstützung erinnern.



Die Abkommen von Kairo und Amman

Die vorliegenden Texte der Abkommen zwischen dem jordanischen Regime und den Widerstandsorganisationen verdeutlichen die politische Entwicklung während des Bürgerkrieges.

Das Kairoer Abkommen, von Arafat unterzeichnet, der dazu vom Zentralkomitee der Widerstandsorganisationen nicht legitimiert war, ist Ausdruck der Tatsache, daß die Kämpfe zunächst zuungunsten der Widerstandsorganisationen verlaufen waren. Außer Syrien waren die anti-imperialistischen arabischen Regierungen nicht bereit, Truppen zur Unterstützung der Fedayin einzusetzen. Die anderen arabischen Regierungen mussten befürchten, daß sich die Aggression der jordanischen Regierung gegen die Bevölkerung und die Widerstandsorganisationen aufklärerisch über ihren eigenen Charakter gegen sie selbst wenden könnte. Nach anfänglich neutralem Verhalten, mussten sie deshalb im Interesse der Ruhe im eigenen Land kritische Positionen dem jordanischen Regime gegenüber beziehen, und Hussein zu einer Einigung mit den Widerstandsorganisationen bewegen. Yassir Arafat kam Hussein und den anderen arabischen Regierungen weit entgegen.

Das Abkommen vermeidet jede direkte politische Stellungnahme und lässt beliebige politische Interpretationen zu, insofern, als nicht vom revolutionären Kampf des palästinensischen Volkes gesprochen wird, wohl aber von sinnlosem, unnützen Blutvergießen unter Brüdern. Die einzelnen Punkte legen eine Situation fest, wie sie lange vor Ausbruch dieser Kämpfe

bestanden hatte, die sich allerdings bis zu diesem Zeitpunkt zunehmend zugunsten der progressiven Kräfte

innerhalb des Widerstands verändert hatte.

Das Abkommen fixiert damit nichts anderes als die Positionen des nationalen Flügels der Widerstandsbewegung, der "Nichteinmischung in die Interessen der arabischen Länder" und der Perspektive der Schwächung der progressiven Kräfte in der Widerstandsbewegung.

Nicht umsonst wurde in Kommentaren von "Radio Amman" von guten und schlechten Fedayin gesprochen, nicht umsonst wurden hohe Kopfgelder für Hawathmeh und Habbasch vor dem Abkommen ausgesetzt und auch nach dem Abkommen nicht zurückgenommen.

Im Abkommen von Amman werden diese Positionen korrigiert und eine Einigung über den "status quo", wie er beim Ausbruch der Kämpfe faktisch bestand, erzielt, indem Gleichberechtigung auf allen Gebieten für die Widerstandsbewegung und für die Armee festgelegt wird und zumindest die vertraglich festgelegte Schwächung der progressiven Kräfte weggefallen ist.

Im Vergleich beider Abkommen wird deutlich, daß große Widersprüche innerhalb der einzelnen Flügel der Widerstandsbewegung bestehen, die sich auf die jeweilige, verschiedene Interessenlage zurückführen lassen. Gleichzeitig wird deutlich, daß sich der Einfluss der linken Kräfte im Zentralkomitee der Widerstandsorganisationen vergrößert hat.

WORTLAUT DES KAIROER ABKOMMENS VOM 27. 9. 1970

Im Bemühen, das Blutvergießen unter Arabern zu beenden, das sich in den vergangenen Tagen im haschemitischen Königreich Jordanien ereignete und diesem Abkommen voranging, und im Bemühen um die Gewährleistung der Sicherheit der arabischen Nation gegenüber imperialistischen Verschwörungen und zur Verwirklichung der Stabilität im Bruderstaat Jordanien, der vor Spaltung und Leiden steht, wurde über folgendes heute, am 27. 9. 1970, von den Teilnehmern der Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter vollständiges Einvernehmen erzielt:

- 1) Sofortige Beendigung aller militärischen Operationen von seiten der jordanischen Streitkräfte und der Streitkräfte des palästinensischen Widerstands und der Beendigung aller militärischen Bewegungen, die nicht durch gewöhnliche Aktivitäten erforderlich werden, und Beendigung aller Informationskampagnen, die im Widerspruch zu den Vorsätzen dieser Übereinkunft stehen.
- 2) Rascher Abzug aller jordanischer Streitkräfte aus Amman und deren Rückführung in ihre natürlichen Stützpunkte

und der Abzug aller Kommandostreitkräfte aus Amman und deren Stationierung an Orten, die der Kommandoaktion angemessen sind.

- 3) In der Stadt Irbid und anderen Städten ist die militärische und zivile Lage wiederherzustellen, wie sie vor den jüngsten Vorfällen bestand.

- 4) Die inneren Sicherheitsbehörden sind unter ziviler Verwaltung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit verantwortlich.

- 5) Die sofortige Freilassung aller Gefangenen von beiden Seiten.

- 6) Schaffung eines Komitees, das die Ausführung dieser prinzipiellen Übereinkunft und jeglicher untergeordneter Übereinkunft verfolgt, die daraus entstehen mögen, und Aktionen und Beziehungen zwischen den jordanischen Behörden und dem palästinensischen Widerstand koordiniert, damit Sicherheit vorherrschen und die Situation zum Normalzustand zurückkehren möge. Dieses Komitee hat das Recht und die Verantwortung, jegliche praktischen und verfahrenstechnischen Maßnahmen zu empfehlen,

ie die beiden Seiten versöhnen und das Leben zum Normalzustand zurückbringen.

7) Das ebengenannte Komitee wird drei Hilfsbüros haben, die Anweisungen von ihm annehmen:

a) ein Militärbüro, das verantwortlich für alle militärischen Angelegenheiten zur Ausführung dieser Vorsätze der Übereinkunft sein wird;

b) ein Zivilbüro, das verantwortlich für zivile Angelegenheiten sein wird, die nicht militärische Beziehungen zwischen den beiden Parteien betreffen.

c) Ein Büro für Versorgung und medizinische Hilfe, das verantwortlich für die Verteilung aller Versorgungsgüter und der von arabischen und anderen Ländern entsandten Hilfe für die Opfer, die Verwundeten und die Bedürftigen sein wird.

8) Das ebengenannte Komitee wird eine für beide Parteien bindende Übereinkunft entwerfen, die die fortgesetzte Aktivität der Kommandoaktion gewährleisten würde und den Respekt vor der Souveränität der Nation in Übereinstimmung mit dem Gesetz, abgesehen von den notwendigen Ausnahmen für die Kommandoaktion.

9) Die Entscheidungen, die vom ebengenannten Komitee mit dem Ziel der Ausführung dieser Übereinkunft getroffen werden, werden vollständig und endgültig bindend für beide Parteien sein.

10) Dieses ebengenannte Komitee wird seine oben erwähnten Behörden sofort verwirklichen und periodisch den arabischen Königen und Staatsoberhäuptern über die von ihm ausgeführten Aufgaben und die von ihm getroffenen Entscheidungen sowie über das Einhalten dieser Übereinkunft und ihre Beachtung von seiten der beiden Parteien Bericht erstatten.

11) Das ebengenannte Komitee wird unter Vorsitz von Bahi Ladgham, dem tunesischen Ministerpräsidenten, und zwei anderen Mitgliedern stehen, von denen einer die jordanischen Behörden vertritt, der von König Hussein ernannt werden soll, und der zweite den palästinensischen Widerstand vertritt, der von Yassir Arafat ernannt werden soll. Das Komitee hat das Recht, die Hilfe von jedermann zu suchen, der ihm angemessen erscheint.

12) Vorbereitung einer günstigen Atmosphäre zur Einführung dieser Übereinkunft, um zu ermöglichen, daß sie ihre edlen Ziele erreicht. Die beiden Parteien sind verpflichtet, alle Ausnahmezustände und das Kriegsrecht zu beenden.

13) Im Falle, daß die jordanische oder palästinensische Seite irgendeine Bestimmung der Übereinkunft verletzt oder ihrer Einführung Hindernisse entgegengesetzt, werden alle arabischen Unterzeichnerländer geeinte und kollektive Massnahmen gegen sie verhängen.

14) Unterstützung der palästinensischen Revolution, bis sie ihre Ziele einer vollständigen Befreiung (Palästinas) und der Zerstörung der israelischen Usurpatoren erreicht.

Unterzeichner des Abkommens sind:

König Faisal (Saudi-Arabien), Prinz El-Sabah (Kuwait), Nasser (Ägypten), Arafat, El Gadaffi (Libyen), Numeiri (Sudan), Hussein (Jordanien), Ladgham (Tunesien), Franjeh (Libanon), El Schami (Rep. Jemen).

AUS DEM ABKOMMEN VON AMMAN

Die Streitkräfte der palästinensischen Organisationen und die palästinensische Befreiungsarmee werden als die "Kräfte der Revolution" anerkannt.

Das Zentralkomitee stellt die politische und militärische Führung dieser Streitkräfte. Kontakte zwischen den jordanischen Behörden und den Widerstandsorganisationen laufen über das Zentralkomitee.

Das Zentralkomitee hat die Freiheit zur Massenmobilisierung in Jordanien.

Das ZK gibt die Zeitung "Fat'h" heraus; es verfügt auch über den Sender der palästinensischen Revolution und über den Palästinensischen Roten Halbmond.

Die Positionen und Aktivitäten der Widerstandsbewegung auf dem Gebiet Ostjordanien werden in einem nicht veröffentlichten Teil des Abkommens festgelegt.

Die Feddayin haben Bewegungsfreiheit; sie werden gleichberechtigt wie die Soldaten der jordanischen Armee behandelt.

Völlige Gleichberechtigung zwischen Palästinensern und Jordanern auf allen militärischen, politischen und ökonomischen Bereichen.

Amman ist der Hauptsitz des ZK. Dem ZK ist es erlaubt, Büros in den jordanischen Städten und Dörfern zu eröffnen.

Die Feddayin dürfen in den Städten und Dörfern keine Waffen tragen. Militärische Manöver in den Städten sind untersagt. Untersagt sind Provokationen, die sich gegen die Feddayin oder die Armee richten. Die Regierung verpflichtet sich dazu, Feddayin wegen der letzten militärischen Kämpfe nicht zu verhaften.

Bildung eines gemeinsamen Komitees, worin Vertreter der Regierung, der Feddayin und des arabischen Ausschusses sitzen.

Das Komitee bildet drei Ausschüsse zur Regelung der Streitfragen, einen militärischen, einen politischen und einen weiteren Ausschuss zur Unterstützung der von den Kämpfen betroffenen Bevölkerung.

ROTE ROBE

Zeitschrift des Südwestdeutschen
Referendarverbandes

=====

AUS DEM INHALT: Nr. 3/70; 4/70

Ausländerrecht und Fremdarbeiter
Tennisbälle und Wettbewerb
Vom kriminogenen Charakter der Gesellschaft
Zur psychoanalytischen Strafrechtstheorie
Der wilde Streik (BAG NJW 1970, 487)
u. a.

ZU BEZIEHEN ÜBER POLITISCHE BUCHHANDLUNG
JÖRG BURKHARDT, 69 HEIDELBERG; SCHIFF-
GASSE 3 - AN DER MENSA PREIS 1.-DM

Zur Strategie der FPDLP

INTERVIEW MIT NIDAL, MITGLIED DES POLITBÜRO DER FPDLP

Widersprüche innerhalb der Widerstandsbewegung

Dieses Interview mit dem Mitglied des Politbüros der FPDLP Nidal wurde am 16. August 1970 von Mitgliedern einer westdeutschen Delegation in Amman aufgenommen. Es schloß sich an das Referat von Nayef Hawatmeh an, das in der Sondernummer der Al-Djabba vom 10. 9. 1970 abgedruckt ist. Es gibt Einschätzungen der FPDLP wieder, die zum größten Teil durch den Verlauf des Bürgerkriegs bestätigt wurden.

Frage: Zunächst möchten wir einige Fragen über die Widersprüche innerhalb der Widerstandsbewegung und der jordanisch-palästinensischen Gesellschaft und über die Polarisierung der Klassen im Bürgerkrieg stellen. Die erste Frage lautet: Welche Organisationen der Widerstandsbewegung werden dem Rogers-Plan zustimmen?

Antwort: Zur Zeit sind es zwei Organisationen, die dem Rogers-Plan zugestimmt haben, die eine ist die Arabische Palästinensische Organisation, und die andere die Organisation der Tat. Vor kurzem haben sie ihre Haltung geändert. Sie stimmen nicht mehr dem Rogers-Plan selbst zu, sondern der Annahme des Rogers-Plans durch Nasser, da dies ein taktischer Schritt sei. Meiner Meinung nach ist diese veränderte Haltung wiederum ein taktischer Schritt. Sie merkten, daß sie auch in Zukunft eine Rolle spielen müssen, und wenn sie ihre Zustimmung zum Rogers-Plan aufrechterhielten, würden sie ihre Position verlieren und keine Rolle mehr spielen. Es war also ein taktischer Rückzug.

Frage: Die nächsten Fragen betreffen das politische Verhalten von Al Fath in der Phase des Rogers-Plans. Wenn Al Fath eine positive Haltung zum Rogers-Plan einnehmen würde, würde sich dann ein Teil der Basis abspalten, und welche Tendenzen innerhalb Al Fath würden sich abspalten?

Antwort: Ich glaube nicht, daß die Möglichkeit besteht, daß Al Fath als Ganzes den Rogers-Plan anerkennt, weil Al Fath als politische Bewegung sich schon mit der Zurückweisung jeglicher friedlichen Lösung des Palästina-problems identifiziert hat. Das Problem des Verhaltens von Al Fath wird durch die schwankende Haltung gegenüber den entscheidenden Problemen bestimmt. Sie zögern zu lange, bevor sie etwas unternehmen, sie neigen dazu, die Dinge abzuwarten, bis sie unmittelbar mit ihnen konfrontiert werden, und dann schlagen sie zurück; aber sie ergreifen nie die Initiative. In einem entscheidenden Kampf wie in dem, den wir hier führen, ist dies eine äußerst schädliche und destruktive Haltung. In einer revolutionären Lage sollten die revolutionären Parteien oder Gruppierungen die Initiative ergreifen und den Kampf nach

ihren eigenen, selbst aufgestellten Regeln führen, und nicht zulassen, daß der Feind ihn nach seinen Regeln führt.

Wenn allerdings Al Fath - nehmen wir es einmal an - eine positive Haltung zum Rogers-Plan einnehmen würde, dann gäbe es sicherlich eine Spaltung innerhalb ihrer Organisation. In historisch entscheidenden Zeitpunkten kommt das Machtgleichgewicht und das Gleichgewicht der Klassenverhältnisse immer ins Wanken, und die Massen entscheiden sich für eine Seite. Deshalb wird, wenn Al Fath eine positive Haltung zum Rogers-Plan einnehmen sollte, ihre Basis sich gewiß mit den radikaleren Ansichten der linken Gruppierungen identifizieren.

Frage: Wie wirkt sich die Drohung von seiten der jordanischen Regierung auf die einzelnen Organisationen aus? Gibt es z.B. der FPLP eine Tendenz, die eine Spaltung wie die, aus der die FPDLP entstanden ist, hervorrufen könnte?

Antwort: Die interne Auseinandersetzung zwischen der FPDLP, zwischen dem progressiven Flügel der FPLP vor der Spaltung und dem rechten Flügel hat sicherlich einen - man könnte sagen, einen radikalen Flügel innerhalb der FPLP, der auch noch nach der Abspaltung der FPDLP weiterbestand, hervorgebracht. Die Politik der FPLP stellt die Summe der Widersprüche zwischen dem radikalen Flügel und dem rechten Flügel dar. Die Auswirkungen dieser Auseinandersetzung bewirken eine Radikalisierung der Basis der FPLP, die dadurch dem radikaleren Flügel Auftrieb und größeren Einfluß gibt. Wenn wir die Positionen der FPLP in den letzten anderthalb Jahren zurückverfolgen, bemerken wir, daß der radikale Flügel in seinem Machtkampf mit dem rechten Flügel einige Vorteile errungen hat. Letzten Endes wird die Auseinandersetzung zwischen dem radikalen und dem rechten Flügel eine Spaltung verursachen, aber in nächster Zukunft noch nicht, weil die Auswirkungen der Auseinandersetzung selbst und die Fähigkeit des radikalen Flügels, seine Meinung durchzusetzen, dazu beitragen, dem Prozeß der Auflösung und Aufspaltung zu verzögern. Meiner Meinung nach ist letzten Endes eine Spaltung unvermeidlich, egal gültig, ob es eine vertikale Spaltung sein wird, oder ob die ganze FPLP in eine radikale blanquistische Organisation verwandelt wird.

Frage: Dies würde bedeuten, daß durch den Druck von unten in der Bewegung nach jedem Stadium die Initiative an die linken Teile der Bewegung übergeht. Demnach würde sich schließlich die FPDLP, wenn sie vorher nicht liquidiert wird, politisch durchsetzen. Aber was sind die objektiven historischen Gründe für den Verlust an Initiative bei Al Fath?

Ich nehme an, daß die soziale Zusammensetzung von

AlFath und der anderen Organisation identisch oder doch sehr ähnlich ist.

Antwort: Um diese Frage in den richtigen Zusammenhang zu stellen, müssen wir von der Tatsache ausgehen, daß das palästinensische Volk in allen arabischen Ländern verstreut lebt. Aus der teilweisen Assimilation großer Teile des palästinensischen Volkes in die sozio-ökonomische Struktur dieser arabischen Länder, der Gastländer, ist ein dialektisches Verhältnis zwischen der Gesellschaftsstruktur dieser arabischen Länder und der palästinensischen Gesellschaften entstanden. Das Machtgleichgewicht innerhalb der arabischen Welt spiegelt sich haarscharf in der palästinensischen Gesellschaft wider. Wenn wir die Haltung der verschiedenen Richtungen innerhalb der Widerstandsbewegung prüfen, bemerken wir eine verblüffende Ähnlichkeit des Verhältnisses der verschiedenen Richtungen innerhalb der palästinensischen Bewegung und innerhalb der größeren arabischen Bewegung. So können wir sagen, daß Al Saika die linke syrische Baath-Partei vertritt, die Arabische Befreiungsfront vertritt die irakische Baath, die FPLP vertritt die Arabische Nationalistische Bewegung, die FPDLP vertritt die aufkommende linke Strömung innerhalb der arabischen Welt, Al Fath vertritt die nasseristische Richtung, aber innerhalb der palästinensischen Bewegung. Al Fath ist die palästinensische nasseristische Organisation, was nicht heißt, daß Al Fath direkt mit dem Nasserismus verbunden ist, aber der Nasserismus als Bewegung und Al Fath haben die gleichen spezifischen Merkmale: das vollständige Unverständnis der Klassenwidersprüche und Klassenstruktur, der Versuch, den Klassenkampf durch eine nationalistische Ideologie zu ersetzen; das Sammeln der Massen unter einer kleinbürgerlichen oder nationalistischen Ideologie und nationalistische Parolen. Alle diese Merkmale treffen gleichzeitig auf die nasseristische Bewegung und auf Al Fath innerhalb der palästinensischen Bewegung zu. In den letzten zwei Jahren hat Al Fath sehr klare Tendenzen gezeigt, sich wie eine nasseristische Bewegung zu benehmen: Die schwankende Haltung, die von der Verachtung der Massen und dem mangelnden Vertrauen in die revolutionäre Stärke der Massen herrührt; die Neigung, Übereinkommen und Kompromisse einzugehen, was ebenfalls von der Verachtung der Massen und dem mangelnden Vertrauen in die revolutionäre Stärke der Massen herrührt; der Versuch, die Massen zu vereinen, ohne eine bestimmte Ideologie zu haben, was Al Fath zu einem zusammengewürfelten Haufen mit verschiedenen Ideologien und verschiedenen Richtungen macht. All das gibt zu der Erwartung Anlaß, daß Al Fath in den entscheidenden Momenten des Kampfes eine schwankende Haltung einnehmen wird. Dazu hat Al Fath sehr gute Verbindungen zu den arabischen Regierungen. Dies hält Al Fath ebenfalls von entscheidenden Aktionen ab und hindert sie, eine entschiedene politische Linie zu verfolgen. Die FPLP dagegen ist eher Vertreter der arabischen nationalistischen Bewegung unter den palästinensischen Organisationen. Die Arabische Nationalistische Bewegung ist in ihrer historischen Entwicklung eine isolierte, marginale Kraft gewesen, mit einer ebenfalls nationa-

listischen Ideologie; aber, da sie nach einer brauchbaren Antwort auf die Probleme der arabischen Revolution fragt, versucht sie, einige Aspekte der linken Ideologie zu begreifen. So ist sie radikaler als der Nasserismus, aber gleichzeitig weniger radikal als die Baath, besonders die linke Baath. Zudem haben die Auswirkungen der Abspaltung der FPDLP die Basis der FPLP radikalisiert, denn die August-Thesen haben auf diese Basis Einfluß genommen, und betrachten diese Thesen auch als die ihren, ebenso wie wir.

Während der Auseinandersetzung zwischen der FPLP und der FPDLP versuchten die Führer der FPLP, die Demokratische Volksfront mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, also mit der marxistischen Ideologie. Auch dies trug dazu bei, die Basis der FPLP zu radikalieren und ließ einen radikalen Flügel entstehen. Aber dieser radikale Flügel hat einen abrupten Sprung von der nationalistischen zu einer radikalen und sogar verbal marxistischen Ideologie getan, und dieser Prozeß hat diesen Flügel zu einem blanquistischen werden lassen, d.h., einem Flügel, der dazu neigt, die konkrete Analyse einer konkreten Situation durch verbal marxistische Phrasen zu ersetzen, und sich vorzustellen scheint, der wirkliche revolutionäre Kampf bestünde aus spektakulären Aktionen, die nirgendwo auf einer konkreten Strategie oder taktischen Überlegungen basieren. Deshalb meinen wir, daß dieser Flügel blanquistisch ist. Ihm fehlt ein gewisses Vertrauen in die Massen.

Frage: Welche Rolle spielt die Kommunistische Partei und ihre Widerstandsorganisation Al Ansar?

Sie sind doch jetzt praktisch dazu gezwungen, den Rogers-Plan anzunehmen?

Antwort: Die Kommunisten werden eine ähnliche Haltung einnehmen wie die beiden nasseristischen Organisationen, oder sogar genau die gleiche Haltung. Außer diesen drei Organisationen könnten höchstens kleine Organisationen ihre Haltung zu dieser Frage ändern. Denn diese bestimmen ihre Haltung danach, wie die Machtverhältnisse gerade sind; sie hängen ihr Mäntelchen nach dem Wind. Wenn die Widerstandsbewegung die Initiative übernimmt und ihr Sieg bevorsteht, werden sie sich anschließen. Sonst werden sie sich schwankend verhalten oder der Partei des Siegers anschließen.

Frage: Würde diese Haltung der Kommunistischen Partei und Al Ansars eine Spaltung ihrer Basis hervorrufen?

Antwort: Wahrscheinlich würde es schon so ein Tendenz

+) Auf dem Kongreß der FPLP im August 1968 legte der linke Flügel der Organisation, aus dem im Februar 1969 die FPDLP hervorging, die erste materialistische Analyse des Palästina-Problems durch einen Teil der Widerstandsorganisationen und entsprechende strategische Pläne vor. Der Kongreß nahm diese "Augustthesen" an. Die bürgerliche Führung der FPLP weigerte sich aber, eine entsprechende Politik einzuleiten. Das war einer der wichtigsten Gründe für die Spaltung der FPLP. (vgl.: Demokratische Volksbefreiungsfront für Palästina-FPDLP: Die Spontaneität der Massen und die Theorie des Volkskriegs, hg. vom SDS Heidelberg, 1969)

in der KP geben, aber im entscheidenden Stadium wird die KP diese Tendenz sehr wirkungsvoll unterdrücken. Die KP ist erstens keine Massenpartei, deshalb ist sie auch keinem Druck der Massen ausgesetzt, und zweitens läßt die Sterilität ihrer internen Struktur der Initiative von der Basis nicht viele Möglichkeiten offen.

Die Klassenwidersprüche in der jordanischen Gesellschaft

Frage: Wie sieht nun die Entwicklung innerhalb der jordanischen Gesellschaft aus, wie ist das Verhältnis der Palästinenser zur jordanischen Bourgeoisie, den jordanischen Bauern, den Beduinen?

Antwort: Es gibt bis jetzt noch keine genaue Studie der Klassenstruktur der jordanischen Gesellschaft und der gegenseitigen Beziehungen zwischen der jordanischen und der palästinensischen Gesellschaft. Ich kann also nur einige allgemeine Bemerkungen über die Situation machen. Es gibt keine jordanische Gesellschaft, die völlig von der palästinensischen getrennt ist. Die beiden sind weitgehend aneinander assimiliert, obwohl sicherlich nicht vollständig integriert. Besonders bei den Palästinensern, die schon mehr als 20 Jahre hier sind, können wir feststellen, daß die palästinensische Bourgeoisie sich vollständig der jordanischen Bourgeoisie angeglichen hat: sie haben die gleichen Interessen, und verhalten sich einheitlich, wie denn ihre gemeinsamen Klasseninteressen auch ihr politisches Verhalten bestimmen. Die Bourgeoisie hat ein großes Interesse daran, zum status quo vor dem 5. Juni 1967 zurückzukehren. Einerseits fürchtet diese Bourgeoisie die Revolution, die ihre Existenz bedrohen könnte. Deshalb versucht sie, die revolutionäre Bewegung von dieser Möglichkeit abzuhalten. Andererseits besteht ein offenkundiger Widerspruch zwischen dieser Bourgeoisie und der israelischen Bourgeoisie, denn, falls das zustande kommen sollte, was man ein natürliches Verhältnis zwischen Israel und den Arabern nennt, wäre diese rückständige Kompradorenbourgeoisie der Konkurrenz einer sehr modernen Bourgeoisie, der israelischen Bourgeoisie, die technisch und kulturell weit voraus ist, ausgesetzt. Deshalb ist es also nicht im Interesse der arabischen Bourgeoisie, eine Einigung mit Israel zu erreichen, die sie diesem Schicksal aussetzen würde. So will sie also zwar eine "friedlichen" Lösung, aber unter Bedingungen, die eine Situation wie vor dem Juni Krieg möglich machen, also arabischen Boykott, der damals eingehalten wurde, als eine Schranke der die jordanische Bourgeoisie schützte und die israelische Konkurrenz verhinderte.

Die jordanische Kleinbourgeoisie die mit einem nationalistisch-patriotischen Widerspruch konfrontiert wird, hat radikale Tendenzen und ein gewisses Ausmaß an revolutionären Impulsen. Der revolutionäre Impuls der palästinensischen Kleinbourgeoisie ist noch ausgeprägter, denn sie steht im Wettbewerb mit den Kleinbourgeoisien in Jordanien, Libanon und den Ländern des arabischen Golfes.

Die Bauern in Jordanien sind sehr rückständig, und die revo-

lutionäre Bewegung in diesem Land war bis jetzt noch nicht fähig, die Massen der Bauern zu vereinen und zu organisieren.

Frage: Auch die FPDLP nicht?

Antwort: Die FPDLP hat zwar im Norden von Jordanien eine Gewerkschaft für Landarbeiter gegründet, aber wir meinen, daß sie nicht sehr effektiv sein wird, da diese Landarbeiter nicht ständig in der Landwirtschaft arbeiten. Sie arbeiten in verschiedenen Berufen und gehören eher zum Lumpenproletariat.

Bei den Bauern im Süden von Jordanien ist die politische Arbeit noch schwieriger, und zwar wegen der Stammesstruktur. Die Bevölkerung dort besteht zwar aus Bauern, aber sie halten immer noch an Stammesmerkmalen und Stammesbeziehungen mit den Scheichs und Feudalherren fest. Diese Feudalherren könnte man als politische Feudalherren bezeichnen, da ihre Macht nicht auf einer ökonomischen, sondern auf einer politischen Grundlage beruht, nämlich auf ihren Beziehungen zur herrschenden Oligarchie.

Es gibt noch keine genaue Analyse der Lage der Bauern, aber soviel kann man sagen, daß die meisten Bauern kleine Landbesitzer sind, und daß die Landwirtschaft in Jordanien bestimmt nicht kapitalistisch ist. Im Süden herrschen teilweise noch feudalistische Verhältnisse, aber die meisten Bauern sind kleine Eigentümer, und ihr Bewußtsein entspricht der Kleinbourgeoisie. Der Großteil des bebauten Landes befindet sich im Kampfgebiet, und der Anbau dort ist durch intensive Bombardements und israelische Angriffe ziemlich zerstört worden. Deshalb haben die Bauern ein starkes Interesse daran, diesen Zustand zu beenden, und sei es auch durch die "friedliche" Lösung. All dies verhindert die politische Agitation, wobei noch hinzu kommt, daß die Parole, das Land zu enteignen, sinnlos ist, weil es nur Kleineigentümer gibt. Diese Frage kann nur nach der Revolution und nicht vor der Revolution gelöst werden.

Frage: Sind Versuche unternommen worden, Kollektive oder Genossenschaften zu gründen? Gibt es einen Klassenkampf im Dorf, z.B. gegen die Wucherer wegen Verschuldung?

Antwort: Kollektive oder Genossenschaften gibt es so gut wie gar nicht. Die Volksfront hat auf einem kleinen Stück Land mit etwa 15 Leuten eine Art Kollektiv errichtet, aber das ist nur ein Experiment. Wir haben eine Vereinigung der Landarbeiter gegründet und versuchen, eine Gewerkschaft zu gründen, um den Kampf gegen die Großgrundbesitzer zu organisieren und eine Verbesserung der sozialen Lage der Landarbeiter zu erreichen. Aber das Problem ist eben, daß die Landarbeiter meist Gelegenheitsarbeiter sind.

Die Errichtung von Kollektiven ist nur möglich, wenn eine Kollektivbewegung eine Massenbewegung ist. Diese Massenbewegung zu mobilisieren, kann die Widerstandsbewegung nicht leisten. Deshalb sagte ich, daß diese Probleme erst gelöst werden können, wenn die Frage des Kleineigentums gelöst wird, also nach der Revolution. Wie, muß dann noch genauer bestimmt werden.

Die Arbeiter in Jordanien sind sowohl Jordanier als auch Palästinenser. Es gibt hier einige Fabriken und

also ein Industrieproletariat, aber der Prozentsatz dieses Industrieproletariats innerhalb des gesamten Proletariats macht nicht mehr als 30% aus. Die anderen 70% stellt das Lumpenproletariat, also Gelegenheitsarbeiter in Restaurants, Cafés, Kinos, oder Schuhputzer, Gepäckträger usw.

Wir haben bei den Fabrikarbeitern sehr gute Erfolge erzielt und auch eine großen Prozentsatz des Lumpenproletariats organisieren können.

Frage: Werden die Handwerker in den kleinen Werkstätten zu den Industriearbeitern gezählt?

Antwort: Nein. Was ihre politische Haltung und ihren politischen Interessen angeht, kann man die Handwerker zumindest hier in Jordanien der Kleinbourgeoisie, und nicht den Arbeitern, zurechnen.

Nun bleibt noch eine spezifische Erscheinung in der heutigen jordanische Gesellschaft übrig: Die Flüchtlinge, die natürlich ihrem Interesse entsprechend das revolutionärste Potential bilden. Aber trotzdem ist die politische Arbeit unter ihnen sehr schwierig, und zwar hauptsächlich wegen ihrer unterschiedlichen Klassenherkunft. In Industrieländern gibt es einen ständigen Zustrom von der Kleinbourgeoisie zum Proletariat. Diese Sprößlinge der Kleinbourgeoisie halten ihren früheren Klassenstandpunkt lange Zeit hindurch aufrecht, sie spielen ihrem Bewußtsein nach die Rolle des letzten Zipfels der Bourgeoisie, der ins Proletariat hineinreicht. Hier im Fall der Flüchtlinge ist die Frage noch viel schwieriger, nämlich wegen der Plötzlichkeit der Evakuierung. Angehörige völlig verschiedener Klassen wurden zu Flüchtlingen, Bürger, Kleinbürger, Feudalherren, Arbeiter, alle werden plötzlich in den Flüchtlingsstatus versetzt. Aber sie bewahren noch lange ihren früheren Klassenstandpunkt. Deshalb ist die politische Arbeit unter den Flüchtlingen - obwohl sie objektiv die revolutionärste Klasse sind - eine schwierige Aufgabe. Aber die Tatsache, daß der national-patriotische Widerspruch akut ist, und daß die Flüchtlinge die Klasse sind, die am meisten unter diesem Widerspruch leiden, gibt ihnen einen starken revolutionären Impuls. Ich gebrauchte hier den Begriff "Klasse" für die Flüchtlinge - ich weiß natürlich, daß das nicht richtig ist. Eine Klasse im marxistischen Sinn ist eine ökonomische Kategorie, aber die Flüchtlinge haben keine einheitliche ökonomische Basis. Deshalb ist auch ihr Bewußtsein so wenig entwickelt und resignativ.

Frage: Wie sieht die Polarisierung der jordanischen Gesellschaft aus? Stehen auf der einen Seite die Bourgeoisie und die Scheichs und der König, und auf der anderen Seite Teile des Kleinbürgertums, das Proletariat und die übrigen Klassen?

Antwort: In Verbindung mit der bevorstehenden "friedlichen" Lösung könnte innerhalb der Polarisierung eine vorteilhafte Verschiebung eintreten. Wir prüfen den Standpunkt der verschiedenen Klassen in Bezug auf die "friedliche" Lösung: die Flüchtlinge sind gegen eine solche Einigung, sie können von den linken und radikalen Organisationen der Widerstandsbewegung mobilisiert werden. Aber selbst ein gewisser Teil der Flüchtlinge zieht aus mangelndem Bewußtsein seine unmittel-

bare Interessen seinen historischen Klasseninteressen vor. So findet man auch bei den Flüchtlingen Gruppen, die eine schwankende Haltung einnehmen.

Die Bourgeoisie will, wie ich schon sagte, eine "friedliche" Lösung durchsetzen, aber unter der Bedingung, den Zustand von vor dem Junikrieg wieder herbeizuführen. Die Scheichs sind natürlich auch für eine solche Lösung, da sie mit der Regierung eng verbündet sind. Es ist auch möglich, daß die Bauern und das Kleinbürgertum an einem Kampf gegen die "friedliche" Lösung teilnehmen, besonders das Kleinbürgertum.

Zur Politik der FPDLP

Frage: Unser Eindruck war, daß eine gewisse Wandlung in der sozialen Zusammensetzung der FPDLP vorgegangen ist. Im letzten Jahr waren die Intellektuellen im größeren Ausmaß vorherrschend als jetzt.

Antwort: Als sich die demokratische Volksfront von der FPLP abspaltete, bestand sie zum größten Teil aus Intellektuellen. Dies erklärt sich aus der objektiven Situation. Die Masse in diesem Land war wegen der langen Zeit der Unterdrückung und des Elends nicht mit progressiven Ideen und linker Ideologie in Berührung gekommen. So war es nur natürlich, daß die Initiative und die Wendung zur linken Ideologie von Intellektuellen unternommen wurde, die durch wissenschaftliche Betätigung oder Studium im Ausland diese Ideologie kennengelernt hatten. Nach der Spaltung jedoch wurde es bald klar, daß ein Teil der Intellektuellen nicht fähig war, eine revolutionäre Praxis in der FPDLP zu entwickeln. Dieser Teil neigt dazu, sich individualistisch und arrogant zu benehmen und die Massen von oben herab zu behandeln. Deshalb war es ungeheuer wichtig für die

FPDLP, um vorwärts zu kommen und zu einer Massenbewegung zu werden, diesen Teil der Intellektuellen auszuschalten. Man konnte sie nicht alle auf einmal ausschließen, und so wurden nur langsame Fortschritte erzielt. Es wurden Versuche unternommen, allerdings mit ziemlich subjektiven Maßstäben, die Massen und die Klassenpositionen und das Klassenbewußtsein zu prüfen. Wir haben deshalb das Ziel, eine Partei innerhalb der Demokratischen Volksfront zu gründen, aber wenn wir ein fach hergehen und eine Partei gründen, wird sie aus eben denselben Bestandteilen zusammengesetzt sein, die uns jetzt tagtäglich ihre Unfähigkeit demonstrieren. Deshalb versuchten wir, Genossen von der Basis zu schulen, um Kader zu bilden. Wir hatten eine Kaderschule, in der es unter anderem Schulung in Propaganda und Studienarbeit gab. Große Teile der FPDLP wurden dort in Organisationsarbeit geschult. Einige von ihnen wurden ausgewählt, um die älteren Kader zu ersetzen. Aber das soll nicht heißen, daß alle älteren Kader unfähig waren.

Was die Massenorganisationen der FPDLP angeht, so meine ich, daß der Unterschied zwischen dem letzten und diesem Jahr darin besteht, daß wir letztes Jahr keinen Einfluß bei den Arbeitern hatten, während wir inzwischen sehr einflußreich geworden sind und eine Anzahl von Arbeitern rekrutieren konnten. - Was die Flüchtlinge

und die anderen Klassen anbelangt, so glaube ich nicht, daß ihre relative Anzahl sich innerhalb des letzten Jahres verändert hat.

Frage: Wir haben davon gehört, daß die Frage Partei-Front in der Diskussion steht. Wird die bisherige Einheit des politischen und militärischen Kampfes durch die Parteigründung eingeschränkt werden, oder wie wird das Verhältnis Partei - Front aussehen?

Antwort: Diese Sache ist noch nicht entschieden und wird auf dem Kongress der Demokratischen Volksfront diskutiert werden, wo dann alle Tendenzen zur Sprache kommen werden. Es besteht ein akutes objektives Bedürfnis, einen harten Kern innerhalb der Front zu bilden; das soll die Partei sein. Andererseits sind die subjektiven Bedingungen für eine Parteigründung noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Dieser harte Kern innerhalb der Demokratischen Volksfront ist einfach personell nicht vorhanden oder nicht homogen genug. Deshalb gibt es jetzt verschiedene Tendenzen innerhalb der FPDLP, die eine Tendenz betont das objektive Bedürfnis, die andere das Fehlen der subjektiven Bedingungen. Erst auf dem Kongress wird man durch Diskussion der verschiedenen Tendenzen zu einem Ergebnis kommen.

Frage: Sind das Tendenzen oder schon Fraktionen innerhalb der FPDLP?

Antwort: Nein, ich glaube nicht, daß sie eine solche Form annehmen, auch wenn die Frage nicht auf dem Kongress entschieden wird. Sie sind nicht polarisiert, und sie finden sich durchgängig von der Basis bis zur Spitze. Zudem sind diese Positionen nicht starr, sondern stehen noch innerhalb des Diskussionsprozesses.

Bündnisfragen

Frage: Wie ist die Haltung der FPDLP zu den Trotzkiisten? Wir haben gehört, daß es eine Beschluß des Politbüros gibt, der die Zusammenarbeit mit den Trotzkiisten ablehnt, obwohl die FPDLP anfangs besonders mit den französischen Trotzkiisten zusammenarbeiteten.

Antwort: Die Demokratische Volksfront war anfangs sehr isoliert, und sie hatte auch keine Vorurteile gegen irgendeine Richtung innerhalb der kommunistischen Bewegung. So erklärt sich die Verbindung zu einigen trotzkistischen Gruppen in Europa, die die FPDLP unterstützten und die FPDLP benötigte jegliche Unterstützung. Andererseits war die Ideologie der FPDLP nie verhärtet oder starr, sondern immer veränderbar. - Unser Verhältnis zu den Trotzkiisten hat sich verschlechtert, da die Trotzkiisten die FPDLP mit sich identifizierten und sie als trotzkistische Organisation betrachteten. Die Demokratische Volksfront ist keine trotzkistische Organisation.

Frage: Um welche trotzkistischen Organisationen handelt es sich?

Antwort: Besonders um die Pabloisten, die 4. Internationale (Frankisten) und auch die Posadisten. Ein weiterer Grund für die Verschlechterung unseres Verhältnisses war die Meinungsverschiedenheit um folgende Frage: Unterstützen sie die palästinensische Re-

volution als Ganzes, auch wenn es die FPDLP nicht gäbe, oder unterstützen sie die palästinensische Revolution, weil es eine marxistische Organisation, die FPDLP gibt? Es machte ihnen Schwierigkeiten, diese Frage zu beantworten, weil sie meiner Meinung nach von einem Mißverständnis der nationalen Frage ausgehen. Sie wollen die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen, falls sie marxistisch sind oder zumindest teilweise aus marxistischen Organisationen bestehen, während Marxisten nationale Befreiungsbewegungen auch dann unterstützen sollten, wenn diese nicht marxistisch sind.

Wir hatten z.B. eine Auseinandersetzung mit Al-Araf Al-Ahder über die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Israelis, wobei er meinte, eine marxistische Organisation müsse dieses Selbstbestimmungsrecht anerkennen. Die FPDLP ist nicht dieser Meinung, denn Selbstbestimmungsrecht bedeutet natürlich Recht auf Abtrennung. Dieses Recht muß den Interessen des Klassenkampfes und der sozialistischen Weltrevolution unterworfen sein. Die demokratischen Parolen spielen in dem Fall eine untergeordnete Rolle, und das Selbstbestimmungsrecht ist eine demokratische Forderung. Im speziellen Fall Israels und des israelischen Volks bedeutet Selbstbestimmungsrecht Recht auf Abtrennung, auf einen eigenen Staat, und wenn man den Israelis dieses Recht zugesteht, bedeutet dies das vollständige Scheitern der Lösung der nationalen Frage im Nahen Osten, denn jeder jüdische oder israelische Staat im Nahen Osten ist notwendigerweise ein zionistischer Staat. Lenin sagt, daß die Lösung der nationalen Frage nur so aussehen kann, daß die Privilegien der Unterdrückter zerstört werden. Das wichtigste Privileg der israelischen Unterdrückter ist das Privileg, einen israelischen oder jüdischen Staat zu bilden. Deshalb kann die nationale Frage nur durch die Zerstörung dieses Privilegs gelöst werden.

Frage: Diese Frage betrifft auch die Schwierigkeiten bei den Kontakten zur Matzpen in Europa, weil einige Matzpen-Genossen es für sehr wichtig halten, daß das Selbstbestimmungsrecht anerkannt wird, weil sie sonst bei der Agitation in Israel in Schwierigkeiten kommen. Welche Beziehungen könnten nun von der FPDLP zu den kleinen antizionistischen Organisationen in Israel, wie Rakah und Matzpen, aufgenommen werden, und ist eine Zusammenarbeit möglich?

Antwort: Das zionistische System als Kolonialsystem unterdrückt jede abweichende Meinung, deshalb ist Matzpen eine sehr kleine und unwichtige Gruppe.

Marx hat in bezug auf die Befreiung Irlands eine sehr lehrreiche Bemerkung gemacht: "Ich habe lange Zeit geglaubt, daß eine Befreiung Irlands nur verwirklicht werden kann, wenn das englische Proletariat die Macht ergreift; aber jetzt merke ich, daß das Gegenteil richtig ist. Das englische Proletariat kann die Macht nicht ergreifen, wenn es die Unterdrückung Irlands nicht abschafft." Weiter sagte er: "Ich glaube, daß die Wurzeln der englischen Verhältnisse in der Kolonisierung Irlands zu finden sind."

Hier in Palästina haben wir eine ähnliche Situation. Die Befreiung Palästinas und die Zerstörung des Zionismus kön-

(Vergl. A1-Djabha Nr. 3/4)

nen nicht durch eine Revolution des israelischen Proletariats erreicht werden. Das Gegenteil ist richtig. Der Sieg des Proletariats in Israel kann nur durch die Befreiung Palästinas erreicht werden, durch den Kampf der Palästinenser und Araber gegen den zionistischen Staat. Unter solchen Bedingungen ist das Kriterium für die Beurteilung einer revolutionären Gruppierung in Israel ihre Haltung gegenüber den zionistischen Projekten, der Zionisierung des Landes, und ihr Standpunkt in bezug auf den Kampf der Palästinenser und Araber und auf die internen Widersprüche in Israel.

Was Rakah betrifft - Rakah ist keine revolutionäre Organisation. Obwohl sie gegen den Zionismus kämpfen will, beschränkt sie sich doch auf einen partiellen Kampf, sie erkennt die Existenz des Staates Israel als Tatsache an und entwickelt ihre politische Aktivität innerhalb der Grenzen dieser Tatsache. Matzpen ist so ehrlich, sehr genau die Unmöglichkeit aufzudecken, eine revolutionäre Haltung und gleichzeitig Loyalität zu der Tatsache der Existenz des Staates Israel zu vertreten. Deshalb ist die Zusammenarbeit zwischen der palästinensischen Revolution und einer Gruppe wie Matzpen gerechtfertigt und wirkungsvoll. Meiner Meinung nach sollten die FPDL und die Matzpen eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit finden.

Frage: Du hältst das israelische Proletariat für nicht notwendig für die Revolution in Palästina. Wenn die Umwandlung des bestehenden israelischen Systems in eine sozialistische Gesellschaftsform nur durch die Befreiung Palästinas möglich ist, welche Funktion hat dann Matzpen?

Antwort: Ich sagte nicht, sie sei nicht notwendig, sondern nicht entscheidend. Es gibt eine antiimperialistische palästinensische und arabische Befreiungsbewegung. In Israel gibt es Klassenkämpfe. Nehmen wir an, die Parteien und politischen Organisationen des Proletariats in Israel wollten das jetzige israelische Regime stürzen - das wäre gar nicht möglich, solange Israel eine zionistische Gesellschaft ist, und somit an das imperialistische Lager gebunden ist, und die zionistische Ideologie der Zement ist, der die israelische Gesellschaft zusammenhält. Selbst wenn das israelische Proletariat in der Lage wäre, die Macht zu übernehmen, und einen sozialistischen Staat in Israel aufzubauen, wäre die nationale Frage noch lange nicht gelöst. Der Sozialismus bildet zwar die Grundlage, auf der die nationale Frage gelöst werden kann, aber er löst sie nicht automatisch. Theoretisch kann es auch einen Staat geben, der nach innen sozialistisch ist und nach außen unterdrückt. Deshalb ist die Aufgabe einer Gruppe wie Matzpen der Klassenkampf, aber sie muß in Verbindung mit der arabischen Befreiungsbewegung bleiben. Lenin beurteilte die revolutionären Gruppen in einem imperialistischen oder kolonialistischen Land nach den folgenden Kriterien: Wenn sie die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen, sind sie revolutionär, wenn nicht, sind sie nicht revolutionär, auch wenn sie in ihrem Land den Klassenkampf vorantreiben.

1. National-patriotischer Kampf, antiimperialistischer Kampf und Klassenkampf

Frage: Es wird immer wieder betont, daß die arabische Linke, besonders die internationalistische Linke, aus der arabischen nationalistischen Bewegung entstanden ist. Gibt es

zwischen den arabischen Befreiungsbewegungen eine Verbindung, die enger ist als die internationalistische, die alle Befreiungsbewegungen miteinander verbindet? Gibt es eine Verbindung, die sich aus der gemeinsamen Geschichte und anderen Gemeinsamkeiten erklären läßt? Wenn man z. B. Südjemen und Libanon vergleicht, so sind doch die Unterschiede sehr groß, und es ist schwer eine Einheit zu entdecken.

Antwort: Trotzdem gibt es diese Einheit. Erstens gibt es einen selbständig wirkenden nationalen Faktor. Die Befreiungsbewegungen definieren sich als arabische Bewegungen. Zweitens kann die Befreiungsbewegung nur durch arabische Einheit siegen. Wenn nicht, wird sie isoliert und zerspalten und hat keine Chance. Sie muß ihren Kampf über das ganze weite Gebiet Arabiens hin entfesseln, um lebensfähig zu sein und zu siegen.

Frage: Welche Bedeutung hat "arabisch"? Gebrauchst du es nach der Definition der arabischen Nationalisten: arabisch als eine sprachliche und kulturelle Einheit?

Antwort: Lenin sagte, daß der Begriff "Kultur" zweideutig ist, weil es notwendigerweise zwei Kulturen gibt, die herrschende Kultur, die Kultur der herrschenden Klasse, und die proletarische Kultur, die nur bruchstückhaft vorhanden ist. Andererseits bewirkt die Herrschaft des Imperialismus einen Widerspruch zwischen den unteren Klassen einerseits und den arabischen Oligarchien und der Kompradorenbourgeoisie andererseits. So wird aus dem antiimperialistischen Kampf gleichzeitig ein Klassenkampf, ein Kampf, in dem die Klassen, in deren Interesse der Kampf gegen den Imperialismus liegt, im Widerspruch stehen zu den Klassen, die mit dem Imperialismus verbündet sind, und auch zu den Klassen, die keinen systematischen Kampf gegen den Imperialismus führen können, also der Kleinbourgeoisie, und besonders deren verbürgerlichten Teil. Die arabischen Länder leiden gleichzeitig unter zwei verschiedenen Arten der Unterdrückung: einerseits der zionistischen Herrschaft, die den national-patriotischen Widerspruch hervorruft, und andererseits der imperialistischen Herrschaft, die den Klassenwiderspruch hervorruft, weil, wie ich erklärte, der antiimperialistische Kampf zum Klassenkampf wird. Einer dieser beiden Widersprüche spielt in der jeweiligen Situation die dominante Rolle, während der andere in den Hintergrund tritt. Diese beiden Widersprüche können nicht auf einen zurückgeführt werden. Um es der arabischen Revolution zu ermöglichen, mit diesen beiden Widersprüchen gleichzeitig fertig zu werden, müßte es eine einheitliche revolutionäre arabische Bewegung geben, die jeden der Widersprüche dazu benutzen kann, den anderen zu intensivieren, und die eine Strategie entwickelt, die eine Niederlage ausschließt, eine Strategie, die die spezifischen Merkmale jedes der beiden Widersprüche in Betracht zieht. Der national-patriotische Widerspruch erfordert eine ganz bestimmte Taktik, die Taktik des nationalen Bündnisses, während der andere Widerspruch eine andere Taktik erfordert, die Taktik der Klassenbündnisse und Klassenwidersprüche. Deshalb müßte es im arabischen Raum eine einheitliche revolutionäre Bewegung geben, die diese Tatsachen in Betracht zieht und eine Strategie entwickelt, die gegen das schwächste Glied in diesem System der Widersprüche gerichtet ist. Deshalb ist die Beziehung und Verbindung zwischen der palästinensischen

Widerstandsbewegung und der arabischen revolutionären Bewegung und auch die Verbindung zwischen der palästinensischen Widerstandsbewegung und den Befreiungsbewegungen in den Golfländern so wichtig. - Andererseits aber lenkt die Existenz Israels die Aufmerksamkeit der Massen vom Klassenkampf und vom antiimperialistischen Kampf ab auf einen anderen Brennpunkt, den national-patriotischen Kampf, und verschafft so dem Imperialismus einen großen Vorteil. Der Imperialismus wiederum unterstützt Israel durch die Ausbeutung der arabischen Länder und durch die Errichtung schwacher unterentwickelter Staaten, die dem israelischen Staat unterlegen sind.

Wir können nicht den einen Kampf dem anderen vorziehen, denn wenn wir z.B. das Problem Israel in den Hintergrund schieben und das Problem des Imperialismus vorrangig behandeln würden, würde das bedeuten, daß wir Israel die Chance gäben, seine Position zu konsolidieren, und daß wir ihnen einen Angriff gegen die palästinensischen Widerstandsorganisationen ermöglichen würden. Wenn wir andersherum das Problem Israel vorrangig behandeln würden, und das imperialistische Problem zurückstellen würden, würde das heißen, sich der israelischen Herausforderung unter für Israel günstigen Bedingungen zu stellen, unter den Bedingungen der arabischen Schwäche und der arabischen Unterentwicklung. Deshalb müssen die beiden Kämpfe, gleichzeitig geführt werden, und das strategische Problem ist, wie ich schon sagte, die verschiedene Taktik, die von den verschiedenen Merkmalen der beiden Widersprüche erfordert wird, in einem einheitlichen Kampf zu verwirklichen. All dies beweist die Bedeutung der Verbindung zwischen palästinensischer Widerstandsbewegung und der arabischen Revolution, und die Bedeutung der strategischen Koordination zwischen den Befreiungsbewegungen in Palästina, in den Golfländern und in den anderen arabischen Ländern.

Libanon

Frage: Letztes Jahr wurde im Libanon doch der Versuch gemacht, diese Verbindung herzustellen.

Antwort: Dieser Versuch ist fehlgeschlagen.

Frage: Dort war es doch so, daß die Notwendigkeit des nationalen Kampfes und die Bündnisfrage dazu gezwungen haben, den sozialen Kampf aufzugeben, der 1969 begonnen hatte, und nun zum ersten Mal die Chance hatte, die knofessionelle Struktur zu überwinden.

Antwort: Die Bündnisfrage ist ein schwieriges Problem, einfach weil es linke Organisationen innerhalb des arabischen Widerstandes kaum gibt. Im Libanon z.B. war es die Widerstandsbewegung und nicht die libanesische Linke, der es gelang, die knofessionelle Struktur der libanesischen Gesellschaft zu stören und gar zu erschüttern. Die libanesische Linke war nicht in der Lage, die Auswirkungen der Existenz der Befreiungsbewegung, des palästinensischen Widerstandes auf libanesischem Gebiet, zu verwerfen, und auch die Widerstandsbewegung war nicht in der Lage, ein wirkliches Bündnis mit der libanesischen Linken einzugehen, weil die nasseristische Ideologie, wie sie in der Fath-Ideologie vereinfacht auftritt, die palästinensische Befreiungsbewegung be-

herrscht. Diese politische Linie veranlaßte Al Fath, ein Bündnis mit den politischen Feudalherren und der nasseristischen Bourgeoisie einzugehen, mit Karamé z. B. und mit den sunnitischen Moslems im wesentlichen Libanon und in Beirut.

Im südlichen Libanon gab es eine Doppelherrschaft des libanesischen Regimes und der Widerstandsorganisationen. Im Stadium der Doppelherrschaft sollte die Widerstandsbewegung einen direkten Kampf entfesseln, z.B. das Land enteignen oder ähnliches. Es ist in diesem Stadium taktisch nicht klug, den Staat zu bitten, dies oder jenes zu tun; es besteht eine reelle Chance, einen direkten Kampf zu führen, das Land zu enteignen, Kollektive zu errichten, was immer die konkrete Situation erfordert. Aber der Kampf muß geführt werden. Nun war es so, daß die Widerstandsbewegung des Kampf nicht alleine führen konnte, und ein Bündnis mit der libanesischen Linken verhindert wurde. Und jetzt stecken wir in einer Krise des Verhältnisses der libanesischen Massen im südlichen Libanon und der Widerstandsbewegung, weil diese Massen nicht automatisch auf der Seite des national-patriotischen Kampfes stehen; sie sind nicht politisiert, sie neigen dazu, ihre historischen Interessen für ihre unmittelbaren Interessen zu opfern, sie sind nicht mit der Existenz der Widerstandsbewegung im südlichen Libanon einverstanden. - Der Libanon ist ein Beispiel dafür, was geschehen ist und was hätte geschehen können, aber das Problem einer Strategie, die die beiden Widersprüche gleichzeitig bekämpft, ist ein Problem, das im größeren arabischen Zusammenhang gestellt werden muß.

Frage: Wie ist die gegenwärtige Situation im Libanon? Das Stadium der Doppelherrschaft hat also mit einer Niederlage geendet; wie ist jetzt die Perspektive?

Antwort: Wie ich schon sagte, ist es der Widerstandsbewegung nicht gelungen, sich in der sozialen Struktur des Libanon zu verwurzeln, weil es ihr nicht gelang, sich wirksam mit der libanesischen Linken zu verbünden, wie es auch der libanesischen Linken nicht gelang, dieses Bündnis herbeizuführen, und beide scheiterten vor der Aufgabe, einen direkten sozialen Kampf zu führen. Die Art und Weise, in der die Widerstandsbewegung die Massen behandelte, führte zu einer schwierigen Situation. Die Widerstandsbewegung versuchte, die Massen für sich zu gewinnen, indem sie die Massen beruhigte und sich als Beschützer hinstellte, der das Volk vor der israelischen Aggression behütet. Das Volk selbst hat keine Aufgabe, es braucht nur dazusitzen und zuzusehen, wie die Widerstandsbewegung mit der israelischen Aggression fertig wird. Als dann wirklich Kämpfe stattfanden, wurde das Vertrauen der Massen in die Widerstandsbewegung schwer erschüttert, weil sie gemeint hatten, die Widerstandsbewegung würde die israelischen Feinde mit der linken Hand besiegen, weil sie nur dazusitzen und der Widerstandsbewegung beim Siegen zuschauen wollten. Als die unpolitischen Massen sahen, daß das Gegenteil von dem geschah, was sie erwartet hatten, wurde ihr Glaube an die Widerstandsbewegung erschüttert oder zerstört, und sie evakuierten das Gebiet, was für die Widerstandsbewegung und auch für die libanesische Linke ein schwerer Schlag war. Die Situation hat sich seither noch nicht gebessert. Aber die

Fedayin dort, besonders die, die an der Basis arbeiten, haben ein Bewußtsein für das Problem erreicht, und das Bedürfnis, es zu lösen.

Frage: Gilt das für alle Organisationen? Welche Rolle spielte die Demokratische Volksfront?

Antwort: Die FPDLP ist dort nicht sehr stark. Wir haben einige dort versucht, z.B. Unterstände für die Bevölkerung zu errichten, oder die Prinzipien des bewaffneten Volkskampfes zu verbreiten. Aber wir haben das nicht im großen Maßstab tun können, weil wir in unseren Mitteln sehr beschränkt waren. Wir konnten den Massen keine Waffen usw. geben.

Die besetzten Gebiete

Frage: Die nächsten Fragen betreffen die Lage in den besetzten Gebieten. Wie ist die Lage der arabischen Bevölkerung, und wie sieht die Arbeit der verschiedenen Widerstandsorganisationen dort aus?

Antwort: Am Anfang gab es keine eigentliche politische Bewegung oder Organisation in den besetzten Gebieten; die Widerstandsbewegung mußte ganz von vorn anfangen. Es gab einige Gruppen der Kommunistischen Partei, der Arabischen Nationalistischen Bewegung der Baath und einiger anderer Parteien, aber eine wirkliche politische Organisation gab es nicht, besonders auf dem westlichen Jordanufer nicht, umso mehr, als die Israelis die dortige Intelligenz nach 1967 fast völlig unterworfen hatten. Dies erlaubte ihnen, das zu versuchen, was sie mit dem "Durchdringen der besetzten Gebiete" bezeichnen. Die politisch aktiven Elemente wurden gleich zu Anfang verjagt; das führte dazu, daß die Widerstandsbewegung wirklich von Grund an anfangen mußte, eine Organisation neu aufzubauen.

In bezug auf die besetzten Gebiete gibt es heutzutage zwei verschiedene Tendenzen innerhalb der israelischen Gesellschaft. Die eine Tendenz ist die eigentliche zionistische, die die besetzten Gebiete abtrennen will, um den jüdischen Staat als rein jüdischen zu erhalten. Die andere Tendenz geht in die Richtung des südafrikanischen Modells, d.h. Beschäftigung arabischer Arbeiter, Ausbeutung arabischer Arbeitskraft und Rassentrennung. Diese beiden Tendenzen bekämpfen einander noch. So finden wir in einigen Gegenden viele arabische Arbeiter, die in der israelischen Industrie beschäftigt sind. Diese Arbeiter bieten eine gute Möglichkeit, für politisch wirksame Arbeit, denn sie sind zum Kampf fähig und können viele Informationen über Israel und über die strategische Lage dort liefern. Andererseits sind viele dieser Arbeiter nicht politisiert, sie sehen ihre Beziehung zum israelischen Unternehmer als eine rationale und auf Gegenseitigkeit beruhende an, wie ein normaler unpolitischer Arbeiter seine Beziehung zum Kapitalisten sieht. Die Israelis haben in den besetzten Gebieten eine "liberale" Politik verfolgt, wie sie sie nannten, indem sie nämlich der arabischen Bourgeoisie erlaubten, Gewinnen zu machen, indem sie als Vermittler und Zwischenglied zwischen der israelischen Wirtschaft und dem Markt in den besetzten Gebieten und den Märkten der anderen arabischen Ländern diente,

durch Import und Export von Waren, besonders durch den Export der Agrarprodukte vom westlichen zum östlichen Jordanufer, und nicht selten gelang es ihnen auch, israelische Waren und Agrarprodukte zu schmuggeln, was ihnen zu einem gewissen Wohlstand verhalf. Aber wenn wir annehmen, daß die Besetzung andauert, müssen sie sich mit der natürlichen Tendenz der israelischen Bourgeoisie zur Expansion auseinandersetzen, denn diese Expansion wird auf Kosten der palästinensischen Bourgeoisie in den besetzten Gebieten vor sich gehen und diese in bitteres Elend stürzen. Deshalb wird die Bourgeoisie, obwohl sie bis jetzt nicht aktiv am Kampf gegen Israel teilnahm, in der Zukunft gegen die israelische Besetzung kämpfen.

In bezug auf die Bauern nehmen die Israelis auch eine "liberale" Haltung ein - sie geben ihnen materielle Hilfe, sie versuchen, moderne Techniken und Rationalisierungsmethoden einzuführen, indem sie Lehrgänge auf israelischen Gütern und landwirtschaftliche Beratungen veranstalten. Aber die Bauern reagieren nicht auf diese Taktik, denn sie kennen den expansionistischen Charakter des Zionismus sehr wohl, sie haben ihn schon 1948 erfahren und kennen ihn aus erster Hand.

Die Kleinbourgeoisie in den besetzten Gebieten besitzt einen gewissen revolutionären Impuls, der sich besonders gegen den national-patriotischen Widerspruch richtet. Die Kleinbourgeoisie führte den passiven Kampf gegen die Besetzung an und verhalf dem aktiven Kampf zu größerer Verbreitung. Aber wir finden auch in den besetzten Gebieten die bekannten Merkmale kleinbürgerlichen Verhaltens: die kurzschlußartige Radikalisierung, und die schwankende Haltung sind das Verhaltensmuster der Intellektuellen. Sie führten dort eine Weile einen versteckten Kampf und wurden dann entdeckt und vertrieben. Aus den Geschichten, die sie erzählen, kann man entnehmen, daß sie vielleicht unbewußt versuchten, entdeckt und vertrieben zu werden. Der passive Widerstand als Streik aller Wirtschaftszweige, wie er lange geführt worden ist, ist sinnlos, denn passiver Widerstand wird nur wirksam, wenn die Wirtschaft der besetzten Gebiete und die der Besatzungsmacht integriert sind. Aber wie die Dinge jetzt liegen, ist die Wirtschaft getrennt. Was bedeutet ein Streik z.B. in Nablus? Den Israelis ist er vollkommen gleichgültig. Die Streiks 1936 waren sogar nicht nur sinnlos, sondern in einem gewissen Sinne nützlich für den israelischen Sektor der Wirtschaft, sie gaben den Israelis nämlich einen glänzenden Vorwand und eine Möglichkeit zur Expansion und Eroberung der Positionen der streikenden palästinensischen Arbeiter und Handwerker.

Die Widerstandsbewegung versuchte in verschiedenen Aktionen den Kampf in den besetzten Gebieten aufzunehmen. Zuerst sandte man bewaffnete Abteilungen oder kleine Gruppen bewaffneter Männer hinüber, die drüben bleiben und kämpfen sollten. Diese Aktionsform war ein völliger Fehlschlag. Die Demokratische Volksfront hat auch versucht, den Kampf auf diese Art zu führen, und bei dieser Aktion wurden einige unserer besten Kader geopfert. Sie gingen hinüber und erreichten teilweise sogar die entferntesten Teile der besetzten Gebiete, und dann wurden sie meistens entdeckt. Alle Organisationen haben diese Aktionen unternommen, Al Fath,

Al Saika, die Volksfront, aber keine mit Erfolg, Jetzt benutzen die Organisationen lieber Einzelpersonen als kleine Gruppen, und diese Personen knüpfen Kontakte und halten sie aufrecht, und führen ihren Kampf dort, aber es ist klar, daß dieser Kampf nie ein Massenkampf werden kann. Bleibt also nur der äußerst wichtige Kampf von außerhalb, der militärische Kampf gegen Israel von Basen aus, die außerhalb von Israel in den angrenzenden arabischen Ländern liegen. Natürlich gibt es dadurch manche technische Schwierigkeit, aber in diesem Stadium gibt es keine andere Möglichkeit. In der Zukunft wird es vielleicht andere Möglichkeiten geben, z. B. falls es der Widerstandsbewegung gelingen wird, einen Kampf der Massen von außerhalb zu entfesseln, und die feindlichen Streitkräfte in diesen Kampf eingreifen würden, dann müßte die Widerstandsbewegung in der Lage sein, Gruppen hinüberzuschicken, die dort bleiben und kämpfen würden, aber zur Zeit ist sie dazu nicht in der Lage.

Die Doppelherrschaft in Jordanien

Frage: Jordanien ist das schwächste Glied der imperialistischen Herrschaft, deshalb war es hier möglich, die Doppelherrschaft zu errichten. Genügen die Errungenschaften der Widerstandsbewegung und der Demokratischen Volksfront, besonders die Organisation der alternativen Institutionen, um die Doppelherrschaft für längere Zeit aufrecht erhalten zu können, oder ist es nur eine Übergangsphase?

Antwort: Es gibt in Jordanien einerseits die Macht des Widerstandes der bewaffneten Massen, die von den Widerstandsorganisationen angeführt werden, und andererseits die Macht der Regierung. Diese beiden Gewalten konkurrieren um Machtpositionen. Dies führte zu einer Reihe kleinerer Zusammenstöße und konnte jeden Augenblick zu Machtkämpfen führen, und es hat auch dann wirklich Machtkämpfe gegeben.

Das Verhältnis der Widerstandsbewegung zur Regierung wird noch von einem anderen Gesetz geregelt, dem Gesetz, das auch unsere Beziehungen zu den anderen arabischen Regierungen regelt: 1. Solange die "friedliche" Lösung in weiter Ferne liegt, wird die Widerstandsbewegung von den arabischen Regierungen benutzt, um Druck auf Israel auszuüben, um es zur Annahme einer "friedlichen" Lösung zu bewegen, die diesen arabischen Regierungen viele Vorteile bringt. 2. Sobald die "friedliche" Lösung unmittelbar bevorsteht, wird es unvermeidlich zum Kampf zwischen den arabischen Regierungen und der Widerstandsbewegung kommen, In den vergangenen Auseinandersetzungen mit der jordanischen Regierung konnte die Regierung nicht so weit gehen, weil das erste Gesetz in Wirkung war, weil diese "friedlichen Kräfte" mit den betreffenden arabischen Regierungen koordiniert vorgehen müssen, um die Widerstandsbewegung zu liquidieren. Damals fehlte diese Koordination, weil die "friedliche" Lösung in weiter Ferne lag. Aber jetzt hat sich die Lage verändert, durch den Rogers-Plan. Doppelherrschaft als solche kann nicht lange dauern. Der Grund für ihre verhältnismäßig lange Dauer in Jordanien war die Wirkung des ersten Gesetzes. Außerdem hatte die Macht der Widerstandsbewegung nie feste, institutionelle Formen angenommen. Die FPDLP versuchte, die Macht der Widerstandsbewegung zu verfestigen, indem sie zur Bildung von

Volksräten aufrief. In zwei Flüchtlingslagern sind Volksräte gewählt worden. Aber wir konnten dieses Beispiel nicht verallgemeinern, und jetzt ist der Rogers-Plan und die "friedliche" Lösung vorrangig, und der Kampf zwischen der Widerstandsbewegung und der jordanischen Regierung ist unvermeidlich geworden. In der letzten Zeit haben wir die Verfestigung der Macht der Widerstandsbewegung innerhalb des Rahmens der Doppelherrschaft gefordert, weil wir merkten, daß dieser Prozeß verhindert werden soll, vielleicht durch einen Staatsstreich. Bei einem Staatsstreich könnte bestenfalls eine nationalistische bürgerliche Regierung wie das Nasserregime herauskommen, die noch rückständiger als das Nasserregime wäre. Wenn also die Doppelherrschaft verfestigt wird und die Nasseristen ihren Kampf innerhalb des Rahmens der Doppelherrschaft führen müssen, dann wird jedes zukünftige Regime ein Gefangener der Massen sein, und nicht umgekehrt. Deshalb forderten wir die Konsolidierung der Doppelherrschaft. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es klar, daß wir diese politische Linie nicht verfolgen können, weil die beiden Mächte, um die Existenz einer Doppelherrschaft gewähren zu können, in einem Gleichgewicht zueinander stehen müßten, so daß keine die andere stürzen kann. Wegen der bevorstehenden "friedlichen" Lösung ist die Regierung zur Zeit in der Lage, das Gleichgewicht der Kräfte umzustürzen. Deshalb muß die Widerstandsbewegung die Initiative ergreifen und ihrerseits versuchen, das Machtgleichgewicht umzustürzen und die Macht zu ergreifen. Deshalb haben wir unsere Parole geändert. Früher hieß sie: "Es gibt keine Macht über der Macht der Widerstandsbewegung!" Jetzt heißt sie: "Alle Macht der Widerstandsbewegung!" Der Unterschied zwischen den beiden Parolen spiegelt genau den Unterschied zwischen den beiden verschiedenen Situationen wider, der Situation der Doppelherrschaft, die verfestigt werden mußte, um eine Massenbewegung hervorzurufen und jedes zukünftige Regime zu radikalisieren und zu einem revolutionären und von einer Massenbewegung abhängigen zu machen, -und der Situation, die jetzt entstanden ist, in der die jordanische Regierung in der Lage ist, das Machtgleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern.

Frage: Ist die Widerstandsbewegung, die ja keine sozialistische ist, sondern eine nationale Befreiungsbewegung, die aus der nationalistischen arabischen Bewegung entstanden ist, fähig, in dieser Lage adäquat zu handeln? Werden die kommunistischen Kräfte im Land stark genug sein, um die zukünftige Regierung zum Gefangenen der Massen zu machen?

Antwort: Zur ersten Frage: Es ist klar, daß die Widerstandsbewegung in einer sehr prekären Lage ist. Es wird einen militärischen Kampf geben, eine militärische Auseinandersetzung, die sich zu einem Bürgerkrieg ausweiten wird. Die letzte Auseinandersetzung hat bewiesen, daß der Regierungsapparat noch stark ist, daß das Regime Kräfte für sich mobilisieren kann, indem es die Schwächen der Widerstandsbewegung und die Trennung zwischen Palästinensern und Jordaniern ausnutzt. Deshalb wird der Kampf der Widerstandsbewegung gegen das jordanische Regime riskant sein, das gebe ich zu. Die Frage ist nur, ob es eine andere Möglichkeit gibt. Wir meinen, es gibt keine andere, und wenn wir nicht handeln, dann wird die Widerstandsbewegung genauso liquidiert werden, ohne daß den Massen Ge-

legenheit gegeben wird, revolutionäre Erfahrungen zu sammeln, die sie in der Zukunft verwerten können. Wenn die palästinensische Widerstandsbewegung dann auch ausgerottet wird, so wird sie doch wenigstens die Saat der Revolution ausgestreut haben.

Die Antwort auf die zweite Frage, ob das zukünftige Regime nationalistisch sein wird und gegen die Kommunisten arbeiten wird, und die Kommunisten in einer schwierigeren Lage als zuvor sein werden: Die Stellung der Kommunisten hängt fast ausschließlich davon ab, welche Rolle die Kommunisten während des Umsturzes oder Aufstandes spielten. Wenn sie eine entscheidende Rolle spielen, wenn sie die Massen für

sich mobilisieren können, dann werden sie in dem zukünftigen Regime eine gute Position haben, wenn nicht, werden sie nur eine Randerscheinung sein. Auf jeden Fall werden sie starkem Druck ausgesetzt sein, denn das zukünftige Regime wird sie zu einem unselbständigen Zubehör des Regimes machen wollen. Um dies zu verhindern, müssen die Kommunisten die allgemeine Revolution unterstützen, ohne sich mit dem zukünftigen Regime zu identifizieren, und nach der Errichtung dieses Regimes müssen sie einen politischen Kampf führen mit Parolen, die objektive Bedürfnisse ansprechen, die dieses Regime nicht befriedigen kann. Das ist der richtige Weg für sie, um die Massen zu gewinnen.

THEORIE & PRAXIS

- 3** Eugen Varga, Der deutsche Imperialismus -- ca. 50 S., ca. DM 3.--
- 4** Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind! Die Kritik der KP China an den revisionistischen KPs Westeuropas und der USA. -- 440 S., DM 10.--
- 5** Der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der UdSSR - ca. 530 S., ca. DM 14.--
- 6** Erziehung in China (Kommunistische Jugend- und Erziehungsarbeit Teil 1) ca. 150 S., ca. DM 8.--

Bd. 3 u. 6 ab Nov.,
Bd. 5 ab Februar.

ROMANE

- 1** K. Neukrantz, Barrikaden am Wedding
Kampf einer Straßenzelle in den Berliner Maitagen 1929.
Mit Dokumentenanhang ca. 170 S., ca. DM 6.-- ; lieferbar ab November.
- 2** W. Schönstedt, Kämpfende Jugend
Kommunistische Jugendarbeit in Kreuzberg (1932).
Mit Dokumentenanhang ca. 150 S., ca. DM 6.-- ; lieferbar ab November.
- 3** F. Gladkow, Zement
Vom Bürgerkrieg zur Wiederaufnahme der Industrieproduktion in der SU.
Mit Dokumentenanhang ca. 350 S., ca. DM 6.-- ; lieferbar ab Februar.

Im Frühjahr erscheinen weitere Bände.

OBERBAUMVERLAG BERLIN · 1 BERLIN 21 · BUNDESRATUFER 1
VERI AG FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE

NEUES ROTES FORUM 3/70

ERSCHEINT AM 15. DEZEMBER

ENTHÄLT :

Eduardo Ferreira : Der Befreiungskampf in Guinea-Bissao

David Yaffee: Zu den Antistreikgesetzen in England

Dieter Hildebrandt: Die Einheitsfrontpolitik der DKP

Burkhardt Braunbehrens: Die Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie

Dokumente der Generaldebatte der Heidelberger Linken

Zu beziehen über : Politische Buchhandlung Jörg Burkhard ,
69 Heidelberg , Schiffgasse 3

Erklärung der Matzpen zum Rogersplan

Nach 3 Jahren und 6 Monaten ununterbrochenem Krieg, einigten sich die Großmächte auf eine gemeinsame Formel für eine "politische Regelung" in unserer Region. Viele sehen darin eine entscheidende Wende und eine wesentliche Veränderung der politischen Verhältnisse im gesamten arabischen Osten. Viele richten große Erwartungen auf eine neue politische Regelung zwischen Israel und den arabischen Staaten, bejahen sie voll und ganz und begrüßen sie mit großer Begeisterung.

Die ISO lehnt den Rogers-Plan vor allem aus zwei Gründen ab:

1. Dieser Plan dient dazu, die bestehenden Verhältnisse im arabischen Osten einzufristen. Es ist ein Versuch, die Entwicklung einer revolutionären Bewegung zu verhindern, die daraufhin zielt die reaktionären Regimes zu beseitigen, den Nasserismus zu überwinden, das Erdöl und die anderen Naturschätze den imperialistischen Monopolen zu entreißen, sowie die Herrschaft der feudalen und kapitalistischen Klassen im gesamten Nahen Osten zu zerschlagen.

2. Dieser Plan basiert auf der Negation der nationalen, politischen und menschlichen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes.

Der "Rogers-Plan", der nichts anderes ist als die amerikanische Auslegung des Sicherheitsratsbeschlusses vom 22.11.1967, hat die Stabilisierung des zionistischen Regimes, sowie die der reaktionären Regime in der arabischen Welt zum Ziel. Er soll sie also vor der palästinensischen Bewegung bewahren, die die Stabilität und Ruhe der gesamten Region ständig gefährdet. Auch der Nasserismus, der hofft durch diesen Plan stärker zu werden, hat bereits seinen Bankrott offenkundig gemacht. Er versucht sich auf eine neue korruptierte bürgerliche Oligarchie zu stützen - gegen die Massen der Arbeiter und Fellachen - auf der Basis der Neutralität in der Weltpolitik und mit den Mitteln eines diplomatischen Auspielens der Großmächte. Die arabische Gesellschaft wird mit diesem Regime nicht ihre Befreiung finden, ein Regime, das den Fortschritt eher hemmt als fördert.

Alle diejenigen, die Erwartungen an diesen Plan knüpfen, so als könne er zu einer Normalisierung in den israelisch-arabischen Beziehungen, oder zu einem dauerhaften Frieden zwischen Israel und der arabischen Welt führen, irren sich. Ein dauerhafter Frieden ist nur denkbar auf der Grundlage der Beseitigung des zionistischen, kolonialen Charakter Israels einerseits, und der Zerschlagung der gegen die Völker gerichteten arabischen Regime andererseits; sowie unter der Voraussetzung einer vollkommenen Gleichberechtigung zwischen dem jüdisch-israelischen und den arabisch-palästinensischen

Volk hinsichtlich der Ansprüche auf das Territorium Palästinas. Solch ein Frieden kann nicht durch den Druck der Mächte herbeigeführt werden, sondern nur durch einen Kampf des Volkes für den Sturz der nationalistischen Regime in beiden Lagern.

Nur wer nicht aus der Erfahrung des Abkommens zwischen Ben-Gurion und Abdallah und den Waffenstillstandsabkommen von 1949 gelernt hat, wird sich auf eine Neuauflage von Abkommen dieser Art einlassen.

Es ist möglich, daß die Kräfte, die hinter diesem Plan stehen, einschließlich der UdSSR und den ihr treuen kommunistischen Parteien, stark genug sind, um ihn zu erzwingen, und sei es um den Preis der - politischen und vielleicht auch physischen - Vernichtung der palästinensischen und arabischen Revolutionäre, die ihn nicht akzeptieren. Doch sollte man wissen: Ein wahrhafter Friede kann nicht durch ein Abkommen zwischen Regierungen erreicht werden, wenn es die Rechte eines ganzen Volkes zertritt. Wer sich eine dauerhafte Ruhepause erhofft, wird bald enttäuscht werden. Die palästinensische Wunde kann nur auf dem revolutionär-menschlichen Wege geheilt werden, dem der Gleichberechtigung aller Völker des Nahen Ostens. Auch ist die revolutionäre Bewegung im arabischen Osten, die entscheidende Kräfte aus dem palästinensischen Kampf schöpft, langfristig nicht aufzuhalten.

Seit dem Krieg treten wir gegen die Okkupation ein und auch heute fordern wir einen sofortigen, vollkommenen und bedingungslosen Rückzug aus allen, im Juni 1967 besetzten Gebieten; dies tun wir auf der Grundlage des Prinzips das besagt: Ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann selbst nicht frei sein.

Wir rufen die Massen der Arbeiter, der Fellachen, der Jugend und der Intelligenz in Israel zum Kampf gegen den Zionismus und den Imperialismus auf.

Wir unterstützen den revolutionären Kampf, der im palästinensischen Lager und in der arabischen Welt gegen den Zionismus, gegen den Imperialismus und gegen die arabische Reaktion stattfindet: Für eine soziale Revolution, die einen echten Frieden zwischen Israel und der arabischen Umwelt garantiert - ohne Eroberer und Eroberte, ohne Vertreiber und Vertriebene, ohne Unterdrücker und Unterdrückte, ohne Demütiger und Gede müttigte.

Die Israelische Sozialistische Organisation
("Matzpen") P. O. B. 28061 Tel-Aviv
P. O. B. 2234 Jerusalem

17.8.1970

Notstandsgesetze in Israel

- 1 -

Bis heute werden in Israel die unterdrückenden Kolonialgesetze angewandt. In der juristischen Fachsprache heißen sie "Defense (Emergency) Regulations, 1945"; d.h. Notstandsverordnungen von 1945.

Diese Gesetze übernahm die israelische Regierung von den britischen Kolonialisten, die Palästina bis zum Mai 1948 beherrschten. Sie wurden 3 Jahre vor Gründung des Staates Israel von Kolonialoffizieren und Zivilbeamten verordnet.

Einige Beispiele:

Verordnungen 109 und 110: Sie geben dem Militärkommandanten die Macht, jeden Bürger unter Polizeiaufsicht zu stellen. Durch eine einfache Verordnung kann diesen Bürgern durch den Militärkommandanten verboten werden, sich an einem bestimmten Ort, einem Dorf, einer Stadt oder Gegend aufzuhalten oder dort zu wohnen. Der Militärkommandant kann jeden Bürger zwingen, die Polizei darüber zu informieren, welche Reisen er innerhalb des Landes unternimmt und sogar darüber, welche innerhalb des Polizeidistrikts. Er kann jedermann daran hindern, seinen Grund und Boden zu betreten, sodaß dieser dann beschlagnahmt werden kann. Er kann den Bürgern verbieten, Beziehungen untereinander zu unterhalten, ihre Häuser und Wohnungen zu verlassen, usw. usw.

Verordnung 111: Sie gibt dem Militärkommandanten das Recht, jeden beliebigen Bürger festzunehmen und ihn für unbestimmte Zeit in Haft zu halten, ohne daß er verpflichtet ist, einen konkreten Anklagepunkt vorweisen zu müssen.

Mittels der Verordnung 112 kann der Militärkommandant die Ausweisung eines jeden Bürgers verordnen, ihm sein Hab und Gut wegnehmen und ihm die Rückkehr verbieten.

Verordnung 119: Sie gibt dem Militärkommandanten die rechtmäßige Befugnis, die Häuser von einem oder mehreren Bürgern zu beschlagnahmen und/oder zu zerstören.

Dies sind die Rechte des Militärkommandanten, Rechte die er inne hat aufgrund der Macht des Verteidigungs- und Sicherheitsministeriums. Dieses Ministerium hat in Israel das Erbe des britischen Hochkommissars der Mandatszeit angetreten. Diese Rechte werden willkürlich angewandt, ohne jedes juristische Verfahren.

Tausende von Bewohnern der eroberten Gebiete wie auch von arabischen Bürgern in Israel waren und sind bis heute die Opfer dieser "Gesetze"!

In Israel selbst gibt es mehrere Hunderte von arabischen Bürgern, deren Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt ist. Sie benötigen eine Sondererlaubnis von der Militärbehörde, um von einer Stadt zur anderen in Israel selbst zu reisen. Sie sind gezwungen unter Hausarrest zu leben. Sie müssen sich täglich (einmal oder mehrmals) bei der Polizei melden. Sie werden eingekerkert ohne Gerichtsurteil und ohne daß irgendein Anklagepunkt gegen sie vorliegt.

Der israelische Justizminister, Yaacov Shimshon Shapire, der jetzt diese Gesetze anwendet, verurteilte sie sehr scharf auf einer Konferenz jüdischer Juristen in Tel Aviv (Palästina) am 2.2.1946:

Er sagte: "die "Defense Regulations" (Notstandsverordnungen) in Palästina haben nicht ihresgleichen in irgendeinem zivilisierten Land. Selbst in Nazideutschland gab es solche Gesetze nicht: und was in Maidanek und anderen Orten geschah, stand im Widerspruch zum geschriebenen Gesetz. Nur solche Art von Regime kann man mit diesen Verhältnissen vergleichen - nämlich mit dem Regime in einem besetzten Land. Man tröstet uns damit und betont, daß diese Gesetze sich nicht gegen alle Bürger richten, sondern nur gegen Verbrecher angewandt werden; der Nazi-Gouverneur von Oslo hat ebenso versichert, daß den Bürgern nichts Böses geschehen würde, die dem Gesetz Folge leisten würden ... Wir müssen der gesamten Welt gegenüber erklären: Die Notstandsverordnungen der Mandatsregierung in Palästina bedrohen die fundamentalen Grundlagen des Rechtes. Militärtribunale werden ausgegeben als "Gerichtshöfe" während sie in Wirklichkeit "militärische Justizkommissionen, die den General beraten" sind. Die Übertragung eines großen Teils der zivilen Rechtsprechung an die ausschließliche oder parallele Rechtsprechung der militärischen "Gerichtshöfe" bedeutet die Verneinung der Rechtsprechung selbst. Keine Regierung hat das Recht, solche Gesetze zu verordnen ..."

Auf der gleichen Konferenz hat ein anderer Rechtsanwalt eine bemerkenswerte Erklärung abgegeben. Und zwar Dr. Joseph Bernard, von der "Jewish Agency". Er heißt heute Dov Yossef und war Justizminister.

Er sagte: "Bei diesen Notstandsverordnungen stellt sich folgende Frage: Sollen wir alle Opfer eines legalen Terrorismus werden? Oder wird es uns möglich sein, die Freiheit des Individuums zu bewahren? Wird der Regierung die Macht gegeben werden, in das Leben eines jeden Individuums einzugreifen, ohne daß eine Garantie für unser Leben abgegeben worden ist?"

Der Bürger steht der Möglichkeit hilflos gegenüber, lebenslanglich ohne Gerichtsurteil eingekerkert zu werden, er hat keine Garantie was seine individuellen Freiheitsrechte anbetrifft. Er hat keinerlei Möglichkeit ein übergeordnetes

Gericht anzurufen. Die Regierung hat das Recht, jeden Bürger zu deportieren wohin sie will. Es ist nicht einmal nötig, daß ein Vergehen begangen werden muß. Es reicht für eine Entscheidung aus, daß sie in einer der Stellen beschlossen sein muß, und damit ist über das Schicksal eines Mannes beschlossen ... Das Prinzip der kollektiven Verantwortung wird bis zum Absurden getrieben. Alle 600.000 Mitglieder der jüdischen Bevölkerung in Palästina können dafür aufgehängt werden, daß einer von ihnen ein Verbrechen begangen hat.

Man kann vom Bürger nicht verlangen, daß er dem guten Willen irgendeines zivilen Beamten vertraut und ihm sein Leben und sein Eigentum anvertraut. Zwischen Freiheit und Anarchie gibt es keine Alternativen. Wenn die Regierungen selber im Bürger Hass, Widerwillen und Mißtrauen gegenüber den Gesetzen hervorruft, kann niemand verlangen, daß das Gesetz geachtet wird. Niemand kann verlangen, daß der Bürger eine Rechtsprechung anerkennt, die ihn selbst außerhalb des Gesetzes stellt."

London, Mai 1970

Israeli Revolutionary Action Committee Abroad
219, Putney Bridge Road, London S. W. 15

Anlage 1

Dr. Israel Shahak, Professor an der Hebräischen Universität, Jerusalem, ehemaliger KZ-Häftling, heute Vorsitzender der Liga für Menschenrechte, schrieb uns am 28.4.70 einen persönlichen Brief, aus dem wir folgende Abschnitte übersetzen:

"... Yair Abramsky, war Assistent an der Volkswirtschaftlichen Fakultät. Er hat in der letzten Zeit (etwa in den letzten 6 Monaten) eine radikale Entwicklung genommen und er wurde etwa ein pazifistischer Anarchist. Als solcher verweigerte er den Reserve-Militärdienst zu machen. Als er zum Militärdienst einberufen wurde, wurde seine Kriegsdienstverweigerung verworfen und er wurde im berichtigten "Schmeller Zuchthaus" (in Jerusalem) eingekerkert.

Dort versuchte er einen Hungerstreik zu machen, der mit Gewalt gebrochen wurde. Er wurde zusammengeschlagen und andere Gefangene wurden ermutigt, ihn zu quälen. Um die Gefahr eines Gerichtsurteils zu vermeiden, beschloss man, ihn in eine Irrenanstalt zu stecken.

Sie verweigerten dem Beauftragten der "Internationale der Kriegsdienstgegner" hier und seinem Rechtsanwalt die Erlaubnis, ihn zu besuchen. Das wurde verweigert mit der Begründung, daß der Rechtsanwalt nicht von Abramsky selbst beauftragt wurde, in seinem Fall tätig zu werden. Wie sollte er denn beauftragt werden, wenn ihm verweigert wurde, Abramsky selbst aufzusuchen?

Heute versuchte ich mit den Behörden als der Vorsitzende der Liga zu sprechen. Sie sagten mir in etwa: "... Ich habe Ihnen nichts zu sagen ..."

Die "Internationale der Kriegsdienstverweigerer" hat beschlossen, ihrer Zentrale in London zu schreiben, jedoch habe ich große Zweifel, daß dies was nutzt. Es ist wirklich beängstigend, daß diese Scheinheiligen hierzulande von Grigorenko in Rußland Tag und Nacht schwätzen, während hier dieselben Sachen passieren ..."

Anlage 2

MEMORANDUM

24.4.1970

an:

UN-Kommission für
"The Israeli Practices in the Occupied Territories"
36, Amelias Avenue, Athens, Greece.

von:

Israelische Liga für Menschenrechte, Mitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte, NY, USA.
POB 20178, Tel Aviv, Israel

Sehr geehrte Herren, wir senden Ihnen dieses Memorandum als eine Antwort auf Ihre Anzeige in der israelischen Presse. Wie Sie sehen werden, beruht das Memorandum in der Hauptsache auf Informationen, die in der israelischen Presse seit Juni 1967 veröffentlicht wurden. Die einzige Ausnahme sind Berichte über Folterungen in israelischen Gefängnissen und in Lagern des Militärs sowie der Zivilpolizei. Informationen in dieser Angelegenheit können nur erhalten werden von den Häftlingen selbst und ihren Rechtsanwälten.

Die "Israelische Liga für Menschenrechte" betrachtet die Veröffentlichung der begeführten Informationen als eine elementare Pflicht und sie hofft, daß sie durch die Verbreitung dieser Tatsachen dazu beiträgt, die israelische Besetzung in den im 1967-Krieg besetzten Gebieten zu beenden.

Wir betrachten dies Memorandum als einen Teil unseres andauernden Kampfes gegen die Verletzung der Menschenrechte in Israel und in den besetzten Gebieten.

Die unten aufgeführte Information ist eine Auswahl aus den von uns gesammelten Informationen. Wir sind in der Lage den vollständigen Wahrheitsbeweis jederzeit zu erfüllen, wenn es verlangt wird.

Kollektive Bestrafungen, Häusersprengungen, Administrative Haftmaßnahmen und Enteignungen.

1. Haaretz berichtete am 29.9.1969, daß das Ausgehverbot von 22 Stunden pro Tag, das im "Beit Sakur Distrikt" schon 26 Tage gedauert hat, fortgesetzt wird und daß die Bewohner Nahrungsmittelrationen von der Armee erhalten werden.

2. Haaretz berichtete am 21.10.69, daß im Laufe des letzten halben Jahres 90 Häuser auf der Westbank (des Jordanufers) von den israelischen Besatzungsbehörden gesprengt wurden.

3. Haolam Hazeq berichtete in seiner Ausgabe Nr.1680 (1969) über die Sprengung von 18 Häusern in dem Dorf Halhul (bei Hebron) und von der vollkommenen Zerstörung der Dörfer Beit Nabu Yalu und Amwas bei Latrun und über die Sprengung einer ganzen Straße in Gaza (ein 8-Häuser-Komplex). In diesem Kontext machte Meir Wilner, M.P., im Parlament die Feststellung, daß der Bürgermeister von Gaza erklärt hat, daß ihm Verteidigungsminister M. Dayan gedroht hat, daß die Häusersprengungen noch schärfer würden, wenn der Widerstand in Gaza sich fortsetzen würde. "Wenn es notwendig ist, werden wir die Häuser einer Straße sprengen,

wenn die Situation schlechter wird, werden wir die Häuser von 2 Straßen sprengen, wenn der Widerstand trotzdem fortgesetzt wird, werden wir die Häuser von 3 Straßen sprengen oder auch das ganze Stadtviertel. Es würde mir keine Sorgen bereiten, wenn die Stadt Gaza verwüstet würde." (Israel. Parlament, Protokolle, 1.12.69).

4. Haolam Hazeh berichtete in seiner Ausgabe Nr. 1969 (1970), daß die Dorfbewohner von Beit Shahid, Saluta, Beit Sakriyya und Samika im Oktober 1969 einen Ausweisungsbefehl vom Militärgouverneur in Beit Lahm erhielten. Es gibt keinerlei Information darüber, ob und wann die Ausweisung stattfand.

5. Haaretz berichtete am 12.2.70 über die Sprengung von 30 Häusern im Dorf Awja, nördlich von Jericho, und über die von 35 Häusern am Tag vorher.

6. Haaretz berichtete am 4.8.70, daß ein ganzer Streifen von den enteigneten Ländern der Westbank der Beit Zurim Jewish Colony geschenkt wurde. Über die Größe der enteigneten Ländereien wurde nicht berichtet. Das enteignete Land wird jedoch groß genug sein für eine landwirtschaftliche Kolonie.

7. Zot Hederech berichtete am 10.1.70 über die drei Monate vorher erfolgte administrative Inhaftnahme von 13 Verdächtigten aus Jericho. Sie sind immer noch im Gefängnis. Es wurden gegen sie keinerlei Anklagen vorgebracht und sie wurden nicht verurteilt.

Über die Situation in den Gefängnissen und über Folterungen

1. Das "Bulletin Nr. 1 der Israelischen Liga für Menschenrechte" berichtete im April 1970 über Halil Rashid Abu Nasra, einen alten Mann von 90 Jahren, der als Geisel anstelle seines Sohnes festgenommen wurde, in das Gefängnis von Ramallah und dann in das von Nablus gebracht wurde, wo er im März 1970 starb. (Wir haben berechtigte Gründe zu glauben, daß es in den besetzten Gebieten üblich ist, Geiseln festzunehmen.)

2. Zot Hederech berichtete am 8.4.1970 über Abd Allah al-Khatib, der während seiner Gerichtsverhandlung im Militärgericht von Hebron berichtete über Folterung im Sarafand Gefängnis (ein Militärlager mit einem Verhörzentrum im Inneren). Er sagte aus, daß er mit glühenden Zigaretten gefoltert wurde und zeigte die Narben der verbrannten Stellen. Er wurde ebenfalls mit kaltem Wasser und Tränengas gefoltert.

3. ibd., Naim Ahmed al-Jawi berichtete während der gleichen Gerichtssitzung, daß er mehrere Male im Gefängnis von Hebron geprügelt wurde und bezeichnete die Folterer, die im Gerichtsraum anwesend waren. Als einer der Hauptfolterer wurde vom ihm identifiziert der Sergant-Major Misrahi vom Gefängnis Hebron.

4. Das Bulletin Nr. 1 der Liga berichtete im April über Hassan Ufman Isa, der am 19.8.69 festgenommen wurde und der seinem Rechtsanwalt gegenüber (F. Langer, 14, Koresh Street, Jerusalem) klagte über Torturen im Gefängnis von Ramalla und der sagte, daß er deswegen hatte operiert werden müssen. Am 4.3.70 erschien er vor der "Appeal-Commission" mit seinem

Rechtsanwalt, und er gab zu Protokoll, daß sein linker Fuß und die linke untere Körperpartie stark geschwollen war, und daß er nur mit großen Schmerzen und Schwierigkeiten sich bewegen konnte. Sein Bein ist in Gefahr amputiert zu werden. Die "Appeal-Commission", unter Vorsitz von Major Wolfsson weigerte sich seine Klagen über Folterungen anzuhören. Das gehöre nicht zu seinem Zuständigkeitsbereich.

5. Zot Hederech berichtete am 7.1.70, daß in den Gefängnissen von Hebron, Nablus und Ramalla die Bedingungen für die Gefangenen sehr schlecht sind. Es gibt nur eine ungenügende Anzahl von Betten und die Gefangenen müssen auf behelfsmäßigen Lagern schlafen. Leute, die im Sommer gefangengesetzt werden, erhalten keine Unterkleidung und müssen unter der Kälte leiden.

6. Yediot Aharonot berichtete am 5.7.70, daß im Gefängnis von Beer-Sheba Kriminelle jüdischer Abstammung als Wächter für die arabischen Gefangenen benützt werden.

Ausbeutung und Hungersnot der Zivilbevölkerung.

1. Yediot Aharonot berichtete am 30.4.69, daß Verteidigungsminister Dayan folgendes erklärt habe: "Ich habe gesehen, daß in Gaza Hunger herrscht und dieses wird unser gutes Bild im Ausland schlechter machen."

2. Peace News (England) berichtete am 31.10.69 von dem Augenzeugenbericht eines Juden über Gaza, der unter Eid aussagte, daß unter Kindern Verzweiflung herrscht. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, daß Kinder dazu bestimmt waren, lange Stunden in der heißen Sonne zu arbeiten für ein Entgelt in der Höhe von einigen Scheiben Brot... So haben die diensthabenden Ärzte in den Krankenhäusern vor einigen Monaten gemerkt, daß die Mütter von den Kindern, die ins Krankenhaus eingeliefert waren, so hungrig sind, daß diese Mütter sich oft nicht beherrschen können und daß diese bei einem Besuch ihrer Kinder ihnen die Nahrung nehmen, um diese selbst zu essen.

3. Sunday Times vom 23.11.69 veröffentlichte eine Reportage ihres Korrespondenten David Leich, der persönlich Gaza besichtigt hatte und berichtete, daß neutrale Sozialpfleger im Gaza-Streifen sagten, daß sie oft gesehen hatten, wie dies passiert ist." (Vgl. oben Nr. 2). Sie sagten, "daß sie es schließlich als ganz normal empfunden hätten."

4. Haolam Hazeh, Nr. 1703 (1970) berichtete, daß eine leitende israelische Schwester in El-Arish (Suez-Zone) dem Korrespondenten erklärt hatte, daß sie fast verzweifelt sei, wenn sie sehe, wie die arabischen Kinder ihr Krankenhaus gesund verließen und bald darauf zurückkehrten in einem Zustand schwerer Unterernährung.

5. Maariv berichtete am 14.1.70, daß der Gaza-Streifen ein Reservoir billiger Arbeitskraft ist; daß die lokalen Besitzer von Orangenpflanzungen keine Arbeiter finden, weil diese alle in Israel beschäftigt werden, als billige, lohndrückende Arbeitskraft, und daß diese Orangenplantagenbesitzer in Gaza deshalb zehnjährige Kinder beschäftigen für einen ganz geringen Lohn. Die Zeitung stellt fest, daß ein Fa-

milienoberhaupt sich selbst und seine Familie kaum ernähren kann, wenn nicht Frau und Kinder ebenfalls arbeiten gehen.

6. Peace News, ibd., berichtete, daß die Entlohnung arabischer Arbeiter aus den besetzten Gebieten, die in Israel beschäftigt werden, durch administrative Massnahmen drastisch verkürzt werden. Nominell ist der Lohn von jüdischen und arabischen Arbeitern in Israel gleich. Die arabischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten werden jedoch nicht direkt bezahlt, sondern durch den Militärgouverneur der Gegend, in der sie leben, der mehr als die Hälfte ihres Lohns abzieht. Der Nominallohn eines Landarbeiters in Israel beträgt 15,75 isr. Pfund. Hiervon werden 4,5 isr. Pfund abgezogen für die Sozial- und Nationale Gesundheitsversicherung, 2,2 isr. Pfund für Transportkosten (die Arbeiter werden gewöhnlich jeden Tag von den besetzten Gebieten nach Israel in LKW befördert zu Ortschaften, die bis zu 3-4 Stunden/Tag in jeder Richtung entfernt sind), 2,2 isr. Pfund werden für die Gewerkschaftsorganisation abgezogen, so daß die aktuelle Entlohnung für einen arabischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten nur 7,25 isr. Pfund/Tag beträgt. Jedoch kommt er auf keinen Fall in den Genuss einer vernünftigen Gesundheits-

versorgung und von Sozialversicherung (vgl. hierzu auch Yediot Aharonot vom 11.7.69, Boaz Evron: "Über die Kunst einen Stein zu verdauen.")

Das ist eine Auswahl der breiten offiziellen Information, die in Israel veröffentlicht wird. Wir zweifeln nicht daran, daß die aktuelle Situation noch viel schlimmer ist, als das, was zur Veröffentlichung freigegeben wird. Die israelische Besetzung, wie jede Besetzung in Vergangenheit und Gegenwart, ist grausam; sie reißt mit voller Absicht die arabisch-palästinensische Nation unter ihrer Herrschaft auf und verletzt die allergrundlegendsten menschlichen Rechte, denen sie nominell verpflichtet ist.

Die Israelische Liga für Menschenrechte
Tel Aviv, P.O.B. 20178, Israel

1. Vors.: Dr. Israel Shahak
2, Bartenura Street
Jerusalem-Israel

2. Vors.: Uri Davis
104/22 Brazil Street
Kiryat Yovel
Jerusalem-Israel

8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 433874
BAG-Nr. 16 515

trikont
verlagskooperative

GESCHICHTE DER

Band I

Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJI

KOMMUNISTISCHEN

Band II

Gründung und Aufbau

der KJI

Band III

Der Kampf um die Massen
Vom II. zum V. Weltkongreß

JUGEND

pro Band
ca. DM 7,-

INTERNATIONALE

Zum antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten

RESOLUTION DER TRIKONT HAMBURG VOM 7. 11. 1970

Der Kampf für die Befreiung Palästinas kann nur verstanden werden in seiner Beziehung zur Revolution im gesamten Nahen Osten, ein Territorium, das eng mit dem Weltimperialismus verbunden ist. Die Besonderheit dieses Kampfes liegt darin, daß er nicht nur von einer einzigen, sondern von zwei -freilich eng miteinander verbundenen- Erscheinungsformen der Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnet ist: dem zionistischen Kolonialismus und dem westlichen Imperialismus. Die gleichzeitige Existenz dieser beiden Unterdrückungsformen ist der Schlüssel zum Verständnis der Strategie des revolutionären Befreiungskampfes im Nahen Osten, der für den Weltimperialismus wichtigsten Region der politisch-ökonomisch und sozial in Stagnation gehaltenen "Dritten Welt". Er liefert die Bedingungen dafür, daß die zwei elementaren Widersprüche der "Dritten Welt", die nationalen und die Klassenwidersprüche, von Anfang an zu einem einzigen Grundwiderspruch verschmolzen sind. Der nationale antizionistische Befreiungskampf des palästinensischen Volks (arabische Palästinenser und Juden) ist nur möglich als bewaffneter Klassenkampf mit dem Ziel der Errichtung einer volksdemokratischen Republik der palästinensisch-arabischen und jüdischen Arbeiter, Bauern, und der Klassenkampf der arabischen Arbeiter, Bauern und Partisanen gegen die arabischen Kompradorenoligarchien aller Schattierungen (halbfeudale, großbürgerliche und kleinbürgerlich-bonopartistische) als den Statthaltern imperialistischer Herrschaft im Nahen Osten wird nur erfolgreich sein, wenn es in einer Union der arabischen Volksdemokratien mündet, zu der auch die palästinensische volksdemokratische Republik zählen wird. Eng miteinander verbunden, werden so nationaler Befreiungskampf und Klassenkampf zu einer historischen Stufe führen, von der aus die nachholende sozialistische Akkumulation im Nahen Osten als einer politisch-ökonomischen, geographisch-geologischen und sozialen Einheit ihren Anfang nehmen kann.

1. Der gegenwärtige Imperialismus im Nahen Osten

Der Weltimperialismus unterdrückt die Herstellung der nationalen Befreiung, der nationalen Einheit und der sozialen und ökonomischen Entwicklung der arabischen Gesellschaft. An diesen Vorbedingungen einer nachholenden Akkumulation des gesellschaftlichen Reichtums orientierten sich die arabischen Klassen je nach ihrer objektiven Interessenlage, und deshalb treten sie in unterschiedlichen Beziehungen zum Vorhaben des Weltimperialismus ein, die Perspektiven einer erweiterten Reproduktion der Gesellschaft zu unterbinden. Nach dem Zusammenbruch des osmanischen Reichs errichteten der britische und französische Imperialismus ihre gemeinsame Herrschaft über den Nahen Osten und splitterten ihn in eine Vielzahl balkanisierter Staaten auf, um eine möglichst reibungslose Ausbeutung und Aufteilung in Einflußzonen durchzusetzen. Diese Herrschaft gründete auf einer Allianz zwischen den imperialistischen Mächten

und der einheimischen Feudal- bzw. Kompradorenklasse. Im Verlauf und nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wurde die britisch-französische Herrschaft durch ein neues Bündnis zwischen dem US-Imperialismus und den arabischen Oligarchien abgelöst; letzteres ist spätestens seit 1956 zum zentralen Faktor der Unterordnung des Nahen Osten unter die imperialistische Ausbeutung und den imperialistischen Weltmarkt geworden. Für das Funktionieren des Weltimperialismus sind die soziale Unterdrückung und die ökonomische Ausbeutung der Massen des Nahen Ostens lebenswichtig. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts ist er auf das Erdöl als der wichtigsten Energiequelle angewiesen. Der Nahe Osten faßt in sich 70 Prozent der gesamten Erdölreserven der Welt zusammen. 40 Prozent der Gesamtnachfrage nach Erdöl im Welthandel werden durch die arabischen Länder gedeckt, und während die US- und lateinamerikanischen Erdölreserven in zehn Jahren aufgebraucht sein werden, wird in Bezug auf die Erdölreserven der arabischen Welt mit einer Mindest-Ausbeutungsdauer von 75 Jahren gerechnet. Noch krasser sind die Verhältnisse im Hinblick auf Japan und Europa: Japan bezieht 90 Prozent seines Erdöls aus dem Nahen Osten, und Europa über 80 Prozent. Dabei reichen die strategischen Ölreserven der imperialistischen Länder nur für 60 Tage. Darüberhinaus ist die Extraktion des arabischen Erdöls besonders billig und profitabel: 6 cents pro barrel in Kuwait, 8-9 cents in Saudi-Arabien im Gegensatz zu 62 cents in Venezuelas und 161 cents in den USA. Nicht umsonst haben die fünf größten US-amerikanischen Ölkonzerne 20 Milliarden Dollar in Buchwert im Nahen Osten investiert. Schließlich ist das Erdöl das Rohmaterial für mehrere Wachstumsindustrien des gegenwärtigen Imperialismus: der Gesamtwert der Produkte auf Rohölbasis in den USA macht 60 Prozent des Gesamtwerts der US-amerikanischen Industrieproduktion aus. Ähnlich entwickeln sich die Verhältnisse im imperialistischen Europa, u. a. in der Bundesrepublik, das mehr als 80 Prozent seines Erdöls aus der arabischen Welt bezieht.

Die Erdölwirtschaft bestimmt den gesamten Nahen Osten, entweder als Produzenten- oder als Transitländer. Ihr gegenüber treten die übrigen Momente imperialistischer Ausbeutung relativ zurück. 75 Prozent des Handels werden mit den imperialistischen Staaten abgewickelt, dessen Struktur außerordentlich typisch ist: landwirtschaftliche Produkte, Rohstoffe (vor allem Phosphate und einige seltene Metalle) und Erdöl werden exportiert, industriell verarbeitete Produkte werden importiert, d. h. die stagnierende arabische Volkswirtschaft ist durch die Mechanismen des imperialistischen Weltmarkts dazu verdammt, Lieferant exorbitant hoher Extraprofite zu sein: sie verkauft ihre Rohstoffe und Vorfabrikate unter Wert und ist gleichzeitig gezwungen, industriell gefertigte Produkte über Wert (Monopolprofit!) einzukaufen. Eine langfristige nachholende Akkumulation unterbleibt, weil sie den Aus-

beutungsinteressen des Weltimperialismus widerspricht. Seinen politisch-ökonomischen Zielen entsprechend organisiert der Weltimperialismus seine Unterdrückungsstrategie. Seine Supermacht, die USA, hat seit Beginn der sechziger Jahre mit einer Konzentration militärisch-strategischer Ressourcen von West- und Mitteleuropa weg zur Ostflanke des Mittelmeers hin begonnen. Der Nahe Osten ist die wichtigste Brücke zwischen den drei Kontinenten Asien, Europa und Afrika, die das Mittelmeer mit dem Roten Meer bzw. dem Persischen Golf verbindet. Er ist der Schnittpunkt, der die weltimperialistischen Interessen in Afrika und Indien mit den Herrschaftszielen im Mittleren Osten (Persien und Afghanistan) und in Süd- und Südosteuropa verbindet. Gelingt dem Imperialismus die Unterdrückung des Befreiungskampfs im Nahen Osten nicht, wird seine Herrschaft in Griechenland, der Türkei und Persien nicht mehr von langer Dauer sein. In diesem Fall würden auch die zweitrangigen imperialistischen Mächte in West- und Mitteleuropa und ihre Bündnisse, EWG und NATO, zu wanken beginnen.

In der Verfolgung seiner konkreten inneren Unterdrückungsstrategie ist der Weltimperialismus vor allem auf die Kompradorenbourgeoisien des Libanon (Finanz- und Handelsbourgeoisie), die Oligarchien von Saudi-Arabien, die Golf-Emirate und die jordanische Monarchie gestützt. Die kleinbürgerlichen Regimes des Iraks und Syriens (Baath-Parteien), Ägyptens, des Sudan und Libyens (Nasserismus) und des Maghreb nehmen eine ambivalente Rolle ein, indem sie ihre Interessen zwischen den strategischen Zielen des US- und Weltimperialismus und Sowjetunion auszubalancieren suchen. Letzten Endes hängen aber alle Regimes - auch diejenigen mit stärker ausgebildeten staatskapitalistischen Sektoren der Volkswirtschaft - vom imperialistischen Weltmarkt ab, der mit Hilfe spezieller ökonomischer, monetärer und militärischer Interventionsmethoden jede umfassende nachholende Akkumulation verunmöglicht. Gleichzeitig versäumt der Weltimperialismus nicht, den kleinbürgerlichen arabischen Regimes mit der Existenz des Zionismus ein Instrument zur Verschleierung ihrer eigenen massenfeindlichen und parasitären Interessen zu liefern, die auch sie zu Handlangern des Imperialismus machen.

2. Die politisch-ökonomische und militärische Rolle des Zionismus im Nahen Osten.

Zunächst gegen die Interessen vor allem des britischen und französischen Imperialismus sich in Palästina etablierend, hat der politische Zionismus als Sonderform des Kolonialismus mit gewissen Tendenzen einer eigenständigen kapitalistischen Entwicklung eine immense Bedeutung im Kräfteverhältnis des Nahen Ostens gewonnen. Im Jahr 1948 hat er, die Niederlage der arabischen Staaten im ersten zionistisch-arabischen Krieg ausnutzend, seine staatliche Existenz auf mehr oder weniger eigene Faust durchgesetzt. Er hat eine spezifische Form kolonialer Ausbeutung entwickelt, die dadurch gekennzeichnet ist, daß er die einheimischen Massen nicht in den Kolonisationsprozeß einbezogen, sondern vertrieben hat. Der in Palästina vorherrschende Agrarfeudalismus wurde durch eine Sonderform der kapitalistischen Entwicklung (Ausbau der Gewerkschaft Histadruth zum größten zionistischen Unternehmer, Einführung der Kibbuzim, paramilitärische Organisation der Arbeit usw.) ab-

gelöst. Bis 1948 war die innere Expansion so weit abgeschlossen, daß es für den Zionismus möglich wurde, nach außen zu expandieren. 1948 wurde Palästina unter der Jewish Agency und der arabischen Kompradorenbourgeoisie in Israel und Jordanien aufgeteilt, und nachdem bis 1964 die israelische Nettoproduktion unter bedingungsloser Unterstützung durch den politischen Zionismus in den imperialistischen Ländern sich mehr als verdreifacht hatte, wurde eine neue Expansionsphase eingeleitet. Ihre materielle Grundlage war der hohe technische Entwicklungsstand des israelischen Produktions- und Destruktionspotentials, die Verfügung über hochqualifizierte Arbeitskräfte und eine spezifische staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik, die unter Einbeziehung der Arbeiterorganisationen und auf der Grundlage intensiver Kapitalzuflüsse aus dem imperialistischen Ausland einen militärisch-straffen sozioökonomischen Integrationsprozeß der lohnabhängigen Massen zustandbrachte.

Seit 1964/65 begann der spezifisch kapitalistische Transformationsprozeß des zionistischen Kolonialismus zu stagnieren. Die Investitionswelle flaute ab, die westdeutschen Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel liefen aus, und die Auslandsverschuldungen des zionistischen Kapitals stiegen progressiv, was - neben vielen anderen Faktoren - einen Rückgang der jüdischen Einwanderung zur Folge hatte. Die zionistische Herrschaftsschicht Israels war entschlossen, die heraufziehende Krise durch einen neuerlichen militärischen Expansionsakt gegen ihre arabischen Nachbarn zu kompensieren. Stillschweigend bereitete sie sich ökonomisch, militärisch und politisch auf ein Blitzkriegsunternehmen vor, um auf der Grundlage der Annexion des Sinai, der besonders produktiven jordanischen Westbanks und der Golan-Höhen (Kontrolle über das gesamte Jordanwasser) die Akkumulationsbedingungen des zionistischen Kapitals auszuweiten. Der Junikrieg des Jahres 1967 hat dem politischen Zionismus tatsächlich vorübergehend die vorausgerechneten Erfolge gebracht. Aber er hat gleichzeitig den gesamten historischen Prozeß des Nahen Ostens radikal verändert. Er hat vor allem den arabischen kleinbürgerlichen Regimes die Möglichkeit genommen, ihre Unfähigkeit zur sozialen und ökonomischen Entwicklung weiter vor den Arbeiter- und Bauernmassen zu verschleiern, da der Expansionsprozeß der ökonomisch-militärischen Gewaltmaschine des Zionismus zu weit fortgeschritten war, um den Kampf gegen ihn weiter als Legitimationsinstrument für die klassenbedingte Stagnation der arabischen Länder auszuweisen.

3. Der kleinbürgerliche arabische Nationalismus und die Rolle der Sowjetunion

Wie fast in der "Dritten Welt", nimmt auch im Nahen Osten die Kleinbourgeoisie, eine Agglomeration von Militär, Staatsbürokratie, Dienstleistungsberufen, Intelligenz und Kleinhandel zwischen der Kompradorenschicht und den Massen der Arbeiter und landlosen Bauern, eine wichtige Rolle ein. Sie fürchtet aufgrund ihrer objektiven Interessen sowohl die feudalistisch-kapitalistische Allianz mit dem Imperialismus wie auch den Klassenstandpunkt der Proletarier und armen Bauern. Historisch gesehen hat das Kleinbürgertum immer nur seine Klasseninteressen

vertreten und sie auch ideologisch als harmonisierende Kittsubstanz der grundlegenden Klassenwidersprüche darzustellen versucht. Politischer Ausdruck seiner Interessen ist der militärische Staatsstreich, mit dessen Hilfe es bestrebt ist, die Widersprüche zwischen der Feudalherrschaft und den Bauern bzw. den kapitalistischen Kompradoren und den Arbeitermassen bonapartistisch zu vereinigen. Seine Theorie ist der kleinbürgerliche "arabische Sozialismus", der gleichermaßen antikommunistisch wie partiell -wenn auch auf historisch rückschrittlicher Basis- antimperialistisch ist. Letzten Endes kann sich aber auch die arabische Kleinbourgeoisie, aufgrund ihrer Klassenzwischenlage zu einer langfristigen politischen wie ökonomischen Entwicklungsstrategie ihrer Gesellschaft unfähig, nur zwischen den beiden grundlegenden Klassenantagonismen entscheiden. Gerät sie in Konflikt mit der aufkommenden Bewegung der landlosen Bauern, Arbeiter und Partisanen, wendet sie sich mehrheitlich einem Bündnis mit den Kompradoren und ihren Hintermännern zu. Eine Minderheit wird sich in die revolutionäre Bewegung der am meisten ausgebeuteten Massen integrieren und mit ihrer sich herausbildenden revolutionären Avantgarde verschmelzen. Im Zeitalter des Imperialismus ist dieser Dissoziationsprozeß von besonderer Bedeutung. Die kompromißlerische, nur auf die Erhaltung ihrer parasitär -unproduktiven Pfründe orientierte kleinbürgerliche Führung wird für die volksdemokratische nationale Revolution sehr viel gefährlicher als die offene konterrevolutionäre Politik der semifeudalen und semibourgeois Bündnisse der Kompradoren, weil sie, solange eine bewußte revolutionäre Leitung der armen Bauern und des Proletariats fehlt, die ausgebeuteten Massen in die Irre zu führen in der Lage ist.

Die Notwendigkeit der Verschmelzung der Bewegung der armen Bauern, Arbeiter und Partisanen mit einer ihrem Emanzipationsprozeß bedingungslos dienenden revolutionären Avantgarde wird um so einsichtiger, wenn man bedenkt, daß die arabische herrschende Kleinbourgeoisie sich zur Verschleierung ihrer fortschreitenden Assoziation an den Imperialismus inzwischen eines neuen Mantels zu bedienen vermag: der Koexistenzpolitik der Sowjetunion. Mehr und mehr wird die Sowjetunion zu einem Nebenbuhler um die Gunst der dem Imperialismus ausgelieferten arabischen Klein- und Nationalbourgeoisie. Sie macht die arabischen kleinbürgerlichen Regimes in begrenztem Umfang fähig, sozialökonomische Prozesse einzuleiten -freilich auch hiernur, um sie auf einem höheren Entwicklungsniveau als dem imperialistisch intendierten in ihre eigene Weltstrategie einzubeziehen. Diese Tendenz gilt auch für die traditionellen kommunistischen Parteien des Nahen Ostens. Gerade dadurch wird es aber den kleinbürgerlichen Regimes ermöglicht, ihrerseits die sie gefährdende revolutionäre Bewegung der ausgebeuteten Massen reformistisch zu unterdrücken und ihre eigenen parasitären Interessen auf erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren. Zum anderen stabilisieren sich auch die militärischen Potentiale der Regimes auf der Basis der Waffenlieferungen der Sowjetunion. Dadurch werden nicht etwa die ausgebeuteten Massen befähigt, den bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus und die herrschende Reaktion zu intensi-

vieren; Vielmehr zwingen die arabischen Regimes sie mittels der Wehrpflicht in die militärische Auseinandersetzung zwäher sich entwickelnder kapitalistisch -militaristischer Gesellschaftssysteme - Zionismus und kleinbürgerliche arabische Reaktion - hinein. Der arabisch-israelische Konflikt wird tendenziell zum sowjetisch-US-amerikanischen Stellvertreterkonflikt. Seine Alternative ist dann nur noch der Rogers-Plan, der mit der partiellen Einschränkung der zionistischen Kapital- und Territorialexpansion bei gleichzeitiger Stabilisierung der kleinbürgerlichen arabischen Regimes identisch ist. Auf der Grundlage von Teilkonzessionen an den palästinensisch-arabischen Nationalismus werden die Massen der landlosen Bauern und der Arbeiter auf arabischer wie zionistischer Seite weiter ausgebeutet, und -so der Plan- die Partisanenorganisationen als tendenzielle Avantgarde der Massenbewegung gespalten bzw. liquidiert. Folglich steht neben der Fortsetzung des bewaffneten Kampfs gegen den Zionismus von innen und außen die Mobilisierung der Massen der landlosen Bauern und Kleinbauern, der Arbeiter und der Partisanen gegen die sich zusammenschließende arabische Reaktion auf der Tagesordnung. In diesen Kampf ist auch der revolutionäre Widerstand gegen die kleinbürgerlichen baathistischen und nasseristischen arabischen Regimes einzubeziehen -sie stellen privilegierte Minderheiten der Kleinbourgeoisie dar, die sich durch Balanceakte zwischen Sowjetunion und US-Imperialismus gesteigerte gesellschaftliche Produktion der arabischen Länder aneignen und der bürokratisch-militärischen Staatsmaschine einverleiben. Der Balanceakt der ägyptischen Kleinbourgeoisie zwischen Sowjetunion und US-Imperialismus z. B. wird deutlich, wenn man bedenkt, daß 50% des ägyptischen Erdöls noch immer von US-amerikanischen Konzernen gefördert werden, und daß noch immer 160 000 km² Nilland Förderkonzessionen US-amerikanischer Konzerne sind.

4. Die palästinensische Befreiungsbewegung als Transmissionsriemen für die panarabische sozialistische Revolution

Die vernichtende Niederlage der kleinbürgerlichen und halbfeudalen Regimes im Juni-Krieg 1967 hat den palästinensischen Arbeitern, Bauern und Partisanen endgültig klargemacht, daß die arabische Reaktion nicht in der Lage ist, ihre nationalen Befreiungsziele zu vertreten. Sie haben erkannt, daß sie den Kampf für die Befreiung Palästinas selbst in die Hand nehmen müssen, und daß die arabischen Regimes aufgrund ihrer objektiven Klassenlage nicht imstande sein können, die Existenz des zionistischen Staates Israel ernsthaft in Frage zu stellen. In diesem Sinne hatte die Mobilisierung fast aller Klassen der palästinensischen Gesellschaft durch die Massenbewegung El-Fatah eine überragende Bedeutung. El-Fatah hat der in Apathie und Elend dahinvegetierenden palästinensischen Gesellschaft ihre nationale Identität wiedergegeben und hat ihr bewiesen, daß der Kampf um ihre Befreiung nur als bewaffneter Kampf gegen den Palästina beherrschenden Zionismus zu führen ist. Insofern ist die politische und militärische Aktivität von El-Fatah ein überragendes Verdienst, das in der Geschichte der arabischen und palästinensischen Revo-

tion entsprechend hervorgehoben werden wird.

Aber mit der Zuspitzung des Kampfes gegen den politischen Zionismus ist immer mehr auch klargeworden, daß er von einer die revolutionäre Aktivität und Spontanität der Massen verabsolutierenden Smml bewegung nicht mehr konsequent weitergeführt werden kann. Nicht alles, was sich aus der Spontanität der Massen ergibt, ist dazu angetan, den revolutionären Prozeß voranzutreiben; und je mehr sich die Widersprüche zuspitzen, desto klarer wird, daß eine langfristige revolutionäre Strategie des Klassenkampfes vonnöten ist, um die bewaffnete Spontanität der Massen in den Dimensionen eines langdauernden revolutionären Volkskriegs aufgehen zu lassen, indem die Klasse der armen Bauern, der Arbeiter und Partisanen in revolutionären Volksräten und entsprechenden Unterorganisationen vereinigt, die Führung innehat.

Al Fatah ist auf Grund ihrer organisatorischen Struktur - Folge des Überwiegens kleinbürgerlicher Elemente in der Führung-, ihrer Inhomogenität und des Fehlens eines an die arabische sozialistische Revolution orientierten Programms gegenwärtig nicht in der Lage, diese historisch bewußte Phase des antimperialistischen Kampfes im Nahen Osten einzuleiten. Die Perspektive ihres weiteren antimperialistischen Kampfs hängt davon ab, inwieweit ihre linken Kräfte die Notwendigkeit der Erarbeitung eines revolutionären Programms anerkennen und daraus die Konsequenzen ziehen werden.

Ein wesentlicher Schritt zur Herausarbeitung einer wissenschaftlich-sozialistisch bewußten Perspektive des antizionistischen und antimperialistischen Kampfs war die Auseinandersetzung in der "Arabischen Nationalistischen Bewegung" MNA, aus der sich 1967/1968 die "Volksfront für die Befreiung Palästinas" PFLP entwickelt hat. Da innerhalb dieser ersten marxistisch-leninistisch orientierten Befreiungsorganisation unlösbare Differenzen in der Einschätzung des Verhältnisses von Programm und programmatischer Methode bestanden, hat sich im Frühjahr 1969 ihr linker Flügel abgespalten und die "Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas" FPDLP konstituiert. Obwohl sozialistisch orientiert, bleibt die PFLP dem zentristischen Organisationsprinzip verhaftet, indem sie die Notwendigkeit des gleichzeitigen Prozesses der Organisation der Massen in bewußtseinsreproduzierenden Institutionen (Räten und Volksmiliz) und des Aufbaus der Partei übersieht. Ihr Beitrag zur arabischen Revolution wird davon abhängen, inwieweit sie ihren zentristischen Ansatz überwindet.

Demgegenüber geht die "Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas" davon aus, daß :

1. die Führung des revolutionären Volkskriegs von Anfang an in die Hände der Avantgarde der armen Bauern, der Arbeiter und Partisanen und ihrer Massenorganisationen zu legen ist, da nur sie - im Gegensatz zur Kleinbourgeoisie - aufgrund ihrer objektiven Klassenlage fähig sind, die Widersprüche bis hin zur sozialistischen Lösung zu zuspitzen;
2. der Kampf gegen den Zionismus nur möglich ist, wenn die in revolutionären Volksräten und Volksmiliz zusammengeschlossenen Massen der Arbeiter, Bauern und Partisanen die Umwälzung der Verhältnisse in den arabischen Ländern selbst einleiten; denn die Ver-

knüpfung Palästinas mit der gesamten arabischen Welt läßt objektiv einen isolierten Befreiungskampf nicht zu;

3. folglich die Versuche der arabischen Regimes, den revolutionären Volkskrieg auf seine rein antizionistischen Dimensionen zu beschränken, konsequent unterbunden werden müssen; und

4. daß das Ziel der palästinensischen und zugleich arabischen Revolution die Errichtung einer palästinensischen Volksrepublik ist, in der Araber und Juden ohne Klassenunterschiede und mit gleichen demokratischen Rechten zusammenleben, und daß diese palästinensische volksdemokratische Republik ihren Platz in der Union der arabischen volksdemokratischen Republiken finden wird. Zur Verwirklichung dieses Ansatzes bedarf es noch einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit den sozio-ökonomischen Verhältnissen in der arabischen Welt.

Trikont Hamburg ist mit dem langfristigen konzeptuellen Ansatz der FPDLP solidarisch. Sie ist der Auffassung, daß gegenwärtig nur die FPDLP über eine weltimperialistischen Lagers selbst durch den Fortschritt der Revolution im Nahen Osten weiter zugespitzt. Mehr noch als die USA hängen die zweitrangigen imperialistischen Mächte Japan, Frankreich, Bundesrepublik und Italien von den Erdöllieferungen des Nahen Ostens ab. Da sie nicht über gleichrangige konterrevolutionäre Potenzen wie der US-Imperialismus verfügen, sind sie stärker als dieser auf Konzessionen an die arabische sozialistische Revolution angewiesen (man vergleiche vor allem die besondere Rolle, die der französische Imperialismus zu spielen begonnen hat). Folglich werden ihre eigentlichen konterrevolutionären Interessen durch ein Balancement zwischen Zionismus und den kleinbürgerlichen arabischen Regimes abgedeckt.

Drittens bedient sich der europäische kollektive Imperialismus (EWG) mehr und mehr des politischen Zionismus, um sich über ihn den Weg zu seiner neokolonialistischen Hauptanlagensphäre in Schwarzafrika offenzuhalten. Im Fall der Zerstörung des Zionismus durch die palästinensische Revolution würde dem EWG-Imperialismus die Möglichkeit genommen, sich durch eine Schaukelpolitik mit der weißen afrikanischen Reaktion (Teilbündnisse mit Südafrika, Rhodesien, dem portugiesischen Kolonialismus und dem Zionismus) die nationalbourgeois Regimes Schwarzafrikas untertan zu machen. Er würde mehr und mehr von seiner neokolonialistischen Hauptanlagensphäre abgedrängt.

Damit sind die drei Hauptmomente des proletarischen Internationalismus gekennzeichnet, die im Verlauf der Revolution im Nahen Osten an Bedeutung gewinnen und konkrete Anforderungen an das klassenbewußte Proletariat der imperialistischen Hauptländer stellen werden. Es kommt vor allem darauf an, diese Komponenten in die täglichen Auseinandersetzungen im Rahmen des Klassenkampfes einzubeziehen, damit sich das Proletariat seiner historischen Aufgabe als Teil des Weltproletariats wieder bewußt zu werden vermag. Es liegt an uns, uns rechtzeitig auf diese neuen Dimensionen des proletarischen Internationalismus vorzubereiten und sie in den Perspektiven des europäischen Klassenkampfes gebührend zu berücksichtigen.

stringente Strategie zur Befreiung Palästinas und darüber hinaus des Nahen Ostens verfügt, und daß die Unterstützung dieser Strategie erforderlich ist. Diese Strategie erscheint geeignet, die Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte der palästinensischen und arabischen Revolution zu schaffen, auf deren Grundlage es möglich sein wird, in Zukunft geschlossen gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion vorzugehen.

5. Die Revolution im Nahen Osten und ihre Anforderungen an den proletarischen Internationalismus

Von der Revolution im Nahen Osten gehen wesentliche Impulse auf die Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes in den imperialistischen Ländern aus. Es ist nicht zuletzt die " Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas" selbst, die auf diese Tatsachen hingewiesen und daraus erste internationalistische Konsequenzen gezogen hat.

Für die Reproduktion des imperialistischen Wirtschaftssystems ist der Nahe Osten als dessen wichtigster Energielieferant ökonomisch wie militärisch lebenswichtig. Da



der Nahe Osten mit dem Erdöl gleichzeitig die Rohstoffbasis für einige der wichtigsten wachstumsintensiven Zweige des modernen Imperialismus darstellt, greift allein schon die Gefahr eines antiimperialistischen Ökoykotts als krisenförderndes Moment in den gesamtimperialistischen Reproduktionsprozeß ein; durch einige ihrer gegenwärtigen Aspekte (Sperrung des Suezkanals, Erhöhung der Erdölpreise außerhalb der Nahostländer, Erhöhung der strategischen Erdölreserven in den imperialistischen Ländern mit nachfolgender Erhöhung der Zirkulationskosten des Gesamtkapitals) wird schon jetzt die sich anbahnende neue Krise der imperialistischen Weltwirtschaft beschleunigt. Es bedarf dringend der Berücksichtigung dieser äußeren krisenfördernden Momente bei der Vorbereitung auf die künftigen Klassenkämpfe, um gegen die bevorstehende sozialimperialistische Verhetzung der lohnabhängigen Massen der imperialistischen Länder durch die Propagandainstitutionen des Kapitals gewappnet zu sein.

Zum zweiten werden die Widersprüche innerhalb des weltimperialistischen Lagers selbst durch den Fortschritt der Revolution im Nahen Osten weiter zugespitzt. Mehr noch als die USA hängen die zweitrangigen imperialistischen Mächte Japan, Frankreich, Bundesrepublik und Italien von den Erdöllieferungen des Nahen Ostens ab. Da sie nicht über gleichrangige konterrevolutionäre Potenzen wie der US-Imperialismus verfügen, sind sie stärker als dieser auf Konzessionen an die arabische sozialistische Revolution angewiesen (man vergleiche vor allem die besondere Rolle, die der französische Imperialismus zu spielen begonnen hat). Folglich werden ihre eigentlichen konterrevolutionären Interessen durch ein Balancelement zwischen Zionismus und den kleinbürgerlichen arabischen Regimes abgedeckt.

Drittens bedient sich der europäische kollektive Imperialismus (EWG) mehr und mehr des politischen Zionismus, um sich über ihn den Weg zu seiner neokolonialistischen Hauptanlagensphäre in Schwarzafrika offenzuhalten. Im Fall der Zerstörung des Zionismus durch die palästinensische Revolution würde dem EWG-Imperialismus die Möglichkeit genommen, sich durch eine Schaukelpolitik mit der weißen afrikanischen Reaktion (Teilbündnisse mit Südafrika, Rhodesien, dem portugiesischen Kolonialismus und dem Zionismus) die nationalbourgeois Regimes Schwarzafrika untertan zu machen. Er würde mehr und mehr von seiner neokolonialen Hauptanlagensphäre abgedrängt.

Damit sind die drei Hauptmomente des proletarischen Internationalismus gekennzeichnet, die im Verlauf der Revolution im Nahen Osten an Bedeutung gewinnen und konkrete Anforderungen an das klassenbewußte Proletariat der imperialistischen Hauptländer stellen werden. Es kommt vor allem darauf an, diese Komponenten in die täglichen Auseinandersetzungen im Rahmen des Klassenkampfes einzubeziehen, damit sich das Proletariat seiner historischen Aufgabe als Teil des Weltproletariats wieder bewußt zu werden vermag. Es liegt an uns, uns rechtzeitig auf diese neuen Dimensionen des proletarischen Internationalismus vorzubereiten und sie in den Perspektiven des europäischen Klassenkampfes gebührend zu berücksichtigen.

Die Strategie der Tories für Afrika und den Persischen Golf

Dieses, bisher lediglich in der französischen Zeitschrift AFRICASIA Nr. 20, 1970, veröffentlichte Dokument, gibt die Leitgedanken der britischen Konservativen Partei in der Imperial- und Kolonialpolitik Großbritanniens vor den letzten Wahlen und der Machtübernahme durch die Konservativen wider. Es ist das Produkt eines "brain trusts" der Partei und nur für die Führungsspitze der Tories bestimmt. Es hat den Vorteil offen zu sein.

Es zeigt mit welchem Zynismus die britischen Strategen über die afrikanischen, arabischen und asiatischen Völker verfügen, welche genauen Pläne sie ausgearbeitet haben, um ihre Herrschaft im arabischen Golf zu erhalten und um im südlichen Afrika die Herrschaft der europäischen mit dem Imperialismus verbundenen Minderheiten zu verewigen.

Das Dokument wurde für den Rat der Konservativen Partei für Commonwealth und Übersee von einer ad-hoc-Gruppe, der der Abgeordnete Sir Frederic Bennett vorstand, angefertigt. Es setzt sich zusammen aus einem allgemeinen Teil, verfaßt von dem gesamten ad-hoc-Komitee, und einer Spezialstudie, die sich auf die portugiesischen Kolonien bezieht und von einem Spezialisten des Komitees, M. Patrick Orr, angefertigt worden ist.

Nach dem Machtantritt der Konservativen ist begonnen worden, diese Politik in die Tat umzusetzen. Die bewaffnete Intervention in Guinea Conakry scheint der erste Schritt dazu zu sein.

Red.

Wenn der Verteidigungsminister der konservativen Regierung sein Amt antreten wird, werden drei Gebiete seine Aufmerksamkeit und Entscheidung erfordern, deren Konsequenzen unverzüglich zu spüren sein werden.

Der Golf, wo die britischen Streitkräfte bald nur noch über ein sehr eingeschränktes strategisches Potential verfügen werden:

Südostasien, wo anscheinend außer der Garnison in Hongkong, die schwachen Truppen noch übrig geblieben sind, und völlig wirkungslos bleiben werden; der Südatlantik und der Indische Ozean, d.h. die Kaproute.

Die Maßnahmen, die wir im folgenden empfehlen, können die historische Tragödie verhindern, die die Arbeitsgruppe des Rats für das Commonwealth und Übersee (R. C. Ü.) der Konservativen Partei als Autoren dieses Dokuments für unvermeidlich hält. Darüberhinaus ist die Gruppe der Meinung, daß die Maßnahmen des Ministers so schnell wie möglich ergriffen werden müssen. Damit kann Entschlossenheit zu handeln und unsere Fähigkeit dazu bewiesen werden. Nur so kann eine konservative Regierung verhindern, daß das Vertrauen und

der Kredit, die ihr entgegengebracht werden, unwiderruflich verloren gehen.

Der Golf

Das Problem: Notwendigkeit einer ausreichenden militärischen Präsenz nach den Wahlen.

Die Vereinbarung zwischen Saudi Arabien und dem Iran, die 1967 von der R. C. Ü. vorgeschlagen worden ist, ist mehr oder weniger Wirklichkeit geworden. Da aber das sowjetische Militär näher an dieses Gebiet herangerückt und z. T. in Aden und Hodeida stationiert ist, Flottenbesuche im Irak (Umm Qasr) und im Iran (Khorramshahr) durchgeführt hat, scheint es heute so, daß die Bedrohung der Stabilität dieses Gebiets von interner Umsturzgefahr und Unruhen in den kleinen Scheichtümern Bahrein, Qatar und in den Fürstentümern herrührt. Wenn eines dieser Gebiete von einem Umsturz betroffen würde und sowjetische Hilfe angefordert würde - wie es nahe liegt - dann würde der dadurch gewachsene politische Druck des "progressiven" Nationalismus auf Saudi Arabien noch mehr seine Sicherheit untergraben. Gleichzeitig berührt die tatsächliche Anwesenheit der Sowjets im südlichen Iran die Sicherheit dieses Landes. Die Gefahr kommt aber ebenso aus der wachsenden Unruhe, die die kleinste politische Organisation am Golf hervorrufen kann. Es reicht nicht aus, die militärische Präsenz in den größten Staaten zu unterstreichen. Vielmehr muß man die Wahrscheinlichkeit von lokalen Revolten und zwischenstaatlichen Konflikten verringern und darüberhinaus die Fähigkeit dieser Regierungen vergrößern, Revolten niederzuschlagen, wenn sie auftreten sollten.

Anmerkungen zu Südostasien und dem Nahen Osten

Die Brigade des Commonwealth: Da ein Angriff auf Malaysia, Singapur und Brunei die SEATO nicht direkt betreffen, müßte die Brigade aus ökonomischen Gründen aufgelöst und alle ihre Streitkräfte in die neue Paktstruktur integriert werden. In diesem Pakt müßte mit Zustimmung der Mitglieder der SEATO die derzeitige Funktion der Brigade mit aufgenommen werden. Es kann sich herausstellen, daß der Stützpunkt von Malakka weder für das Vereinigte Königstum noch für die malaysische Regierung aus Haushaltsgründen gehalten werden kann; auf dieser Erkenntnis basiert die Aufgliederung der Streitkräfte.

Hongkong: Aus Gründen der internen Sicherheit muß das notwendige Mindestmaß an Streitkräften für Hongkong berechnet werden. Nach den letzten Berechnungen beträgt das Minimum 7 große Einheiten (normalerweise: 6 Infanteriebataillone und 1 Artillerieregiment).

Die Gurkha-Brigade: Diese Brigade spielt in diesem Gebiet eine bedeutende Rolle. Bevor man Vermutungen anstellt bezüglich der Organisation und Zusammensetzung der Einheiten der britischen Armee, muß man die Situation der Gurkhas in Betracht ziehen. Bis März 1971 stehen

die Bataillone von Gurkhas (6 Bataillone und der Versorgungsdienst) zur Verfügung. Die Einheiten von Gurkhas sind nicht mit anderen Einheiten leicht austauschbar, das sie, dem Vertrag mit Nepalszufolge, von ihren Familien begleitet werden können.

Die Ausbildungsschule für den Dschungelkampf: Die Aufrechterhaltung dieser Schule ist entscheidend, insbesondere für das Training im Dschungelkampf. Sie müßte die Stationierung eines Bataillons im westlichen Malaysia gestatten, ohne die politischen Schwierigkeiten zu verschärfen.

Die Hilfe der Luftstützpunkte: Für Butterworth, Singapur und Labuan oder Bruneikann solch eine Hilfe nötig sein. Man braucht ein vereinigt Luftkommando. Eine Einheit R. A. F. kann notwendig sein für die Verteidigung der Flughäfen, im Falle, daß Malaysia und Singapur diese Aufgabe nicht bewältigen können.

Die Kaproute

Notwendigkeit der Verteidigung und Notwendigkeit einer ständigen Ersatzroute um das Kap für den Fall, daß der Suezkanal für immer geschlossen bleibt oder bestenfalls seine Benützung ungewiß bleibt.

Allgemeine Betrachtungen:

a) Diese Route hat mit der Schließung des Suezkanal an Bedeutung gewonnen. Diese Bedeutung übersteigt heute bei weitem die anfänglichen Vorhersagen. Die Route wird auf jeden Fall für den westlichen Handel und die kriegswichtigen Lieferungen wesentlich bleiben, so wie sie es heute ist.

b) Die einzige Großmacht, die heute ein besonderes Interesse an der Wiedereröffnung des Suezkanals hat, ist die Sowjetunion. Für sie ist er Mittel, Schiffe vom Mittelmeer zum Indischen Ozean auf dem schnellsten Wege gelangen zu lassen. Die westlichen Alliierten können für den Transport von Handelsgütern und vor allem von Erdöl in großtonnigen Schiffen auf den Suezkanal verzichten.

c) Ein erheblicher Prozentsatz des Handels mit den europäischen Nato-Verbündeten verläuft über die Kaproute. Der Anteil des Vereinigten Königreichs an diesem Handel ist zweifelsohne der größte.

d) Die Route führt über Südafrika, das einer der wichtigsten Handelspartner für Großbritannien im Welthandel ist.

e) Diese Route ist außerdem bestimmt für den Erdöltransport vom Mittleren Osten nach Europa und nach Nordamerika.

f) Sie ist die strategische Route für Asien, Australien und Neuseeland.

g) Es ist die eventuelle Reserveroute für den Luftverkehr.

Die Gefährdung der britischen Interessen

a) Ohne daß es sich um einen ausdrücklich erklärten Krieg zu handeln braucht, können überall entlang der südafrikanischen Küste oder im Innern des Kontinents Angriffe gestartet werden, ohne notwendigerweise einen sofortigen Gegenschlag nach sich zu ziehen, wie es der Fall wäre für einen Angriff in der Nato-Zone.

b) Im Falle, daß die Route verletzlich ist, gerade weil sie außerhalb der Nato-Gebiete liegt (abgesehen von der Tatsache, daß Portugal seit längerer Zeit ein Bündnispartner von Großbritannien, aber unabhängig von der Nato ist) könnte sich die Bedrohung der Sicherheit durch verschiedene Kriegshandlungen manifestieren. Möglicherweise durch die Aggressionen, die von den Kommunisten gegen Angola, Mocambique, Guinea Bissau, Rhodesien und Südafrika direkt eingefädelt und unterstützt werden. Angriffe auf britische Schiffe oder andere Formen von Störungen können eintreten, ohne daß es sich um einen erklärten Krieg handeln muß. - Z. B. könnten die Sowjets eine Zone im Indischen Ozean und im Südatlantik

zur Übungszone erklären, was zur Folge hätte, daß die Durchfahrt für die Schiffe gefährlich wird. So wäre es leicht für die Sowjets und vielleicht auch für die Chinesen, in Sansibar und auf den Kapverdischen Inseln Kriegsschiffe zu stationieren. Die eben genannte Möglichkeit wäre nur gegeben, wenn der Aufstand der Kommunisten in Guinea Bissau gelänge. Im Augenblick scheint das nicht gegeben zu sein, d. h. glücklicherweise nicht mehr, als im übrigen Teil des östlichen und westlichen portugiesischen Afrikas.

c) Eine Bedrohung bedeutet die Verschärfung der Handelskonkurrenz zwischen der Sowjetunion und dem Westen und das Wettüben zu See, das verstärkt wird durch die rasche Zunahme sowjetischer Schiffe und U-boote. Man schätzt die Anzahl der sowjetischen Schiffe auf mehr als 350, von denen ein Teil Atomtrieb besitzt. Die sowjetische Marine hat das ozeanische Stadium erreicht, und ihre Schiffe sind mit Meer-Meer Raketen ausgestattet, die selbst die königliche Marine nicht besitzt.

Die vorgeschlagenen notwendigen politischen, ökonomischen und militärischen Maßnahmen

a) Politisch gesehen, wird ein erster Schritt darin bestehen, auf der Basis gegenseitigen Interesses, die Beziehungen zu Südafrika wieder herzustellen, den Handel zwischen beiden Ländern voranzutreiben, und Südafrika Waffen für seine Verteidigung nach außen zu verkaufen. Die Farce der Sanktionen gegen Rhodesien sollte ebenfalls ein Ende finden.

Die gegenwärtige Situation wird Südafrika in die politische Isolation drängen und könnte es zwingen, eine neutralistische Position einzunehmen. Als direkte Konsequenz würde eine solche Neutralität die britischen Schiffe der Vorteile der Basis von Simonstown berauben.

b) Die Politik der Tories sollte die Strömungen in den unabhängigen Staaten unterstützen, die eine Entspannung zwischen sich einerseits, Portugal, Rhodesien und Südafrika andererseits, günstig gesonnen sind. Wir sollten den Afrikanern verständlich machen, daß solch eine Politik langfristig im Interesse ganz Afrikas liegt. Wenn selbst z. B. Malawi eine solche Entspannung realisiert, ohne deshalb die Apartheid zu billigen, so sollten wir doch gewiß nicht weniger realistisch sein. Und vor allem darf kein neues Vietnam in Südafrika entstehen.

c) Was die militärische Seite und die Marine anbelangt, so sollten wir den Vertrag von Simonstown neu beleben, und noch einmal über die allgemeine Struktur verhandeln und

auch über die Bestätigung eines britischen Marine-Oberkommandos für das Gebiet.

d) Wir müssen die gemeinsame Übung der britischen U-boote mit der südafrikanischen Marine wieder aufnehmen.

e) Wir müssen auch freundschaftlich die Möglichkeiten einer stärkeren Ausnutzung des englisch-portugiesischen Bündnisses überprüfen, um wirksame und beiderseits nutzbringende Verteidigungsverträge im Südatlantik zu schließen. Es scheint geboten in diesem Rahmen, an die seestrategischen Vorteile der Häfen von Beira (Mocambique), Lobito (Angola) und der Kapverdischen Inseln zu denken.

f) Wenn die Rolle der NATO nicht ausgedehnt werden kann, auf dieser wichtigen Versorgungsstraße, auf der die wesentlichen Erdölvorräte der NATO befördert werden, dann sollten die politischen und strategischen Voraussetzungen für einen Verteidigungspakt für Südafrika und die Kaproute geprüft werden. Die Unterzeichner könnten Großbritannien, Argentinien und Brasilien sein.

Anmerkungen

Es sind einige Vorschläge gemacht worden im Rahmen der Verstärkung der britischen Präsenz zur See entlang der Kaproute.

1) Das Weiterbestehen eines Lufttransports in diesem Gebiet wird noch von einer Kommission geprüft, ebenso wie die Möglichkeit das Datum des Abzugs von Lufttransportern zu verlängern, die jetzt noch im Dienste sind. Die Tendenz geht dahin, den derzeitigen Transportdienst aufrecht zu erhalten.

2) Aufrechterhaltung einer oder mehrerer Atom-U-boote, um die südafrikanische Flotte zu unterstützen.

3) Die Überprüfung des Konzepts eines "Flugzeugträgers" mit Senkrechtstartern.

4) Die "Royal Navy" muß, ohne Rücksicht auf andere Abmachungen, die Abriegelung der Kaproute ins Auge fassen, sowohl im Kriegszustand als auch unter den Bedingungen des drohenden Kriegszustandes.

SOZIALISTISCHE POLITIK

2. Jahrgang

Nr. 9

Dezember 1970



Peter Costas
Jürgen Schulz zur Wiesch
Elisabeth Stein

Jugoslawien auf dem 'Dritten Weg' — zum
Kapitalismus

Joachim Deiters
Jürgen Huss
Rüdiger Strehl

Kritik des Jugoslawien-Aufsatzes

Hans-Dieter Heilmann
Bernd Rabehl

Die Legende von der "Bolschewisierung"
der KPD (Teil I)

Dieter Boris
Luis Alberto Castillo

Bemerkungen zu: "Neuere Imperialismus-
theorien", SOPO 6/7, 1970

Klaus Busch

Replik zur Kritik von D. Boris und L.A.
Castillo

Zur Lage in Persien

Der Imperialismus und seine lokalen Vertreter fürchten sich vor dem Bündnis der Völker im Mittleren Osten.

In den letzten zehn Jahren fanden im Iran Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich statt, deren Inhalt sich in dem Abbau von halbfeudalen Verhältnissen und in der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise in den Dörfern und Städten ausdrückte. Der Prozeß der Durchkapitalisierung des Landes hat eine Übergangsphase eingeleitet. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen - besonders in den letzten Jahren - sind als Mittel zur Beschleunigung dieser Phase zu verstehen, wobei hier nicht die Bedingungen einer ursprünglichen nationalen Kapitalakkumulation, sondern vielmehr Voraussetzungen für eine vom ausländischen Kapital gelenkte Wirtschaft geschaffen werden.

Diese Reformmaßnahmen waren notwendig, um einerseits die Produktionssphäre auszuweiten und den Iran andererseits an das kapitalistische Weltsystem enger zu binden. Somit sollte auch die Krise, der die iranische Wirtschaft bislang ausgesetzt war, aufgehoben werden.

Die Bodenreform, die das Schah-Regime 1963 einleitete, sollte die Unzufriedenheit der Bauern abbauen und die Agrarwirtschaft auf die kapitalistische Produktion vorbereiten. Die ländlichen Kooperativen, die gegründet wurden, gehören den Großgrundbesitzern, die sich zu einer städtischen Bourgeoisie entwickelten. Die Bauern erlangten in diesen Kooperativen den Status von Lohnabhängigen, deren soziale und ökonomische Bedürfnisse dadurch nicht zufriedengestellt werden konnten. Hinzu kommt, daß die Parzellierung des Bodens in einigen wenigen fruchtbaren Gebieten des Iran die Bauern von der Subsistenzwirtschaft, die tribalistisch strukturiert war, in eine Parzellenwirtschaft überführte, ohne diesen Bauern materiell so zu unterstützen, daß sie ihre Parzellen ohne Verschuldung bewirtschaften konnten. Zwangsläufig mußten diese Bauern in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Staat und der von ihm geschaffenen Agrarbank geraten. Eine Proletarisierung hat sich in einigen Gebieten des Iran vollzogen.

Dieser Entwicklungsprozeß verlief zugunsten des ausländischen, vor allem amerikanischen Kapitals. Im Mai 1970 trafen sich amerikanische Konzerne auf dem Teheraner Kongreß und beschlossen verstärkte Investitionen im Iran, nicht etwa um den Iranern zu helfen, sondern um vielmehr eine Nebenmetropole im Mittleren Osten zu schaffen. Hierin verfolgt der US-Imperialismus eine neue Strategie, die einerseits seine Absatzmärkte sichern und ausweiten und andererseits die freie Entfaltung der Produktivkräfte in den von ihm abhängigen Ländern bremsen soll.

Auf diese neokolonialistische Politik reagieren die iranischen Massen mit Demonstrationen, Kundgebungen und Selbstorganisation. Zur gleichen Zeit verschärft das Regime seine Repressionen und unterdrückt die demokra-

tischen Freiheiten. Eine Verhaftungswelle löst die andere ab. Die nationalen, demokratischen und kommunistischen Kräfte des Iran sind verbrecherischen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt, deren Ziel sich in der Niederhaltung des ganzen Volkes und der Angliederung des Iran an das kapitalistische Weltssystem ausdrückt.

Seit Februar 1970 wissen wir von mehr als 1000 Verhaftungen. Ayatollah Saidi, eine der führenden geistlichen Persönlichkeiten und Nikdawodi, ein Student, sind im Gefängnis zu Tode gefoltert worden.

Eine andere Verhaftungswelle richtete sich gegen 53 Iraner, die sich der palästinensischen Widerstandsbewegung anschließen wollten. Andere Iraner, die Sammelaktionen zur Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung in Teheran organisierten und das El-Al Büro wegen seiner Funktion als Zentrum des israelischen Geheimdienstes angriffen, wurden verhaftet. Unter diesen Verhafteten befinden sich Paksejad (Jurist), Batahie (Arbeiter), Saburi (Student), Rahimkhani (Student) und weitere andere, die in den Gefängnissen des Schah-Regimes auf die Todesurteile bzw. lebenslängliche Freiheitsstrafen warten. (Das Militärgericht hat für sie die Todesstrafe beantragt).

Außer den oben genannten Gruppen wurden vor kurzem mehrere hundert Personen, darunter die Oppositionsführer Farohat und Scheibani, sowie auch der Mainzer Student Hussein Rezai, der den Münchener Rechtsanwalt Dr. Heldmann als Dolmetscher nach Persien begleitete, verhaftet. (Dr. Heldmann ging als Vertreter der Amnesty International nach Teheran, um an den Gerichtsverhandlungen der oben angeführten Personen teilzunehmen. Er wurde aus dem Land ausgewiesen).

Angesichts dieser verbrecherischen Maßnahmen des Schah-Regimes richtet AL-DJABHA einen Appell an die sozialistischen und demokratischen Kräfte Westdeutschlands und ruft sie auf, sich mit dem iranischen Volk zu solidarisieren. Die AL-DJABHA-Redaktion in Übereinstimmung mit den FPDL-Gruppen in West-Europa erklären ihre Solidarität mit dem iranischen Volk und ihre Verbundenheit mit den iranischen Kommunisten im gemeinsamen Befreiungskampf.



Hilfsaktion sozialistischer Mediziner

FÜR DIE DEMOKRATISCHE REVOLUTION IN JORDANIEN

EIN ERFAHRUNGSBERICHT

Getreu der ihr durch den Rogers-Plan zgedachten Funktion, die revolutionäre Entwicklung im Nahen Osten in einem intern-arabischen Pogrom zu liquidieren, hat die jordanische Armee Mitte September mit einem umfassenden Angriff auf die palästinensischen Volksmassen und ihre Befreiungsorganisationen begonnen. Mit den Nachrichten vom 16. September wurde für den engagierten westdeutschen Sympathisanten der Revolution im Nahen Osten Wirklichkeit, was sich in den kleineren Übergriffen der reaktionären jordanischen und libanesischen Regimes schon Monate vorher abgezeichnet hatte. Das Kräftegleichgewicht der Großmächte und ihrer Exponenten hatte sich mehr und mehr zugunsten der sowjetisch-nasseristischen Machtkonstellation verschoben, und der US-imperialistisch-zionistische Gegespieler hatte die allmähliche, seit dem Ende des Juni-kriegs einsetzende Wiederherstellung des status quo im Nahen Osten hinnehmen müssen. Die Stabilisierung der national-bürgerlichen arabischen Armeen mit Hilfe der Sowjetunion, die zunehmende Verankerung der palästinensischen Widerstandsbewegung in den Massen, und vor allem die wachsende Einsicht auf der Seite der Revolutionäre, daß der antizionistische Befreiungskampf nur über eine demokratische Revolution in den reaktionären arabischen Regimes fortzusetzen sei, zwangen die USA, die Sicherheitsratsresolution vom 22. Nov. 1967 zu akzeptieren, wenn sie ihre Einflußsphäre im Nahen Osten nicht aufs Spiel setzen wollten. Unter großem Aufwand reproduzierten sie, vom Applaus der Sowjetdiplomatie und der meisten arabischen Regimes begleitet, im Juni/Juli 1970 die UN-Resolution. Jedem aufmerksamen Beobachter war klar, daß dieses scheinbar überraschende Arrangement der Kontrahenten die Widersprüche, die bislang zwischen der Befreiungsbewegung und den sie stützenden arabischen Massen einerseits und dem Imperialismus, dem politischen Zionismus und der arabischen Reaktion andererseits bestanden hatten, ziemlich schlagartig in eine Auseinandersetzung zwischen den arabischen Regimes und der die "friedliche Lösung" ablehnenden Befreiungsbewegung umschlagen lassen müsse. Das "Blutbad", das die Massen der arabischen Welt "von den arabischen Zaren trennen" würde (Hawatmeh im August 1970), wurde von den Beduinen des Haschemitenkönigs Hussein in Szene gesetzt. Von da an war für den engagierten Zeitgenossen die weitere Entwicklung eine Frage der Zeit. Würde die Befreiungsbewegung stark genug sein, um aus dieser Offensive mit der demokratischen Umwälzung Jordaniens hervorzugehen? Oder war sie noch zu schwach und in der Illusion befangen, den palästinensischen Befreiungskampf ohne Einmischung "in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten" fortsetzen zu können, und infolgedessen auf die Auseinandersetzungen nicht ausreichend vorbereitet?

1.

Eine Woche nach dem Beginn der Massaker rief der "Palästinensische Rote Halbmond", die medizinische, von El Fateh gegründete Hilfsorganisation der PLO, zu internationalen medizinischen Hilfsaktionen auf. Dem Hilferuf wurde in

Westdeutschland von einem knappen Dutzend Medizinern Folge geleistet. Die Vorbereitung auf die Aktion erfolgte spontan; außer der Tatsache, daß es sich bei den Akteuren (Medizinalassistenten, approbierte Ärzte und ein Medizinstudent) um mehr oder weniger bewußte Sozialisten handelte, verband sie nichts. Nur ein Teil der Reisenden war in Restgruppen der Studentenrebellion oder anderweitig organisiert. Nur wenige Teilnehmer waren in Bezug auf die politisch-konzeptionellen Positionen der Befreiungsbewegung voll orientiert und wußten mit ihrer Entscheidung einen klaren Zusammenhang zu Fragen des proletarischen Internationalismus herzustellen.

2.

Unter Vermittlung der Frankfurter GUPS ist die Medizinergruppe am 25. September nach Beirut abgeflogen. Zu ihrer Überraschung stellte die Gruppe in Beirut fest, daß die verantwortlichen Funktionäre des "Palästinensischen Roten Halbmonds" noch keine Vorstellungen davon hatten, wie sie sie aktiv werden lassen sollten, und daß überhaupt eine Operationsplanung für medizinische Versorgung im Fall größerer militärischer Auseinandersetzungen zwischen den Truppen der arabischen Reaktion und der Befreiungsbewegung und den sie stützenden Massen zu fehlen schien. So herrschte bei den Verantwortlichen überall große Ratlosigkeit. Da man nicht wußte, was man mit ihnen anfangen sollte, und da nur ein Bruchteil in medizinische Arbeit integriert wurde, blieb nichts anderes übrig, als die meisten von ihnen über eine Woche in Beirut festzuhalten. Die westdeutsche Gruppe wurde in Beirut untergebracht, sie lebte dort eine gute Woche mit französischen Genossen der "Secoure rouge", Trotzlisten der "Ligue Communiste", Mitgliedern der "Gauche proletarienne" und einem außerordentlich sympathischen Einzelkämpfer der KPF und Maoisten zusammen. Die Kommunikation war nicht sonderlich gut, trotzdem wurde ausführlich über einige aktuelle Probleme des proletarischen Internationalismus gesprochen. Überrasgendes Ereignis der Beiruter Woche sind die Massendemonstrationen nach dem Bekanntwerden des Tods Nassers gewesen. Sie begannen mit einer wilden Schießerei am frühen Abend, die zunächst für alle unerklärlich war. Schließlich wurde die Todesnachricht im Rundfunk bekanntgegeben. Die Reaktion der palästinensischen Begleiter und Diskussionsteilnehmer - sämtlich Sympathisanten der Fath - war charakteristisch: im ersten Augenblick reagierten sie außerordentlich optimistisch, argumentierend, daß jetzt der Weg zur Revolution endgültig freigeworden sei; wenig später schlug ihre Euphorie um in eine außerordentlich resignativ gestimmte Trauer und Apathie. Wenige Minuten später kamen, immer noch von wilden Schießereien überlagert, die ersten Massendemonstrationen zustande. Sie rekrutierten sich aus palästinensischen Bewohnern der Flüchtlingslager und teilweise wohl auch aus libanesischer Kleinbourgeoisie, und hatten eindeutig antimperialistischen Charakter. Von den palästinensischen Begleitern der westdeutschen Medizinergruppe wurde deren Militanz übrigens völlig falsch

eingeschätzt: sie hielten die Demonstrationen für "harmlos" und setzten einer Teilnahme der Europäer keinen Widerstand entgegen. Tatsächlich sind dann aber einige Genossen, als US-Amerikaner verdächtigt, in eine für sie ziemlich unangenehme Lage gekommen.

3.

In den letzten Septembertagen wurde schließlich ein Konvoi vorbereitet, der die in Beirut wartenden Mediziner zusammen mit arabischen Kollegen nach Jordanien bringen sollte. Er reiste erst ab, als die Begleitung durch die arabische Waffenstillstandskommission und das Internationale Rote Kreuz gesichert war. Etwa 300 Personen, darunter 80 Ärzte, nahmen teil. Die materielle Ausstattung war großzügig; um den Transport zu garantieren, sind in Syrien mehrere Lastkraftwagen von der Straße weg beschlagnahmt worden. Trotz der Begleitung durch das Internationale Rote Kreuz und die arabische Waffenstillstandskommission wurde jedoch der größte Teil der materiellen Ressourcen, die der Konvoi mit sich führte, von der jordanischen Armee konfisziert. Infolgedessen drängt sich die Frage auf, ob der Konvoi nicht weitgehend ineffektiv gewesen ist und ausschließlich propagandistische Funktionen zu erfüllen hatte. Von einem verantwortlichen palästinensischen Arzt wurde uns gegenüber in zynischer Weise geäußert, daß es sich bei der ganzen Aktion um ein touristisches Unternehmen handle, daß medizinische Versorgung in Jordanien nicht mehr nötig sei, und er wünschte uns "have a good trip to Amman". Es ist nicht zu entscheiden, ob es möglich gewesen wäre, kleinere Ärztegruppen unter dem Schutz der Befreiungsbewegung sofort nach ihrer Ankunft in Beirut nach Jordanien zu bringen und im Zentrum der Kämpfe arbeiten zu lassen. Nach Auffassung der palästinensischen Halbmondorganisation wäre das Risiko zu groß gewesen. Andererseits war aber zumindest einem Teil der angereisten Mediziner klar, daß sie keine Urlaubsreise in den Nahen Osten angetreten hatten, und die anfänglichen Bedenken, medizinisch nicht ausreichend qualifiziert zu sein, haben sich angesichts der Verhältnisse und Vergleichsmöglichkeiten bald als überflüssig erwiesen.

4.

Am Freitag, den 2. Oktober fuhr der Konvoi endlich von Beirut ab. Der Aufenthalt an der libanesisch-syrischen Grenze war derart ausgedehnt, daß der restliche Tag nur noch für die Fahrt bis Damaskus reichte. Nach der Zwischenstation Damaskus kam die Kolonne am darauffolgenden späten Nachmittag in Deraa in Südsyrien an. Es kam hier zu ersten Kontakten mit direkten Abschnitten der "Etappe". Nach den Enttäuschungen von Beirut überraschten uns die Kämpfer und Funktionäre aller Organisationen der Befreiungsbewegung durch ihr hohes politisches Niveau. Am nächsten Morgen (Sonntag, 4.10.) wurde die syrische Grenze in Richtung Jordanien überschritten. Der Konvoi durchfuhr Ramtha und weitere 15 km befreites Gebiet in Richtung Amman, das noch von den schweren Kämpfen der beiden letzten Wochen gezeichnet war: überall an den Hügelketten ausgebrannte Panzer der jordanischen Armee und der PLA, in Ramtha selbst waren keine nennenswerten Schäden zu sehen. Südlich des befreiten Gebiets fingen dann die Militärstellungen der jordanischen Armee an, wie wir sie, von Fedayinkontrollen vor den größeren Städten unterbrochen, in den nächsten Wochen

immer wieder erleben sollten: Panzereinheiten bis zu Bataillonstärke, in einer Tiefe bis zu 3 km seitlich der Kontrollpunkte in Bereitstellungen eingegraben; an den Kontrollpunkten, meist Straßenkreuzungen, ein paar Schützenpanzer der jordanischen Armee und jordanische Polizei. Es steht unbezweifelbar fest, daß die Hussein-Truppen südlich des befreiten Nordjordanien (d. h. südlich der Linie Ramtha-Irbid) die größeren Straßen zwischen Nordjordanien, der syrisch-irakischen Grenze und Amman kontrollierten. Lediglich im Gebiet von Jarasch waren die beiden wichtigsten Straßen nach Amman streckenweise in den Händen der Fedayin. Aus alledem summiert sich der Eindruck, daß die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Hussein-Truppen und den Einheiten der Befreiungsbewegung konventionellen Charakters gewesen sind.

Bevor er das von Fedayin kontrollierte Gebiet um Jarasch erreichte, wurde der Konvoi von der jordanischen Armee aufgehalten und gezwungen, eine andere Route zu nehmen, nämlich die von der jordanischen Armee beherrschte über Mafraq-Zarqa. Nur die aus westdeutschen Genossen zusammengesetzte, für Irbid bestimmte Gruppe bog nach Westen ab und kam im Verlauf des Nachmittags wohlbehalten in Irbid an. Der Restteil der Kolonne erreichte dagegen noch vor Einbruch der Dunkelheit Zarqa, nachdem er das riesige jordanische Armeelager Mafraq passiert hatte. Die Stadt war, soweit sie die Route säumte, schwer gezeichnet von den Resultaten des Straßenkampfes: serienweise Artillerie- und Panzergranateneinschläge in denjenigen Häusern, von denen aus die Kommandos die größeren Straßen offensichtlich unter Kontrolle hatten. Darüberhinaus bewies der Zustand der Wohnsiedlungen an den der Straße nach Amman benachbarten Abhängen, daß die jordanische Artillerie auch zu wahllosem Flächenfeuer übergegangen war. Die Reaktion der jordanischen Truppen auf den Konvoi war überaus feindselig. Die französische Ärztegruppe, die in Zarqa abzweigte, um das dortige Hospital wieder in Gang zu bringen, berichtete später, daß die Hussein-Truppen mit beispielloser Härte vorgegangen waren, ohne jedoch fähig zu sein, den Widerstand der Volksmiliz im Stadtkampf zu brechen. Sie hatten, ähnlich wie in Amman, auch in Zarqa unter den im Hospital liegenden Verwundeten der Befreiungsbewegung ein entsetzliches Blutbad angerichtet. Die französische Ärztegruppe ist denn auch schon nach zwei Tagen von den Hussein-Truppen aus dem Hospital vertrieben worden; sie hat sich danach noch etwa eine Woche lang in Amman aufgehalten.

Der Rest des Konvois kam nach Einbruch der Dunkelheit über den durch das Flüchtlingslager Schneller führenden Ostzugang in Amman an. Er wurde nach einer längeren Pause, die die jordanische Armee benutzte, um die mitgeführten materiellen Ressourcen zu konfiszieren, in Richtung Djebel Aschraffija umgeleitet, um im Krankenhaus Aschraffija zu übernachten. Die Ärztegruppen richteten sich in den Krankensälen, die eine Woche zuvor Schauplatz des Verwundenmassakers der Beduinentruppen gewesen waren, zum Übernachten ein.

4.

Aufgrund der Aussagen des Volksmilizkommandanten des Stadtteils Aschraffija und einer überlebenden Genossin, die als Krankenschwester aktiv gewesen war, sind wir in der Lage, den Hergang des Massakers im Krankenhaus Aschraffija zu rekonstruieren. Dies erscheint uns wichtig, weil sich der "Spiegel" inzwischen dazu hergegeben hat, die Massaker von

Amman durch ein Interview mit Hussein höchstpersönlich vertuschen zu lassen, und weil das Internationale Rote Kreuz sich in diesem Zusammenhang endgültig als Rotes Kreuz des Weltimperialismus ausgewiesen hat.

Djebel Aschraffija ist während der Kämpfe in Amman immer wieder Zentrum der militärischen Auseinandersetzungen gewesen. Von einer einzigen, umso verheerender wirkenden Ausnahme abgesehen, haben die Kämpfer der Volksmiliz zusammen mit Spezialeinheiten der Befreiungsbewegung diesen Stadtteil von den Panzerspitzen der Beduinen freizuhalten vermocht. Nur ein einziges Mal - die Volksstreikräfte waren gezwungen, sich nach hohen Verlusten umzugruppieren - drangen jordanische Panzer- und Infanterietruppen bis in das Zentrum des Stadtteils vor und besetzten das Krankenhaus Aschraffija für etwa eine halbe Stunde. Durch einen Gegenangriff der Volksmiliz wurde die jordanische Infanterie schließlich von der Panzerspitze, die weitgehend vernichtet wurde, abgespalten. Sie zog sich aus dem Krankenhaus, in dessen Kellem bis zuletzt operiert worden war, unter Mitnahme des medizinischen Personals und der gefährigten Verwundeten, die sie als Schutzschild gegen die angreifende Volksmiliz benutzte, zurück. Die nicht gefährigten Verwundeten wurden von den Beduinentruppen in ihren Betten und teilweise auf dem Hof des Krankenhauses mit Äxten, Gewehrkolben und Messern massakriert. Noch einen Tag nach unserer Ankunft wurden von französischen Medizinergegnossen in der Nähe eines Massengrabs vor dem Krankenhaus abgeschlagene Hände und der Kopf eines Kindes gefunden. Auf der Rückfahrt nach Syrien lernten wir ein 4-jähriges palästinensisches Mädchen auf dem Weg in eine Spezialklinik in Damaskus kennen, dem ein jordanischer Soldat in Aschraffija mit der Axt den Unterkiefer zertrümmert hatte.

Kurz nach der Beendigung des Massakers traf ein Wagen des Internationalen Roten Kreuzes im Hof des Krankenhauses Aschraffija ein. Ein Arzt, der dem Wagen entstieg - Nationalität und Identität sind bis heute unbekannt - wurde wenig später von jordanischen Scharfschützen erschossen; der IRK-Wagen zog sich fluchtartig zurück. Trotzdem hat das IRK bis heute über diesen Vorfall geschwiegen, es hat bis heute keine einzige Erklärung zu diesem und anderen Massakern abgegeben, bei denen es mittelbar oder unmittelbar Zeuge gewesen ist. Die Ärzteteams des IRK arbeiteten denn auch weitgehend unter Kontrolle der jordanischen Armee - sie haben die Verwundeten der Befreiungsbewegung und der palästinensischen Massen nur zu einem sehr geringen Teil überhaupt zu Gesicht bekommen.

5.

Am nächsten Morgen wurde den Teilnehmern des Konvois von den Verantwortlichen des "Palästinensischen Roten Halbmonds" auf Druck seitens der jordanischen Reaktion eröffnet, daß ihre medizinischen Fähigkeiten nicht mehr benötigt würden, und daß 85 Prozent der Ärzte und des Hilfspersonals wieder zurückreisen könnten. Trotzdem wurden die europäischen Teilnehmer der Aktion einen Tag später überraschend auf verschiedene Stadtteile Ammans aufgeteilt; ein Teil der westdeutschen Genossen kam ins Camp Wahdad, ein zweiter an den Djebel Amman. Dort begannen sie, mehr oder weniger auf sich selbst gestellt, ohne die technischen Hilfsmittel (Röntgen, Labor usw.) poliklinisch zu arbeiten. Zunächst stand die

Versorgung von Patienten im Vordergrund, die aus den Kämpfen und Bombardements Verletzungen davongetragen hatten: sekundär infizierte Schuß- und Splitterwunden, ausgedehnte Pyodermien vor allem bei kleinen Kindern; Angstreaktionen und psychische Durchgangssyndrome, die die grauenhaften Leiden der Bevölkerung während der Angriffe der Hussein-Truppen ahnen ließen; Verbrennungen ersten und zweiten Grades - eindeutiger Beweis dafür, daß die Beduinen teilweise mit Phosphorgranaten vorgegangen waren. Mancher Kämpfer, der guten Grund hatte, sich nicht in die von den jordanischen Truppen kontrollierten IRK-Kliniken zu wagen, wurde aufgestöbert, und es wurde bald klar, daß viele mit Bauch- oder Brustschüssen Verwundeten des Camps längst gestorben waren. Arabische Ärzte, die während der Kämpfe in Amman gearbeitet hatten, bestätigten uns, daß sie sich in ihren Stützpunkten darauf konzentrieren mußten, von zehn angeschleppten Verwundeten die zwei oder drei mit den besten Überlebenschancen durchzubringen; daß jeder Versuch, Schwerverwundete in die Krankenhäuser zu transportieren, von den jordanischen Truppen durch direkten Beschuß vereitelt worden war.

Es gibt keine eindeutigeren Beweise für ein abgelauenes Massaker als die, die wir gesehen haben. Daß sich die jordanische Bourgeoisie vor dem Beginn der Beduinenaktion aus Amman abgesetzt hatte, haben wir ebenfalls - auf unsere Weise - erfahren. Immerhäufiger kamen zu uns auch Patienten aus den jordanischen Mittelklassen, die vor den Kämpfen in fachärztlicher Behandlung gewesen waren und nun mit uns und unseren bescheidenen Möglichkeiten vorlieb nehmen mußten, weil die Ammaner Fachärzte noch nicht aus ihrem britischen oder schweizerischen "Exil" zurückgekommen waren.

6.

Nach einer Woche intensiver Arbeit in Amman verließ die westdeutsche Medizinergruppe geschlossen, über freie Nordjordanien, nach Irbid, zurück. Die medizinische Versorgungslage in Amman hatte sich inzwischen wieder konsolidiert, und aufgrund der komplizierten politisch-militärischen Situation war eine Integration in die Befreiungsbewegung in der jordanischen Hauptstadt nicht möglich gewesen. In den folgenden Wochen wurde die medizinische Arbeit in Irbid, teilweise auch in den Flüchtlingslagern in Beirut und schließlich von einem kleinen Teil der westdeutschen Gruppe in einem Rehabilitationszentrum in Südlibanon fortgesetzt.

Die weitere Entwicklung wird von der westdeutschen Gruppe uneinheitlich interpretiert. Die Verhältnisse in Irbid entwickelten sich mehr und mehr in einen undurchsichtigen Zustand der Doppelherrschaft zurück. Die mehr oder weniger spontane Hilfsaktion war abgelaufen, die Gruppe hatte aus der mehr oder weniger chaotischen Situation das Bestmögliche gemacht. Eine längerfristige Perspektive der Weiterarbeit hätte es erfordert, sich an der gefährlichen Gesamtsituation der Revolution im Nahen Osten im allgemeinen und an der Programmatik und programmatischen Methode der einzelnen Flügel der Befreiungsbewegung im besonderen zu orientieren. Dies zu leisten war die Gruppe aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung

jedoch nicht in der Lage. Schon bei dem Versuch, die weitere Entwicklung und die Perspektiven einer organisierten medizinischen Massenarbeit zu klären, ist sie gescheitert, wobei erwähnt zu werden verdient, daß auch die Fraktionen der Befreiungsbewegung mit der Präsenz der Gruppe auf längere Sicht kaum zurandegekommen sind. Darauf ist es zurückzuführen, daß die Genossen, die nacheinander in Zweier- bzw. zuletzt in einer Vierergruppe zurückkehrten, nicht mehr auf homogenen politischen Orientierungspunkten basierten. Alles in allem überwog der Eindruck, daß ein starker Verschmelzungsprozeß zwischen den einzelnen Fraktionen der Bewegung zu konstatieren sei, und daß dort die Einsicht um sich greife, daß die Befreiung Palästinas nicht mehr isoliert von der sozialökonomischen und politischen Situation in den reaktionären arabischen Ländern betrieben werden kann. Ein Beschluß der Gesamtgruppe - in Irbit gefaßt -, sich tendenziell der revolutionären Strategie der FPDLP zu subsumieren, wurde später von der Mehrheit der Gruppe relativiert. Es gelang nicht, zu problematisieren, daß die gegenwärtige Annäherung der Flügel der Befreiungsbewegung sich offensichtlich auf einer Einsicht bewegte, die von der Gewalt der Geschichte erzwungen worden war, und daß es gerade Aufgabe einer wissenschaftlich-sozialistisch fundierten Perspektive ist, die korrekte revolutionäre Linie zu entwickeln, bevor sie unter riesigen Opfern vom historischen Prozeß zudiktiert worden ist.

7. (Ergebnisse und Perspektiven)

Die Möglichkeit, aus der Zusammenfassung der miterlebten Ereignisse Lehren zu ziehen, ist aufgrund der beschränkten Integration der Gruppe in die Auseinandersetzungen und der Kürze der Zeit nur sehr begrenzt. Ohne Bedenken kann jedoch zunächst der Schluß gezogen werden, daß für die breite Basis der palästinensischen Befreiungsbewegung der Angriff der jordanischen Reaktion überraschend gekommen ist und bis heute für sie den Charakter des Unfaßlichen, analytisch Unbegreiflichen behalten hat. Das gilt vor allem für die klein- und nationalbürgerlichen Gruppierungen der Bewegung und für alle Organisationen, die wie die RCSP mehr oder weniger vollständig unter ihrer Kontrolle standen. Selbst nach dem Ausbruch der Massaker sah die Spitze der RCSP keine Möglichkeit, in die Unfaßlichkeit der Ereignisse einzugreifen. Der Medizinerkonvoi war für sie mehr anti-husseinistische Entlarvungsaktion für möglichst viele medizinische Augenzeugen aus dem Ausland statt ein Versuch, aktiv in die Bekämpfung des Massenelends einzugreifen. Die Masseninitiative der internationalistischen Mediziner, so beschränkt sie durch den Mangel an einfachsten diagnostischen Möglichkeiten gewesen sein mag, ist sogar bei manchem arabischen Mediziner auf Unverständnis gestoßen. Ein großer Mangel war dabei freilich die recht heterogene politische Qualifikation.

Andererseits mußte der Versuch notwendig scheitern, die Aktion über das Merkmal der mehr oder weniger spontanistisch in Gang gesetzten medizinischen "Hilfe" hinauszutreiben. Dafür fehlten die Voraussetzungen auf allen Seiten. Die politisch-militärische Situation war alles andere als dazu angetan, sorgfältig reflektierte massenmedizinische Mobilisierungs- und Erziehungskampagnen in die Wege zu leiten. Der Hinweis, daß es der Befreiungsbewegung an wissenschaftlich-sozialistisch qualifi-

zierten Kadern mangelt, die in der Lage wären, u.a. eine durch das sorgfältig abgewogene Wechselverhältnis von Volksräten, Volksmiliz und revolutionärer Avantgarde gestützte breite Medizin- und Hygienekampagne einzuleiten, stammt vom Kommandanten der nordjordanischen Volksmiliz. Und dies sind Probleme, die nicht ohne weiteres von sprachunkundigen, medizinisch-reaktionär ausgebildeten und ansonsten vielleicht sehr engagierten Revolutionären aus Europa angegangen werden können, schon gar nicht, wenn sie nicht in einen stabilen, langfristig ausgewiesenen internationalistischen Organisationsprozeß integriert gewesen sind. Nichtsdestoweniger gibt es kaum funktionalere Massensmobilisierungsinstrumente als eine revolutionäre, die Traditionen der armen Bauern, Arbeiter und Partisanen mit einem hohen wissenschaftlichen Niveau verbindende Volksmedizin. Sie gehört zu den wenigen unverzichtbaren Funktionen, auf

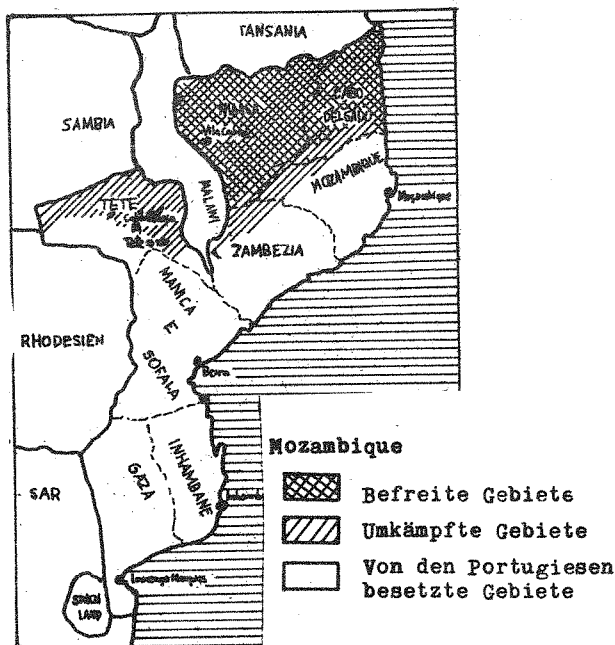


deren Fundamenten es möglich wird, ein produktives Wechselverhältnis zwischen den teilweise noch tief-religiösen und mystischen Bewußtseinsstrukturen der ausgebeuteten Massen und einer ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Befreiung bedingungslos dienenden revolutionären Avantgarde herzustellen. Die ungeheuren Probleme, die sich schon bei den ersten Schritten ergeben (Verbindung von Massen und Volkskriegsmedizin, die von F. Fanon beschriebenen psychiatrischen Probleme usw.) können hier nicht erörtert werden. Sie sind Objekt einer langfristigen, internationalistischen und nichtsdestoweniger konkreten Kooperation. Ausreichende Sprachkenntnisse, überdurchschnittliche und überwiegend praktische medizinische Fertigkeiten, ein politisches Verständnis der historischen Bedürfnisse der ausgebeuteten Massen auf hohem Niveau und die Fähigkeit, unter großen Entbehrungen zu leben, sind einige der Vorbedingungen, die nicht jeder Genosse ohne weiteres erfüllen wird.

K. H. Roth
Trikont Hamburg

MOZAMBIQUE

Im folgenden veröffentlichen wir eine Resolution, die auf dem 2. Kongreß der FRELIMO im November 1968 in der Provinz Niassa verabschiedet wurde.



I. Die portugiesische Regierung ist eine kolonialistische, faschistische Regierung, die immer noch den Mythos aufrechterhält, Mozambique sei eine portugiesische Provinz und folglich ein "integraler Bestandteil" Portugals. Sie erkennt immer noch nicht das Recht des Volkes von Mozambique auf seine nationale Unabhängigkeit an.

Nationalistische Demonstrationen werden gewaltsam durch Massaker, Einkerkierungen, Folterungen und Morde unterdrückt.

Unter diesen Bedingungen, um allen Formen der kolonialen Beherrschung und Unterdrückung weiterhin Widerstand zu leisten, muß das Volk von Mozambique entschlossen und erbittert den bewaffneten Kampf, an dessen Ende nur die Unabhängigkeit oder der Tod stehen kann, fortführen.

2. Die portugiesischen Kolonialisten haben das Volk von Mozambique über eine sehr lange Zeit hinweg beherrscht und ausgebeutet. Sie besitzen heute noch die Kontrolle über die Produktionsmittel in den von ihnen noch beherrschten Gebieten.

Ihr militärisches Potential ist beträchtlich. Neben der Armee haben sie Luftwaffe und Marine. Trotz des rapiden Wachstums unserer militärischen Kraft sind die portugie-

sischen Kolonialisten immer noch stärker. Wir haben noch großen materiellen Mangel. Wir brauchen Waffen, Medikamente, Transportmittel usw., die wir im Moment noch von auswärts erhalten müssen. Wir brauchen auch Techniker. Was die Materialversorgung und die Ausbildung von Fachleuten angeht, so werden wir noch einige Zeit lang von ausländischer Hilfe abhängig sein.

Weiter erschweren die geografischen und politischen Verhältnisse unseres Landes ebenso wie die politischen Verhältnisse der Nachbarländer - Swaziland, Südafrika, Rhodesien Malawi - die Ausdehnung des Kampfes auf die Südreionen. Um Kriegsmaterial in die Provinzen Zambézia, Moçambique, Manica e Sofala, Inhambane, Gaza und Lourenço Marques zu bringen, müssen viele Schwierigkeiten überwunden werden.

Alle diese Faktoren zusammen ergeben das gegenwärtige Ungleichgewicht zwischen unseren Kräften und denen des Feindes. Obwohl wir politisch stark sind, sind wir militärisch noch schwach.

Um den Sieg zu erringen, haben wir keinen anderen Weg als dieses Ungleichgewicht zu verändern; wir werden dies mit Sicherheit erreichen, aber es erfordert von uns große Anstrengungen. Unser Krieg wird deshalb ein langer und schwerer Krieg sein.

3. Unser Kampf ist ein Kampf des Volkes. Er erfordert die vollständige Teilnahme der Volksmassen.

Deshalb ist es notwendig, die Mobilisierung und Organisation der Massen in den befreiten Gebieten ebenso wie in den Regionen zu intensivieren, in denen der bewaffnete Kampf noch nicht begonnen hat.

Die direkte Teilnahme aller an dem bewaffneten Kampf ist deshalb eines der Hauptziele der Mobilisierung der Massen.

In der gegenwärtigen Phase unseres Kampfes machen die regulären Guerillastreitkräfte die Hauptmacht unserer Truppen aus. Die Volksmilizen spielen jedoch ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Volksmilizen sind untrennbar mit dem Volke verbunden. Sie ergänzen die Guerillaeinheiten und operieren in dem Gebiet, in dem sie auch arbeiten. Die gesamte Bevölkerung - Junge, Alte, Männer und Frauen -, die nicht in der Guerillastreitmacht kämpft, muß Teil der Miliz sein.

Die Volksmiliz soll gleichzeitig für die Produktion, die Bewachung und die Verteidigung arbeiten. In den Zonen, die vollständig oder teilweise befreit sind, haben die Volks-

milizen speziell die folgenden Aufgaben:

1. Transport des Materials und der Kranken;
2. Militärische Aufklärung und Patrouille in den Zonen, wo sie arbeiten, um die Infiltration der feindlichen Truppen und Agenten zu verhindern;
3. Bekämpfung der in die Region eindringenden Feinde.

Die Volksmilizen nehmen an schweren Kämpfen teil, wen dies von ihnen verlangt wird.

Die Organisierung von Volksmilizen ist wichtig für die Einbeziehung der Massen in den bewaffneten Kampf. Auf diese Weise können überall genügend militärisch ausgebildete Truppen geschaffen werden. Volksmilizen sind deshalb Reservestärken und müssen unter die Kontrolle des militärischen Oberkommandos gestellt werden.

4. Um die vollständige und effektive Teilnahme der Frauen Mozambiques am Kampf zu realisieren, ist eine Frauenabteilung geschaffen worden; ihre wichtigsten Aufgaben sind:

- a) Mobilisierung und Organisation der Massen;
- b) Rekrutierung der Jugend beiderlei Geschlechts und ihre Einbeziehung in den bewaffneten Kampf;
- c) Produktion;
- d) Materialtransport;
- e) militärischer Schutz der Bevölkerung.

Der Kongreß begrüßt besonders die Initiative des Zentralkomitees, eine Frauenabteilung zu schaffen und verurteilt jene, die sich deren Existenz entgegenstellen. Der Kongreß gratuliert nochmals allen Genossen der Frauenabteilung für die Arbeit, die sie in den Zonen, in denen sie eingesetzt waren, geleistet haben.

5. Das Phänomen der Desertion ist keine spezifische Besonderheit des Befreiungskampfes von Mozambique.

In den meisten Ländern gibt es auch in Friedenszeiten Desertionen.

Viele Genossen nehmen an dem Kampf teil, weil sie wirklich ein nationalistisches, politisches Bewußtsein haben.

Aber bei einigen ist das nationale Bewußtsein schwach. Andere haben gegen die von den Kolonialisten erlassenen allgemeinen Gesetze verstoßen. Um der Bestrafung durch die portugiesischen Behörden zu entgehen, betei-

ligen sie sich dann an der nationalistischen Bewegung. Personen, die sich so verhalten, mangelt es an Festigkeit, sie sind nicht in der Lage, mit den Schwierigkeiten, des Guerrillalebens fertig zu werden und ein nationalistisches Bewußtsein zu entwickeln. So desertieren sie.

Stehen sie dann außerhalb der Bewegung, erfinden sie Entschuldigungen, um sich zu rechtfertigen. Einige verbreiten jede Art von Gerüchten, um die Führer zu diskreditieren und von den Massen zu trennen sowie den Kampf zu hintertreiben. Andere liefern sich den Portugiesen aus.

Desertionen sind schwere Verbrechen. Desertoren sind Feinde des Volkes von Mozambique.

6. Kriegsgefangene haben für uns eine politische Bedeutung. Wir sollten sie gut behandeln. Sie können uns Informationen über den Feind geben. Wir sollten sie, soweit es möglich ist, umziehen und sie, wenn dies unseren Interessen entspricht, eventuell freilassen.

Wir können sie zum Austausch gegen unsere Genossen benutzen, die in den portugiesischen Kolonialgefängnissen sitzen.

Somit zeigen wir der Welt, daß wir gegen den portugiesischen Kolonialismus und nicht gegen das portugiesische Volk kämpfen; wir zerbrechen somit die Kampfmoral der Armee des Feindes und ermuntern ihre Soldaten zur Desertion.

Somit beschließt der II. Kongreß, daß die PRELIMO die Politik der Milde gegenüber den gefangenen feindlichen Soldaten fortzusetzen hat.

7. Unser Krieg ist im wesentlichen ein politischer Krieg, dessen Ziele nur von der Partei definiert werden.

Die Volksarmee ist ein integraler Bestandteil der Partei, und ihre strategischen Pläne werden von der Parteiführung entworfen.

Um den Kampf richtig zu leiten, sollen alle Führer am bewaffneten Kampf teilnehmen. Nur wenn sie im Kampf stehen, sind die Führer in der Lage, alle die jeden Tag auftauchenden komplexen Fragen zu lösen.

Die Volksarmee erfüllt ihre Aufgabe in Übereinstimmung mit der von der PRELIMO definierten Politik.

44

Aus: Antimperialistisches Informationsbulletin, Marburg Nr. 3, August 1970